

NEUE ZEIT

MAI 1985

20

auf-
genommen



Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH RAU“

1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2

Postfach 600

Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK



PL 69

1500 9003 1529

ZOLLVERWALTUNG
14159 20 151 394 347



So manches hatte Iwan Konew in seinem Leben gesehen. Vieles geriet natürlich in Vergessenheit, doch immer wieder mußte er an die letzten Schüsse des vergangenen Krieges denken.

...Anfang Mai setzte das Hauptquartier die von Konew befehlte Front aus dem Raum Berlin Richtung Süden in Marsch. Die 200 km bis Prag waren in einem Sprung zu bewältigen, um die Moldau-Metropole, die die Hitlerfaschisten zerstören wollten, einzunehmen. Daß unsere Panzer in Prag eingedrungen waren, meldete Iwan Konew sogleich an das Hauptquartier. Dort wollte man alle Einzelheiten der Operation erfahren — unter welchen Umständen Prag genommen und welcher Widerstand geleistet wurde, gab es einen organisierten Gegner und in welcher Richtung zog er sich zurück. Ernste Fragen von großer strategischer wie politischer Bedeutung. Doch unglücklicherweise brach die Verbindung des Stabes der Front zu den Armeen ab. Ein Flugzeug wurde zur Aufklärung Richtung Prag geschickt — und war wie verschollen. Ein Fahrzeug mit Verbindungsoffizieren war wie weggeblasen. Eine zweite Gruppe Offiziere, bereits mit einer anderen Maschine, startete — und wieder keine Meldungen. Ein Schlachtflugzeuggeschwader stieg auf, um aus geringer Höhe die Lage in der Stadt zu erkunden, doch wurden nur Menschenmengen auf den Straßen gemeldet. Konew bekam keine vernünftige Antwort.

Er wurde immer unruhiger. Ständig rief das Hauptquartier an. Er aber sollte nichts zu melden haben? Wie peinlich! Moskau trieb weiter zur Eile: Die Veröffentlichung eines Befehls des Obersten Befehlshabers wurde zurückgehalten. Schon war die bedingungslose Kapitulation unterzeichnet, von Konew aber nichts zu hören. Erst später erfuhr man, daß es in diesen Stunden auf den Prager Straßen zu spontanen Demonstrationen kam und die Prager jeden sowjetischen Offizier, dessen sie habhaft wurden, erst einmal in Beschlag nahmen, um gemeinsam den Sieg zu feiern... So gerieten alle Offiziere Konews in einen wahren Freudenkessel, und keiner von ihnen konnte aus Prag ausführliche Informationen übermitteln. Erst gegen Mittag trafen die so sehnlich erwarteten Nachrichten ein, und Stalin wurde gemeldet, daß Prag gegen 9 Uhr morgens völlig vom Gegner befreit war, obgleich unsere ersten Panzer um 3 Uhr nachts die Stadt erreicht hatten.

...An dieses Foto, das der Frontkorrespondent A. Jegorow im Mai 1945 machte, konnte sich Marschall Konew noch gut erinnern.

„Es entstand vor dem Hotel Alcron“, erzählte er schon nach dem Krieg, „wo sich gleich nach der Befreiung der Stadt die tschechoslowakische Regierung befand. Man hatte mich dahin gebeten. Die Prager hatten das erfahren, drängten sich um das Hotel... So herzlich war unser Treffen.“

DIE LEHREN DER VERGANGENHEIT

Die Lehren des zweiten Weltkrieges verlangen Wachsamkeit gegenüber den aggressiven Umtrieben des Imperialismus. Die Jahre vor dem Krieg haben uns gezeigt, daß wir im Kampf für die Bewahrung und Festigung des Friedens keine Beschwichtigungspolitik gegenüber den Aggressoren treiben dürfen, sondern ihre Pläne aufdecken und die Aktionseinheit der antiimperialistischen Kräfte anstreben müssen.

Wenn heute Aggressionsakte verübt und Blockaden verkündet werden, dann steht dahinter ebenfalls der Imperialismus, der gleiche, der die Völker in den zweiten Weltkrieg gestürzt hat. Wenn die kapitalistische Welt das Wettrüsten weiter forciert, dann sind die gleichen Kräfte am Werk, die den zweiten Weltkrieg entfesselt. Wenn heute revanchistische Gebietsforderungen erhoben werden, wenn zu "Kreuzzügen" aufgerufen wird und der US-Imperialismus ganze Weltregionen zum Bereich seiner "Lebensinteressen" erklärt, wird man an die Reden der Obernazis vom "Feldzug gegen den Bolschewismus" und von "Lebensraum" für Hitlerdeutschland erinnert.

Ja, diese Erfahrungen vor 40 Jahren haben den Menschen einen hohen Preis abverlangt. Doch nicht alle haben aus der Geschichte gelernt. Zu den Unbelehrbaren gehören z. B. jene, die Kränze auf Gräber von Nazi-Mördern in Bitburg legen, bei revanchistischen Zusammenrottungen in der BRD auftreten oder diejenigen, die im Tokioter Yasukuni-Tempel Gebete für Kriegsverbrecher sprechen. Die aggressiven Kreise des Imperialismus, vor allem des amerikanischen, haben bei ihrer Jagd nach der Weltherrschaft all das Positive ausgelöscht, was in den Beziehungen der Völker und Staaten der Antihitlerkoalition in deren gemeinsamem Kampf gegen den Faschismus erreicht wurde. Sie warfen auch die positiven Erfahrungen der internationalen Beziehungen in der ersten Hälfte der 70er Jahre über Bord. Erneut wird die Nazi-Lüge von einer "militärischen Bedrohung durch die UdSSR" in Umlauf gebracht. Wieder wird eine typische Goebbels-Lüge verbreitet — siehe die diplomatischen und propagandistischen Manöver um den "Sternenkriegs"-Plan.

Die US-Administration will das Unbeweisbare beweisen, aus schwarz weiß machen. Wie der UdSSR-Verteidigungsminister Sergej Sokolow auf

Fragen eines TASS-Korrespondenten erklärte, lügt Washington, wenn es behauptet, die UdSSR habe mit dem Wettrüsten im Weltraum begonnen; dort sucht man die Völker irrezuführen, wenn man erklärt, den USA sei nur an der Verteidigung gelegen, die UdSSR aber entwickle Offensivwaffen; dort wird skrupellos behauptet, die UdSSR halte das von ihr kürzlich verkündete Moratorium nicht ein; dort betrügt man ungeniert, wenn eine "nukleare Überlegenheit" der Sowjetunion behauptet wird; dort legt man sich ins Zeug, um zu beweisen, daß die amerikanischen Weltraumpläne rein "human", nur Forschungsvorhaben seien, nach deren Abschluß die USA auf die Stationierung eines großangelegten weltraumgestützten Raketenabwehrsystems verzichten könnten...

Offenbar mit solchem Gepäck sind die USA zu den Genfer Verhandlungen gekommen, deren erste Runde kürzlich abgeschlossen wurde.

Die amerikanische Delegation reiste offensichtlich ohne den Wunsch nach Genf, sich an die früher zwischen der UdSSR und den USA erreichten Vereinbarungen, besonders zur Verhinderung einer Militarisierung des Weltraums, zu halten. Nicht von ungefähr war auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU die Rede davon, daß sich Washington überhaupt weigert, die Frage der Nichtausweitung des Wettrüstens auf den Weltraum zugleich mit der Frage der Begrenzung und Reduzierung der Nuklearwaffen zu erörtern. Eine solche Haltung erklärt sich dadurch, daß gewisse Kreise der USA immer noch die Nr. 1 in der Welt, besonders in militärischer Hinsicht, werden wollen. Doch Wettrüsten und Abrüstungsgespräche sind miteinander unvereinbar — das ist klar, wenn man nicht heuchelt und sich nicht das Ziel setzt, die Öffentlichkeit irrezuführen. Die Sowjetunion wird dazu nicht ihren Beitrag leisten — das sollen jene wissen, die heute ein politisches Spiel treiben, nicht aber eine solide Politik verfolgen. "Für einen Erfolg in Genf ist beiderseitiger guter Wille zur Erreichung einer Vereinbarung bei strikter Beachtung des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit erforderlich", betonte Michail Gorbatschow in seiner Antwort auf die Botschaft des Nationalrates der Französischen Republikanischen Vereinigung der Veteranen und Kriegsopfer.

Der Betrug der Völker und die Kriegsvorbereitung gingen stets Hand in Hand. Wir werden uns nicht von jenen betrügen lassen, die der zweite Weltkrieg nichts gelehrt hat, von jenen, die dessen Lehren der Vergessenheit preisgeben wollen. Wir werden auch weiterhin jede Möglichkeit für einen konstruktiven Dialog mit dem Westen und die Gesundung der internationalen Lage nutzen. Doch wir werden höchste Wachsamkeit zeigen und alles nur Erdenkliche für die Sicherheit unserer Heimat tun. Das ist unsere Pflicht vor dem Andenken an die Gefallenen, vor künftigen Generationen.

Ich bestelle die "NZ" seit Jahren. In Heft 42/84 las ich den Beitrag "Sterne über Kirkenes" von Boris Koslow und erinnerte mich an alles, was ich im Herbst 1942 erlebte. Im November stand ich als Wehrmachtsoldat im Raum von Murmansk. Ich war fest entschlossen, zur Roten Armee überzugehen, und tat es, als sich die Gelegenheit bot. Ich bin sicher, daß sich einer der sowjetischen Kriegsveteranen, die an dieser Front kämpften, an mich erinnern kann.

Anfang Juli 1943 wurde bei Moskau eine Propagandagruppe für die Front aus österreichischen und deutschen Kriegsgefangenen gebildet. Vom Belorussischen Bahnhof fuhren wir mit der Bahn bis Jeljna, das die Rote Armee kurz vorher befreit hatte, nach Westen. Der Krieg hatte schreckliche Spuren hinterlassen. Eingeäscherte Dörfer und umgewühlte Felder sahen wir Mitglieder der Antifabrikade, die sich mit einem kleinen LKW im Troß vorwärtsarbeitete. Abends fuhren wir mit Lautsprechern möglichst weit an die vorderste Stellung heran und sprachen zu den deutschen Soldaten über die Front hinweg von der Aussichtslosigkeit des verbrecherischen Krieges.

Im Frühjahr 1945 kehrte ich heim. Österreich hatte es schwer, wieder aufzuleben. Jeder von uns hatte eine Menge Schwierigkeiten. Und doch bemühte ich mich, das den sowjetischen Genossen beim Abschied gegebene Versprechen zu halten, in der Heimat für den Frieden zu kämpfen. Ich bin 70. Seit dem Frühjahr 1945 bin ich Mitglied der KPÖ.

Karl HIRT
Judenburg, Österreich

Ich schätze mich glücklich, daß mein Vater am Leben geblieben ist. Er rückte am 23. Juni 1941 in Kemerowo ein und kam Ende 1945 aus Berlin wieder. Jetztwohnt er im Kemerowo auf dem Prospekt der Sibirischen Gardisten, einer Straße, der er zusammen mit vielen anderen den stolzen Ehrennamen gegeben hat.

Ich denke an die furchtbaren Kriegsjahre zurück. Wir waren zu Hause vier Kinder und hatten es schwer, aber das brachte uns zum Denken. Jeder litt, keiner war gleichgültig. Jetzt ist jeder bereit, einen Aufruf für Frieden zu unterzeichnen, aber beweist jeder sein Friedensstreben auch durch die Tat? Der Friedenskampf darf nicht ignoriert werden, Gleichgültige muß man aufrütteln. Jeder muß an diesem Kampf teilnehmen, jeder muß als Beitrag zum Friedenskampf sein Bestes leisten.

B. BOLSCHAKOW
Gebiet Moskau

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 20 MAI 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMEŃSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-STSCHEIN, A. PIN, B. PISTSCHEK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garanin

IN DIESEM HEFT:

Die Lehren der Vergangenheit (Wort des Redakteurs)	1
Michail Gorbatschows Antwort auf die Botschaft des Nationalrats der UFAC	4
W. Lomejko — Die Glocken von Chatyn und Hiroshima	5
Die neuen Träger des Internationalen Leninpreises „Für Festigung des Friedens zwischen den Völkern“	7
G. Kleiber — DDR. Wendepunkt in der Geschichte	8
L. Besyemski — Am gleichen Tag...	10
A. Wawilow — Lehrreich und aktuell	10
W. Galin — Im Zeichen der Einheit	11
V. Gerloch — ČSSR. Garantie der Freiheit und Unabhängigkeit	12
L. Mletschin — Saubere „Selbstverteidigung“ (Kommentar)	13
A. Tolpegin — Kränze, hohle Worte...	14
F. Gorjunow — Das Bonner Bündel (NZ-Standpunkt)	15
Notizen & Glossen	16
A. Gromyko — ...Und Afrika erhob sich	18
S. Polsikow — Österreich. Wien empfängt Gäste	22
Lateinamerika	
A. Baryschew — In den Fängen moderner Shylocks	24
S. Mikolian — Die Schuldnechtschaft	24
O. Arevalo — Das akuteste Problem	25
W. Godyna — VR China. Tagung des chinesischen Parlaments	26
Biographisches: Zaid al-Rifai	27
Leser über die NZ	28
A. Archipow — USA. Blütenweiße Weste für das Pentagon	29
K. Gerassimow — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32

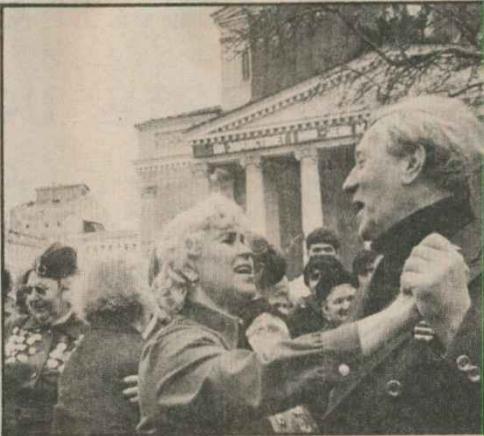


Vor 40 Jahren, am 24. Juni 1945, marschierten sowjetische Soldaten nach ihrem großen Sieg über den Roten Platz und warfen am Fuße des Lenin-Mausoleums Fähnen und Standarten der geschlagenen Hitlerwehrmacht in den Staub.

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad, Rufnummern: 229-88-62, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.



Am Vorabend des Tages des Sieges begrüßte Moskau herzlich seine lieben Gäste, die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges. Unsere Bilder: W. Chudoberdijew aus Tadschikistan, der in den Kriegsjahren an der Verteidigung Moskaus teilgenommen hatte; die Grünfläche vor dem Bolschoitheater, traditioneller Treffpunkt der Veteranen; L. Gontscharowa war während des Krieges Funkerin in einem Partisanentrupp

Fotos: A. Fjodorow

■ Am 7. Mai wurde in der sowjetischen Presse eine Mitteilung über die Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU veröffentlicht. Das Politbüro billigte die Ergebnisse der Tätigkeit der sowjetischen Delegation bei dem Treffen der höchsten Partei- und Staatsrepräsentanten der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages am 26. April 1985 in der polnischen Hauptstadt. Es wurde betont, daß der einmütige Beschuß, die Gültigkeitsdauer des Warschauer Vertrages zu verlängern, ein weiterer bedeutender Beitrag zur Festigung der Sicherheit der Bruderländer, zur Bewahrung und Festigung des Friedens in Europa und der ganzen Welt ist. Erörtert wurden ein Bericht Michail Gorbatschows und Andrej Gromykos über die Gespräche mit Kim Jong Nam, Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Koreas, stellvertretender Premier des Verwaltungsrates und Außenminister der KDVR, sowie die Ergebnisse der Begegnung Michail Gorbatschows und anderer führender sowjetischer Politiker mit einer Delegation Nikaraguas unter Daniel Ortega. Hierbei wurde erneut die Solidarität der Sowjetunion mit dem selbstlosen Kampf des nikaraguanschen Volkes für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat bekräftigt.

■ Am 5. Mai fand im ZK der KPdSU eine Begegnung von Michail Gorbatschow, Jegor Ligatschow, Grigori Romanow, Nikolai Ryshkow, Wladimir Dolgich, Boris Ponomarjow, Sergej Sokolow, Iwan Kapitonow und Viktor Nikonorow mit Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges statt,

die zu den Feierlichkeiten anlässlich des 40. Jahrestages des Sieges nach Moskau gekommen sind. Michail Gorbatschow führte bei der Begegnung in seiner Rede aus: "Wir wollen nicht, daß die Lehren des vergangenen Krieges dem Vergessen preisgegeben werden. Vergeßlichkeit in der Politik ist überaus gefährlich. Die wichtigste dieser Lehren ist, daß es niemandem gelingen wird, den ersten Arbeiter- und Bauernstaat niederzuwerfen. Das wurde im Mai 1945 bewiesen. Um so mehr gilt das heute."

■ Am 4. und 5. Mai hielt sich der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, zu einem Freundschaftsbesuch in der UdSSR auf. Am 5. Mai traf Michail Gorbatschow mit Erich Honecker zusammen, der im Namen der Werktätigen der DDR dem Sowjetvolk herzlich zum 40. Jahrestag des Sieges gratulierte. Erich Honecker betonte den entscheidenden Beitrag der Sowjetunion, ihrer ruhmreichen Streitkräfte zur Zerschlagung des Faschismus und zur Befreiung der Völker Europas, darunter des deutschen Volkes, von der Hitlertyrannei.

■ Am 5. Mai empfing Michail Gorbatschow im Kreml den DKP-Vorsitzenden Herbert Mies. Im Namen der Kommunisten der BRD überbrachte Herbert Mies herzliche Glückwünsche an das Sowjetvolk und das ZK der KPdSU zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus. Michail Gorbatschow gab eine hohe Einschätzung des Beitrages der deutschen An-

tifaschisten zum Kampf gegen Nazismus und Krieg.

■ Am 5. Mai empfing Michail Gorbatschow im Kreml den SEW-Vorsitzenden Horst Schmitt, der herzliche Glückwünsche der Westberliner Kommunisten an das Sowjetvolk und die KPdSU anlässlich des 40. Jahrestages der Zerschlagung des Hitlerfaschismus überbrachte. Michail Gorbatschow betonte, daß die Erinnerungen an die Vergangenheit alle ehrlichen Menschen unseres Planeten dazu aufrufen, das Wettrüsten zu stoppen, den Weg der Abrüstung und der friedlichen, fruchtbaren Zusammenarbeit, der Festigung der Völkerverständigung einzuschlagen.

■ Am 5. Mai wurde in Krasnogorsk, unweit von Moskau, feierlich die Gedenkstätte für die deutschen Antifaschisten eingeweiht. An der Eröffnungszeremonie nahmen Viktor Grischin, Pjotr Demitschew und Konstantin Russakow, andere Persönlichkeiten von Partei und Staat und der sowjetischen Öffentlichkeit, Heerführer und Kriegsveteranen sowie Erich Honecker, Herbert Mies, Horst Schmitt, Jupp Angenfort, Mitglied des Präsidiums und des Sekretariats des DKP-Parteivorstands, und die Tochter Ernst Thälmanns, Irma Gabel-Thälmann, teil (S. 10).

■ Am 5. Mai fand in Moskau ein Meeting anlässlich der Grundsteinlegung des Denkmals für Ernst Thälmann statt.

■ Am 6. Mai wurden in der sowjetischen Presse die Antworten des UdSSR-Verteidigungsministers, Marschall der Sowjetunion Sokolow, auf Fragen eines TASS-Korrespondenten veröffentlicht. Sie betreffen das militärstrategische Gleichgewicht zwischen der UdSSR und den USA, zwischen Warschauer Vertrag und NATO.

MICHAIL GORBATSCHOWS ANTWORT AUF DIE BOTSCHAFT DES NATIONALRATS DER UFAC

Mit großer Aufmerksamkeit habe ich Ihre Botschaft zur Kenntnis genommen. Sie läßt das Interesse daran deutlich werden, daß die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf, bei denen Fragen von grundlegender Bedeutung für die Geschicke der Welt, für die ganze Menschheit behandelt werden, von Erfolg gekrönt sein werden.

Die Kriegsveteranen wissen besser, als sonst jemand, was Krieg ist, und tun alles, um die Wiederholung eines Krieges zu verhindern. Besonders eines Kernwaffenkrieges, der unseren Planeten in Schutt und Asche legen kann.

Ich kann Ihnen versichern: Die Sowjetunion ist mit der festen Absicht nach Genf gekommen, konstruktive Verhandlungen über eine Verhinderung der Militarisierung des Weltraums, über eine durchgreifende Reduzierung der strategischen Kernwaffen und der Mittelstreckenwaffen zu führen. Da es widernatürlich wäre, Verhandlungen über eine Reduzierung der Rüstungen zu führen und sie gleichzeitig aufzustocken, haben wir vorgeschlagen, daß die Sowjetunion und die USA für die gesamte Zeit der Verhandlungen ein Moratorium für die Schaffung kosmischer Angriffswaffen, einschließlich der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, für deren Erprobung und Stationierung einführen und ihre strategischen Offensivwaffen einfrieren. Gleichzeitig soll die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa und dementsprechend die Durchführung von Gegenmaßnahmen durch die Sowjetunion eingestellt werden.

Um die Suche nach Obereinkommen zu erleichtern, haben wir, wie Sie wissen, am 7. April d. J. einseitig ein Moratorium für die Stationierung unserer Mittelstreckenraketen eingeführt und die Durchführung anderer Gegenmaßnahmen in Europa ausgesetzt, die auf die Stationierung neuer US-amerikanischer Raketen zurückzuführen waren. Wir haben mit anderen Worten unseren Wunsch, Obereinkommen zu erzielen, durch konkrete Aktionen bekräftigt, die positiven Anklang in der Welt fanden.

Das ist unsere beständige, prinzipielle Politik. Die UdSSR strebt aufrichtig nach Abrüstung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen. Schon 1982 übernahm unser Land die Verpflichtung, nicht als erstes Kernwaffen einzusetzen und rief die anderen Nuklearmächte auf, seinem Beispiel Folge zu leisten. 1983 führte die UdSSR einseitig ein Moratorium für die Stationierung von Satellitenabwehrwaffen im Weltraum ein, ohne abzuwarten, daß andere Staaten in der gleichen Weise verfahren. Diese beiden Verpflichtungen gelten auch heute. Wir haben auch vorgeschlagen, daß die UdSSR und die USA die strategischen Offensivwaffen um ein Viertel und mehr reduzieren. Doch auf keine dieser Initiativen hat die amerikanische Administration eine konstruktive Antwort gegeben.

Auch jetzt zeigen die Vertreter der USA, nach der ersten Etappe der Genfer Verhandlungen zu urteilen, leider keinen Wunsch nach Obereinkommen. Dafür ist etwas anderes sichtbar: Die USA betreiben weiterhin ein rücksichtloses Wettrüsten und tun alles, um den Rüstungswettlauf auf den Weltraum auszuweiten.

Für einen Erfolg in Genf ist es notwendig, daß beide Seiten guten Willen demonstrieren, der zur Erreichung einer Übereinkunft bei strikter Einhaltung des Prinzips der Gleichheit

und der gleichen Sicherheit führen wird. Trotz der komplizierten, zugespitzten Weltlage und der Schwierigkeiten bei den Genfer Verhandlungen bewahren wir vernünftigen Optimismus.

Wir hoffen, daß unsere Partner der Stimme der Völker, die den Frieden und die Einstellung des Wettrüstens wünschen, Gehör schenken. Wir hoffen, daß der gesunde Menschenverstand, politischer Realitätssinn und das Verantwortungsbewußtsein für eine friedliche Zukunft die Oberhand gewinnen. Wir vertrauen darauf, daß sich die Völker alsfähig erweisen, ihr Recht auf Leben zu verteidigen.

In diesen Tagen begehen die sowjetischen Menschen feierlich den 40. Jahrestag des großen Sieges. Sie würdigen den Beitrag, den ihre Verbündeten in der Antihitlerkoalition zur Zerschlagung des verhaßten Faschismus leisteten. Wir ehren den Mut der patriotisch gesinnten französischen Soldaten und Partisanen, die einen bedeutenden Beitrag zu unserem gemeinsamen Sieg leisteten.

Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß es heute in der Welt keine wichtigere Aufgabe gibt, als die Gefahr einer nuklearen Vernichtung von der Menschheit abzuwenden. Und je aktiver und entschlossener die Vertreter der Öffentlichkeit für die Lösung dieser Aufgabe eintreten werden, desto größer werden die Erfolgsaussichten sein.

Der Nationalrat der UFAC, der Dachorganisation der französischen Widerstandskämpfer und Kriegsveteranenverbände, hat an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, und den Präsidenten der USA, Ronald Reagan, eine Botschaft gerichtet. Die französischen Kriegsveteranen äußern darin ihre ernste Besorgnis über das Wettrüsten, das die ganze Welt erfaßt hat: "Wir sind uns dessen bewußt, daß ein bewaffneter Konflikt zwischen beiden Mächten unvermeidlich in einen nuklearen ausarten würde. Und das würde katastrophale und nicht wieder gutzumachende Folgen für die ganze Menschheit haben."

Die Autoren der Botschaft begrüßen die Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA, Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen aufzunehmen, und verweisen darauf, daß in der gemeinsamen sowjetisch-amerikanischen Erklärung die Erarbeitung effektiver Vereinbarungen, die auf die Abwendung eines Wettrüstens im Weltraum und seine Einstellung auf der Erde, auf die Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen, auf die Festigung der strategischen Stabilität gerichtet sind, zum Ziel dieser Verhandlungen erklärt wurde.

In der Botschaft wird unterstrichen, daß die Verhandlungen unter besseren Bedingungen stattfinden könnten, wenn die Forschungen und damit die Militarisierung des Weltraums eingestellt würden, weil es unlogisch ist, Verhandlungen über die Abwendung einer neuen Runde des Wettrüstens zu führen und gleichzeitig diese Runde zu starten. Sie würden viel effektiver, wenn für die Verhandlungsdauer die Stationierung neuer Raketen eingestellt wird. Dies würde es gestatten, in einer besseren Lage nach Vereinbarungen zu suchen.

Zum Abschluß der Botschaft wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Genfer Verhandlungen die Hoffnungen der Völker rechtfertigen mögen.

DIE GLOCKEN VON CHATYN UND HIROSHIMA

Wladimir LOMEJKO

Die Geschichte der Menschheit kennt Ereignisse, die die Nachkommen stets in dankbarer Erinnerung behalten werden und die mit der Zeit nicht verbllassen. Im Gegenteil, sie wirken immer eindringlicher und erstehen vor späteren Generationen in ihrer vollen Größe.

Als solches Ereignis ist der Mai 1945, der Frühling des Sieges und der Befreiung, in die Geschichte der Menschheit eingegangen. Jahrzehnte vergehen, aber der Nachhall des langersehnten und in Leiden schwer errungenen Sieges über die Kräfte der faschistischen Pest verstummt nicht. Er ist vielstimmig und wird noch lange schallen, und noch lange werden in ihm der Gram über die unwiederbringlichen Verluste, die Freude über den erkämpften Frieden und das Brausen der Nachkriegsepoke mitklingen.

Will man das wichtigste, das der Mai 1945 mit sich brachte, kurz in Worte fassen, so lauten sie: **eine neue Art, wie die Menschheit die Welt empfindet.** Hierbei sind die Kräfte der Aggression, des Krieges und Hasses zurückgedrängt, und die Kräfte des Friedens, der Freiheit und Gerechtigkeit haben machtvollen Anhang gefunden.

Noch nach Jahren werden Versuche vorkommen, die Geschichte und die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs zu fälschen, die Rolle derer herabzusetzen, die das Entscheidende zur Zerschmetterung des deutschen Faschismus beigelebt haben, und die wahren Befreier Europas in ein schiefes Licht zu setzen. Man darf das nicht bloß für "klassische" Machenschaften der Revanchisten halten. Sie wollen sich die Lande, die sie einst an sich rissen und aus Gewohnheit bis 1945 für ihr Eigentum hielten, zurückholen. Solche gibt es auch, aber nicht sie sind entscheidend.

Führend unter den Geschichtsklitterern sind und bleiben diejenigen, denen **das Wesen**, die geschichtlichen Wandlungen auf der Erde, **der Verlauf** der geschichtlichen Entwicklung, ja **das pure Weltempfinden** des größten Teils der menschlichen Gesellschaft nicht paßt, gerade weil das alles unlösbar mit dem Sieg der Sowjetunion verbunden ist.

Unvoreingenommene Historiker im Westen geben zu, daß allzu viele Gegner des Sozialismus in den USA und in

"NEUE ZEIT" 20.85

Westeuropa nicht angestanden hätten, Hitler zum Feldzug gen Osten, gegen Sowjetrußland, zu drängen. Ihre Schadenfreude wichen der Angst erst viel später, als ihnen aufging, was für ein Ungeheuer sie losgelassen hatten. Dabei war doch zu Beginn von Hitlers Überfall auf die UdSSR dort anderes zu hören. Man denke z. B. an Trumans unverblümte, zynische Erklärung, die er einige Tage nach dem tückischen Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR machte: "Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, werden wir Rußland helfen, und wenn Rußland gewinnt, werden wir Deutschland helfen. Sollen sie einander möglichst viele Verluste beibringen."

Hier muß man verweilen, denn das war kein zufälliger Zungenschlag, sondern der Ausdruck eines gefährlichen Menschenhasses, eines Denkens, das seine teuflische Fortsetzung in den Bombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki fand. Dort warf ein Mensch die ersten Atombomben kaltblütig auf seinesgleichen ab, ebenfalls aus Mißachtung für die Japaner. Sie dienten als Zielscheibe für etwas anderes. Denkt man über die Lehren des zweiten Weltkriegs und die antisowjetische Hysterie der Nachkriegszeit nach, so kommt man um ein ziemlich paradoxes Faktum nicht herum: Die Gegner des Sozialismus hatten ihn auf den Hinterhof der Geschichte drängen wollen, er aber rettete sie.

"Wir Amerikaner dürfen nicht vergessen", schreibt der ehemalige US-Außenminister Edward Stettinius in seinem Buch "Roosevelt und die Russen", "daß wir 1942 am Rande einer Katastrophe standen: Hätte die UdSSR ihre Front nicht gehalten, dann hätte die Wehrmacht Großbritannien unterjochen, Afrika zerstören können, und dann wäre sie imstande gewesen, einen Brückenkopf in Lateinamerika zu besetzen."

Was danach gekommen wäre, ist nicht schwer vorstellbar, wenn man bedenkt, daß die im Osten verblutende Wehrmacht noch Ende 1944 fähig war, den amerikanisch-britischen Truppen in den Ardennen empfindliche Verluste beizubringen. Hätte Hitlerdeutschland nicht nur ganz Westeuropa, sondern auch die UdSSR überrollen können, dann wäre es mit zehnfacher Macht über Amerika hergefallen. Scheuen vielleicht deshalb manche Leute in Übersee, jetzt ein gutes Wort über ihren Partner in der Antihitlerkoalition zu sagen, und sind sie beinahe bereit,

sich mit den toten SS-Leuten zu verbrüdern, um aus dem Gedächtnis des eigenen Volkes die Wahrheit über den Krieg und das Zusammenwirken im Kampf auszulöschen? Wollen diese Leute vielleicht deshalb die Begegnung an der Elbe vom April 1945 vergessen und rücken deshalb von ihren Veteranen ab, die sich nach 40 Jahren zu einem neuerlichen Treffen an der Elbe entschlossen haben?

Gewisse Leute im Westen möchten heute nicht nur den gemeinsamen Kampf der in der Antihitlerkoalition vereinten Völker gegen den Nazismus vergessen, sondern auch versuchen, die Tatsache zu rechtfertigen, daß sie sich nicht an der Siegesfeier beteiligen, weil sie angeblich "die deutsche Nation nicht kränken möchten".

Wenn man es recht bedenkt, ist nichts unwahrer als das. Der Nazismus war ein Übel und eine Gefahr für die ganze Menschheit, auch für die Deutschen. Durch Zerschmetterung des Faschismus haben die Länder der Antihitlerkoalition den Deutschen eigentlich die Chance zur Ehrenrettung gegeben. Wer das nicht begriffen hat, bei dem haben die Lehren des zweiten Weltkriegs und der Nachkriegsentwicklung nichts gefruchtet. Von einer "Kränkung der deutschen Nation" im Zusammenhang mit der Zerschmetterung des deutschen Faschismus zu reden, bedeutet, den geschichtlichen Sinn der Vorgänge nicht sehen zu wollen.

Was das Sowjetvolk angeht, so hat es selbst in den schwersten Kriegsjahren, als die Faschisten vor Moskau und Leningrad standen und die SS Greise, Frauen und Kinder lebendigen Leibes verbrannte, nicht gegen das deutsche Volk, sondern gegen die hitlerfaschistischen Okkupanten Krieg geführt.

Um zu erkennen, was uns der Krieg gekostet und was der Sieg über den Faschismus den anderen Völkern der Welt erspart hat, muß man sich den Umfang dieses Weltkrieges vergegenwärtigen.

Der von Hitlerdeutschland angezettelte zweite Weltkrieg erfaßte 61 Staaten und 1,7 Milliarden Menschen, d. h. 80 Prozent der damaligen Bevölkerung unseres Planeten. Er hat 50 Millionen Menschenleben gefordert.

Bei seinem Überfall auf die UdSSR stützte sich Hitlerdeutschland auf das

Rüstungspotential und das Menschenmaterial der meisten Länder Europas. Die Faschisten wollten nicht bloß unser Land unterjochen, sondern auch einen großen Teil seiner Bevölkerung vernichten, und die sowjetische Staats- und Gesellschaftsordnung ausmerzen. Der Krieg wurde barbarisch geführt, der Feind verschonte weder Greise noch Frauen und Kinder, erschoß Verwundete und Kriegsgefangene. Eine Richtlinie des OKW vom 16. Dezember 1941 lautete: "Die Truppen sind zum Gebrauch ... beliebiger Mittel ohne jede Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder berechtigt und verpflichtet, falls das zum Erfolg beiträgt."

Die Besatzer sind diesem Befehl überall nachgekommen. Wer das nur vom Hörensagen weiß und bereit ist, an den Gräbern der SS-Unholde leichten Herzens Kränze niederzulegen, wird die Leiden des Sowjetvolks, das im blutigsten aller Kriege 20 Millionen Landsleute verloren hat, niemals verstehen. Infolge der Naziinvasion verloren 25 Millionen Haus und Herd und das Land ein Drittel seines Nationalreichtums.

Um zu begreifen, wovor Europa gerettet wurde, muß man daran denken, daß beim Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR 12 Länder Europas — Albanien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Holland, Jugoslawien, Luxemburg, Norwegen, Österreich, Polen und die Tschechoslowakei — vom Aggressor besetzt, ihrer Unabhängigkeit beraubt und ihre Bevölkerung von ihm terrorisiert und dezimiert wurde. Großbritannien war von einer Naziinvasion bedroht.

Der Krieg tobte aber auch in anderen Erdteilen. Deutsche und italienische Okupanturen zogen die Offensive in Nordafrika auf. Das militaristische Japan besetzte große Gebiete Chinas und Indochinas. An der Reihe waren Afghanistan, der Iran und der Irak, Ägypten und dann Indien, wo sich die deutschen und die japanischen Truppen treffen sollten. Gemäß einem Entwurf zur Richtlinie Nr. 32 und zu anderen Dokumenten des deutschen Militärs sollte nach der "Lösung des englischen Problems" der Einfluß der Angelsachsen in Nordamerika ausgeschaltet werden.

Alle diese Pläne sollten nach dem "Blitzkrieg" an der Ostfront zur Ausführung kommen. Die Wehrmacht blieb aber in Rußland stecken, und aus dem "Blitzkrieg" wurde nichts. Die sowjetischen Truppen brachten die Kriegsmaschine der Faschisten ins Stocken.

Die Geschichte läßt sich nicht umschreiben: Von je vier Wehrmachtsoldaten

kämpften drei im Osten und nur einer im Westen. Deutschland verlor an der sowjetisch-deutschen Front 73 Prozent aller seiner im zweiten Weltkrieg Gefallenen.

Im Osten wurde Hitlers Kriegsmaschine zerschmettert. Der heldenhafte Kampf der UdSSR gab vielen geknechteten Völkern Mut zum aktiven Widerstand. Die sowjetischen Truppen vertrieben nicht nur die Besatzer aus ihrem Heimatland, sie beteiligten sich auch an der Befreiung von 13 Ländern Europas und Asiens.

Im Laufe des Kampfes gegen den Block der faschistischen Staaten — Deutschland, Japan, Italien und ihre Mitläufer — kam die Antihitlerkoalition aus der UdSSR, den USA, Großbritannien und anderen Staaten zustande. Das Fundament dafür wurde durch die zielbewußten Bemühungen der UdSSR während der Vorkriegsjahre um die Schaffung eines Systems kollektiver Sicherheit und Unterbindung einer Aggression gelegt.

Die UdSSR hat entscheidend zum Erstarken und zur Konsolidierung der Antihitlerkoalition beigetragen. Bei diesen Bemühungen der sowjetischen Diplomaten standen die Gipfelkonferenzen der drei Großmächte — der UdSSR, der USA und Großbritanniens — in Teheran (1943), Jalta und Potsdam (1945) an besonderer Stelle. Dort wurden eminent wichtige Beschlüsse gefaßt, die zur Abkürzung des Krieges führten: über die Eröffnung der zweiten Front, über den Eintritt der UdSSR in den Krieg gegen Japan und über gemeinsame militärisch-ökonomische Bemühungen der Koalitionspartner; über die demokratische Gestaltung der Nachkriegswelt usw. Dieser Politik pflichteten viele Realpolitiker der USA bei. Als Präsident Roosevelt am 4. Oktober 1943 die Beglaubigungsurkunden des neuen sowjetischen Botschafters Andrej Gromyko entgegennahm, erklärte er u. a.: "Unsere Länder haben sich für ein hohes Ziel vereinigt, und ich teile durchaus Ihre Gewißheit, daß die Gemeinsamkeit der Ziele unserer Länder und Völker bei der Kriegsführung in eine enge und langanhaltende Zusammenarbeit auch mit anderen sympathisierenden Ländern an der Herstellung eines festen und gerechten Friedens hinüberwachsen wird."

Das Zusammenwirken von Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Krieg führte deutlich vor Augen, daß sie bei einer recht verstandenen Erkenntnis des gemeinsamen Interesses an der Gewährleistung des Friedens mit vereinten Kräften gegen eine gemeinsame Gefährdung kämpfen können. Weder die unterschiedlichen historischen Geschicke und Traditionen noch die Ideologien der

im Krieg zur Antihitlerkoalition gehörenden Staaten haben sie daran gehindert, das Ziel zu erreichen, das im Interesse der ganzen Menschheit lag.

Deshalb war der Sieg über den Faschismus zugleich ein Sieg des Geistes und der Politik der friedlichen Koexistenz. Der Sieg der UdSSR über die erstklassige Kriegsmaschine Hitlerdeutschlands, die halb Europa unterjocht hatte, war für die Hegemonisten eine bittere Lehre. Er hat gezeigt, daß es unmöglich ist, die militärische Überlegenheit über den Sozialismus zu erlangen. Sämtliche Erfahrungen aus dem Großen Vaterländischen Krieg haben folgendes bewiesen: Der Sozialismus besitzt Reserven an moralischer, politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht, die sich im schweren Kampf verzehnfacht offenbaren.

Eine der wichtigsten Lehren, die der zweite Weltkrieg der Menschheit erteilte, lautet, daß niemand die Welt mit militärischer Gewalt nach eigenem Gutdünken ummodellieren kann. Je stärker der Nazismus wurde und je mehr er eine Gefahr für die Weltzivilisation darstellte, desto mehr wuchs auch der Widerstand dagegen und schob politische Streitigkeiten und ideologische Gegensätze beiseite. Die Antihitlerkoalition entstand, hielt durch und siegte vor allem deshalb, weil ihre Teilnehmer es fertigbrachten, über ihren Gegensätzen zu stehen und sich für die Vernichtung des allgemeinen Übels zusammenzuschließen.

Und hier noch eine Lehre. Um wieviel weniger Missetaten hätte der Faschismus verüben können, wenn die Ratsamkeit der Einheit im Kampf gegen ihn gewissen westlichen Staatsmännern früher eingeleuchtet hätte!

Daran soll man denken, nicht nur um der im zweiten Weltkrieg Gefallenen, sondern auch um der jetzigen Lebenden und der kommenden Generationen willen. Die Menschheit schwebt heute in nicht geringerer Gefahr als vor einem halben Jahrhundert: in einer Gefahr, die allen Menschen, unabhängig von ihren politischen Anschauungen und ihrer ideologischen Einstellung, droht.

Wenn man nicht aufhört, Waffen anhäufen, dann ist nicht zu vermeiden, daß sich daraus eine Lawine bildet und daß ein nuklearer Erdrutsch die Gesichtszüge der Erde auslöscht.

Ehe es zu spät ist, muß sich die Menschheit zum Kampf gegen die Gefahr eines Kernwaffenkriegs vereinen, die jetzt für alle besteht und als Damoklesschwert über jedem Hause schwebt, ganz gleich, welche Anschauung die Bewohner vertreten.

40 Jahre nach dem Treffen von Soldaten zweier Armeen der Antihitlerkoalition an der Elbe sagen wir wieder: Uns selbst treu bleibend, können und müssen wir zusammenwirken, um das friedliche Leben auf der Erde zu schützen. Dazu muß vor allem dem für die Weltzivilisation verheerenden Wettrüsten ein Ende gemacht werden. Angesichts der alles Leben auf Erden bedrohenden nuklearen Katastrophe können ideologische Streitigkeiten nicht durch ein Wettrüsten aus der Welt geschafft werden.

Die wichtigste Lehre des zweiten Weltkriegs lautet, daß man gegen den Krieg kämpfen muß, ehe er begonnen hat. Genau dafür setzen sich die sozialistischen Länder ein, deren Spitzenpolitiker Ende April in Warschau zusammentraten und ein Protokoll über die Verlängerung des Warschauer Vertrags unterzeichneten. Sie haben erneut ihr Streben nach Zusammenarbeit zwischen Ost und West kundgetan. Sie haben erneut hervorgehoben, daß sie nie für eine Teilung Europas und der Welt in konfrontierte Militärblöcke waren. Sie setzen sich auch jetzt für eine gleichzeitige Auflösung ihres Bündnisses und des Nordatlantikblocks ein, wobei der erste Schritt die Auflösung der entsprechenden Militärorganisationen sein soll. Solange aber der NATO-Militärblock existiert und seine Führer den wiederholten Vorschlag der sozialistischen Länder zur Auflösung der Militärblöcke ablehnen, sehen sich die sozialistischen Staaten gezwungen, ihr Verteidigungsbündnis zu verstärken.

In Warschau, beim Empfang zu Ehren der führenden Repräsentanten der Parteien und Staaten der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrags, erinnerte Michail Gorbatschow, der Generalsekretär des ZK der KPdSU, nochmals an das Gelöbnis der Sieger an den Gräbern und Ruinen des zweiten Weltkriegs: Der Krieg darf sich nicht wiederholen!

Er sagte: "Wir denken daran, denken an die Lehren des Krieges. Und unter ihnen ist eine der wichtigsten das Beispiel der Zusammenarbeit der Mächte der Antihitlerkoalition. Heute wenden wir uns an alle Staaten Europas und der anderen Kontinente mit dem Appell, sich über die Meinungsverschiedenheiten zu erheben und Partner im Kampf gegen eine neue, die ganze Menschheit bedrohende Gefahr — die Gefahr einer nuklearen Vernichtung — zu werden."

Die Glocken von Chatyn und Buchenwald, von Hiroshima und Nagasaki läuten und mahnen uns, mahnen die ganze Menschheit, die Tragödie eines neuen Krieges nicht zuzulassen. ■

DIE NEUEN TRÄGER DES INTERNATIONALEN LENINPREISES FÜR FESTIGUNG DES FRIEDENS ZWISCHEN DEN VÖLKERN"

Auf Beschuß des aus namhaften Repräsentanten der sowjetischen und der internationalen Öffentlichkeit bestehenden Komitees für den Internationalen Leninpreis "Für Festigung des Friedens zwischen den Völkern" ist dieser Preis für 1983 und 1984 zuerkannt worden: Indira Gandhi (Indien), Nguyen Huu Tho (Vietnam), Josef Weber (BRD), Jean-Marie Legay (Frankreich), Luis Vidales (Kolumbien) und Eva Palmaer (Schweden)



Indira Gandhi

Die hervorragende Politikerin Indiens bekleidete insgesamt 15 Jahre den Posten des Ministerpräsidenten. Sie wurde 1983 zur Vorsitzenden der Bewegung der Nichtpaktgebundenen gewählt. Unentwegt steuerte sie den Kurs auf eine Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit und ergriff wichtige Initiativen für die Verhütung eines Kernwaffenkriegs und für Abrüstung. Geboren: 1917. Postum ausgezeichnet.



Nguyen Huu Tho

Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats und Vorsitzender der Nationalversammlung der SRV. Er genießt in den Ländern Südostasiens hohes Ansehen, steuert viel zur Erhaltung des Friedens und Festigung der Völkerfreundschaft bei. Für Verdienste um die Festigung des Friedens hat ihm der Weltfriedensrat die nach Frederic Joliot-Curie benannte Friedensmedaille in Gold verliehen. Geboren: 1910.



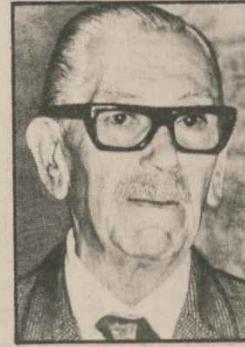
Josef Weber

Ein angesehener Politiker und Teilnehmer des öffentlichen Lebens der BRD, früher Berufsmilitär, Oberst a. D. Die Initiative zum Krefelder Appell "Der Atomtod bedroht uns alle. Keine Nuklearraketen in Europa!" ging u. a. von ihm aus. Er kämpft energisch gegen Militarismus, Revanchismus und Neonazismus und ist Mitglied des Direktorats der Deutschen Friedensunion. Geboren: 1908.



Jean-Marie Legay

Bekannter französischer Wissenschaftler, der über 200 wissenschaftliche Schriften, einige über die soziale Verantwortung der Wissenschaftler im Atomzeitalter, verfaßt hat. Präsident der Weltföderation der Wissenschaftler, einer angesehenen Weltorganisation, die viel dafür tut, die Öffentlichkeit zum Kampf gegen die Gefahr eines Kernwaffenkriegs aufzubieten. Geboren: 1925.



Luis Vidales

Ein bedeutender engagierter Dichter Kolumbiens. Seine zündenden Verse rufen zur Solidarität mit den für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern Kubas, Nikaraguas und anderer Länder. Er ist Ehrenvorsitzender des Friedensrats seines Landes. Geboren: 1904.



Eva Palmaer

Eine angesehene Teilnehmerin am öffentlichen Leben Schwedens, Vorsitzende des Verbandes der Gesellschaften Schweden-UdSSR, Mitglied des Präsidiums des schwedischen Friedenskomitees. Sie beteiligt sich rege an nationalen und internationalen Aktionen der Friedenskämpfer und hat wissenschaftliche Schriften über den Friedenskampf, die Bewegung für Freundschaft mit der UdSSR verfaßt. Geboren: 1904.

WENDEPUNKT IN DER GESCHICHTE

Günther KLEIBER, Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates

Als ein Ereignis von welthistorischer Tragweite für die Geschicke der Völker begehen die Bürger der DDR wie die gesamte fortschrittliche, friedliebende Menschheit den 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus.

Der faschistische deutsche Imperialismus hatte den verbrecherischen Krieg um die Weltherrschaft entfesselt, der unsägliches Leid über viele Völker brachte. Ihren Hauptstoßkiiel richteten die Aggressoren gegen die junge Sowjetunion, den ersten sozialistischen Staat der Welt. Zusammen mit den anderen Staaten der Antihitlerkoalition gebot die Sowjetunion den Anstiftern und Urhebern des Weltbrandes Einhalt, vernichtete sie und befreite die Menschheit von der Geißel des Faschismus. Das sowjetische Volk und seine ruhmreiche Rote Armee waren es, die den entscheidenden Beitrag zur Zerschlagung des Hitlerfaschismus und des japanischen Militarismus leisteten.

Sie waren es auch, die die Hauptlast dieses verheerenden Krieges zu tragen hatten. Der heroische Kampf gegen die braune Bestie riß tiefe Wunden, kostete unsägliche Opfer.

20 Millionen Töchter und Söhne des Sowjetlandes gaben in den Flammen des Großen Vaterländischen Krieges ihr Leben für Freiheit, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus. Hinzu kommen unermäßliche materielle Verluste und die Vernichtung unersetzbarer kultureller Werte. Das Vermächtnis der Toten und aller aufrrechten antifaschistischen Kämpfer ist tief in unseren Herzen verwurzelt.

Diesem Vermächtnis haben wir uns stets verpflichtet gefühlt und davon lassen wir uns auch heute und künftig im Kampf um Frieden und Sozialismus leiten.

Die Rote Armee zerschmetterte die räuberischen Aggressoren. Mit diesem überragenden, schwer errungenen Sieg wurde die historische Rolle der Sowjetunion unter Führung der KPdSU, der Avantgarde der revolutionären Arbeiterklasse als Bahnbrecher des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt bekräftigt.

Durch diese zutiefst internationalistische Tat verteidigten die Werktäglichen des Sowjetlandes die sozialistischen Errungenschaften ihrer Heimat und bewahrten die Menschheit vor faschistischer Unterjochung und grausamster imperia-

listischer Ausrottungspolitik. Sie bewiesen damit gleichzeitig die Lebenskraft und die historische Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Die SED, die Regierung und das Volk der DDR haben das antifaschistische Erbe in Ehren gehalten und nutzen die Lehren der Vergangenheit für die Lösung der dringendsten Aufgaben der Gegenwart — für die Sicherung des Friedens.

Wenn wir in diesen Tagen den 40. Jahrestag der Befreiung würdigen, dann gedenken wir auch all jener unerschrockenen Antifaschisten, die in einer breiten Volksbewegung den Aggressoren erbitterten Widerstand leisteten. In dieser Front vereinten sich unterschiedlichste soziale und politische Kreise, Widerstandskämpfer und Befreiungskräfte. Durch die wachsende Ausstrahlungskraft des Sozialismus und die militärischen Erfolge förderte die Sowjetunion den nationalen Befreiungskampf der unterjochten Völker.

Die Befreiung des deutschen Volkes von der Barbarei des Faschismus durch die Sowjetunion ermöglichte es, auf dem

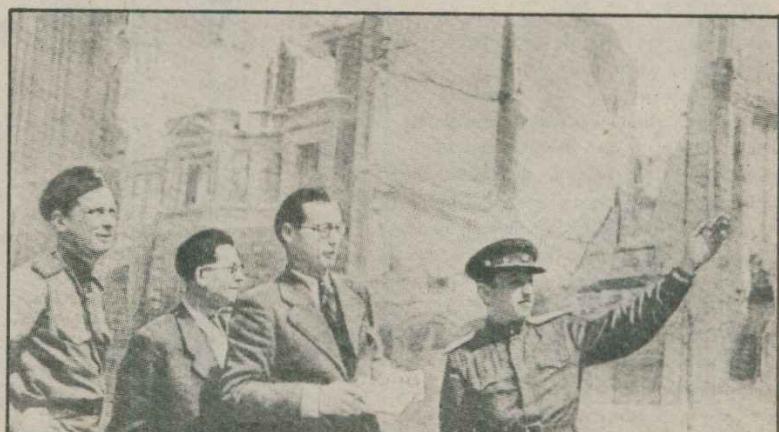
Gebiet der heutigen DDR, den Schwur Tausender Kommunisten und Sozialdemokraten, Hunderttausender Antifaschisten zu verwirklichen: Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Hetze und Feindschaft gegenüber der Sowjetunion!

Die uneingeschränkte Erfüllung der Befreiungsmission der Sowjetunion eröffnete uns die historische Chance, die Existenzgrundlagen des deutschen Imperialismus und Militarismus, die Herrschaft der Monopole und Junker im Osten des alten Deutschland zu beseitigen und eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Dabei stützten wir uns auf die besten Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung.

Ein sozialistisches Deutschland hatten schon die Mitglieder des Bundes der Kommunisten, an dessen Spitze Marx und Engels standen, auf ihre Fahnen geschrieben. Für dieses Ziel stritt die revolutionäre deutsche Sozialdemokratie und die aus der Novemberrevolution 1918 hervorgegangene Kommunistische Partei Deutschlands. Bereits im Jahre 1914, am Beginn des von den deutschen Imperialisten ausgelösten ersten Weltkrieges, war es Karl Liebknecht, der zum Widerstand gegen den Eroberungskrieg aufrief. Und als die Gefahr des Faschismus über Deutschland und der Welt heraufzog, war es Ernst Thälmann an der Spitze der Kommunistischen Partei, der den imperialistischen Klassencharakter des Faschismus entlarvte und den Kampf als Klassenkampf gegen das Herrschaftssystem des deutschen Monopolkapitals organisierte.

In ihrem historischen Aufruf vom 11. Juni 1945 wandte sich die Kommunistische Partei Deutschlands an das schaffende Volk in Stadt und Land, wies allen antifaschistischen Kräften Weg und Ziel zur Überwindung der Herrschaft des Kapitals, welches den Faschismus in den Sattel gehoben hatte. Die KPD orientierte damit auf die Schaffung antiimperialistischer

Gleich in den ersten Tagen nach Hitlerdeutschlands Kapitulation begann die UdSSR der deutschen Bevölkerung bei der Wiederherstellung des friedlichen Lebens zu helfen. Unser Bild: Sowjetische Offiziere diskutieren mit deutschen Architekten über den Plan für die Wiederaufbaurbeiten in Berlin



listisch-demokratischer Verhältnisse mit der Möglichkeit, dem deutschen Volk den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Als sich 1946 KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammenschlossen, wurden die Grundlagen für eine starke, geeinte Arbeiterklasse geschaffen und endgültig die Hauptlehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung seit Marx und Engels in die Tat umgesetzt.

Angesichts der Spalterpolitik der imperialistischen Westmächte und der Bildung des westdeutschen Separatstaates wurde die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zur historisch notwendigen Konsequenz. Wie die Geschichte bestätigte, war dieser Schritt die einzige mögliche und richtige Antwort.

Unter Führung der SED vollzog die Arbeiterklasse der DDR in historisch kurzer Frist die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, schuf die Grundlagen des Sozialismus, führte die sozialistischen Produktionsverhältnisse zum Siege und nahm die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in Angriff. Dieser einheitliche revolutionäre Prozeß war und ist geprägt von der ständigen Auseinandersetzung mit der imperialistischen Reaktion und ihren Helfershelfern.

Für die erfolgreiche Entwicklung der DDR bildete die brüderliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern eine unverzichtbare Grundlage. Mit großer Dankbarkeit erinnern wir uns an die Hilfe der UdSSR, unserer sowjetischen Klassenbrüder und Freunde, die bereits in den ersten schweren Stunden nach der Befreiung unseres Volkes begann — mit Brot und Traktoren sowie mit wertvollem Rat bei den ersten Schritten zur Ausübung der politischen Macht. Die sowjetischen Genossen vermittelten vielfältige Erfahrungen, die beim Aufbau des ersten proletarischen Staates gesammelt wurden, und gewährten uneigennützige allseitige Unterstützung.

Der Fleiß und Ideenreichtum des werktätigen Volkes führten in den zurückliegenden vier Jahrzehnten zu beispielhaften ökonomischen und sozialen Ergebnissen. Heute gehört unser Land zu den leistungsfähigsten Industriestaaten der Welt. Die gesamte Industrieproduktion wird 1985 im Vergleich zu 1946 rund das Dreißigfache betragen. Die zukunftsreichen Technologien wie Mikroelektronik, Robotertechnik und elektronische Datenverarbeitung zeichnen sich durch ein noch schnelleres Wachstum aus. Das Lebensniveau des Volkes ist um ein Vielfaches gestiegen, die DDR verfügt über ein modernes Bildungssystem, eine ständig weiter aufblühende Wirtschaft und Kultur. Besonders deutlich werden diese Wesenszüge des Sozialismus in der

Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, die alle Vorteile der sozialistischen Ordnung zum Tragen bringt. Die konsequente Verwirklichung dieser auf das Wohl des Volkes gerichteten Politik der SED bildet das sichere Fundament und die unerschöpfliche Quelle für die weitere Entfaltung der Initiativen der Werktätigen.

In der heutigen Zeit sind es vor allem zwei untrennbar miteinander verbundene und gleichzeitig zu lösende Aufgaben, die den Inhalt unserer Politik ausmachen: Die weitere Entfaltung des Sozialismus und die sie bedingende Sicherung des Friedens.

Gerade in der gegenwärtigen Phase der historischen Auseinandersetzung bestätigt sich, daß wir durch unsere wirtschaftlichen Erfolge maßgeblich den Verlauf der Weltgeschichte mit beeinflussen können.

So sind die weitere Festigung unserer ökonomischen Position in Richtung auf die beschleunigte umfassende Intensivierung, die Erreichung des höchsten Niveaus der Arbeitsproduktivität und die Stärkung der Produktivkräfte die Garantie, um den lebens- und friedensgefährdenden Bestrebungen des Imperialismus Einhalt zu gebieten. Unsere Fortschritte auf diesem Wege, dem Weg der Verbindung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorteilen des Sozialismus, sind von großem Gewicht, zeugen doch die ökonomischen Erfolge der UdSSR, der DDR und der anderen Bruderländer von der Fähigkeit, sowohl die höheren Aufgaben der sozialistischen Gesellschaft zu lösen als auch deren wirksame Verteidigung zu gewährleisten.

Auf die weitere Festigung unserer ökonomischen Position sind die zahlreichen neuen Initiativen in Vorbereitung des XI. Parteitages der SED und die Verpflichtungen der Kollektive im sozialistischen Wettbewerb zur Erfüllung und Überbietung des Volkswirtschaftsplanes 1985 gerichtet. In diesem Sinne vollbringen die Werktätigen der DDR zu Ehren des 40. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus hohe Leistungen und setzen damit den Befreieren ein würdiges Denkmal.

Mit der allseitigen Festigung unseres sozialistischen Staates leisten wir unseren Beitrag zur Mehrung des gewaltigen materiellen und geistigen Potentials der sozialistischen Gemeinschaft. Die Stärkung der Einheit und Geschlossenheit dieser Gemeinschaft, der Kurs auf intensive und effektivere Zusammenarbeit der sozialistischen Bruderländer sind ein vorrangiges Anliegen unserer Arbeiterpartei.

Insbesondere der unzerstörbare Bruderbund zwischen der SED und der KPdSU, zwischen unseren Völkern und Staaten, gehört zu den bedeutendsten Errungenschaften der Entwicklung unserer

Republik in den zurückliegenden vier Jahrzehnten. Diese Überzeugung unseres Volkes resultiert aus der millionenfachen Erfahrung, daß seine Erfolge als Ergebnis angestrengter Arbeit nur im Bruderbund mit der UdSSR, dem Lande Lenins, möglich waren.

Erfolgreich nehmen wir heute in Angriff, was im langfristigen Programm der Zusammenarbeit zwischen der DDR und UdSSR in Wissenschaft, Technik und Produktion für die Zeit bis zum Jahre 2000 vereinbart wurde. Immer mehr wird dabei der direkte Erfahrungsaustausch ausgebaut, nimmt das Handelsvolumen zu. Letzten Endes trägt das enge wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenwirken zwischen der DDR und der UdSSR zu einem hohen beiderseitigen Leistungszuwachs bei.

So wurden auf der Grundlage zahlreicher Regierungabkommen auf vielen Gebieten, z. B. des Landmaschinenbaus, der Medizin- und Labortechnik oder bei der Produktion technischer Konsumgüter gemeinsame Aufgaben gelöst.

Heute tritt der Sozialismus in einen neuen, höheren Abschnitt seiner Entwicklung ein. Es sind Ausgangspositionen geschaffen, um weitere bedeutende Fortschritte bei der Entwicklung der Produktivkräfte, bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen entsprechend den sozialistischen Prinzipien zu erreichen. Der XXVII. Parteitag der KPdSU, der XI. Parteitag der SED und die Parteitage der anderen Bruderparteien werden dazu weitreichende Beschlüsse fassen, die diese neue historische Wegstrecke der sozialistischen Gemeinschaft abstecken.

Die Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Gemeinschaft sind heute um so wichtiger, da die reaktionärsten imperialistischen Kreise zum großen Kreuzzug gegen den Sozialismus aufgerufen haben. Die Führer der USA und der NATO setzen auf die Erlangung militärischer Überlegenheit und unternehmen den bislang massivsten Versuch, die Ergebnisse des 2. Weltkrieges sowie der Nachkriegsperiode zu ändern. Mit ihrer Politik des nuklearen Wettrüsts und der Erpressung wollen sie sich die Weltherrschaft verschaffen.

Unsere Republik liegt an der Grenze der beiden militärisch-politischen Gruppierungen — der Warschauer Vertragsorganisation und der NATO —, an der Grenze zwischen der Welt des Sozialismus und der Welt des Kapitalismus. Deshalb ist für uns die Festigung des Bruderbundes mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und die Entschlossenheit besonders wichtig, unser sozialistisches Heimatland auch künftig hin zu stärken. Berlin

AM GLEICHEN TAG...

Der Sieg ist nicht nur Geschichte, sondern auch Gegenwart. Wie berechtigt diese Worte sind — davon konnte man sich an einem Tag vor der 40. Wiederkehr des Sieges über Hitlerdeutschland überzeugen — und das auf ungewöhnliche Weise. Am 5. Mai besuchten die Führer zweier bedeutender westlicher Länder, der USA und der BRD, einen Friedhof der Wehrmacht und der Waffen-SS in der BRD-Kleinstadt Bitburg. Am gleichen Tag — wohl weniger Zufall als vielmehr Gesetzmäßigkeit! — eröffneten die führenden Politiker der Sowjetunion und der DDR, der KPdSU und der SED sowie die Vorsitzenden der DKP und der SEW in Krasnogorsk, unweit von Moskau, eine Gedenkstätte für die deutschen Antifaschisten und legten in Moskau den Grundstein zu einem Denkmal für den großen Antifaschisten Ernst Thälmann, der von den Nazis gemordet wurde.

Die Lästerzeremonie in Bitburg hätte natürlich eine solche Gegenüberstellung nicht verdient, wenn da nicht ein Umstand von prinzipieller Bedeutung wäre. Jede Hinwendung zur Geschichte spiegelt die Haltung zur Gegenwart wider. Sage mir,

wer deine Vorbilder sind — und ich sage dir, wer du bist. So ließe sich ein bekannter Spruch modifizieren. Wohl kaum kann man die Versicherungen der Herren Reagan und Kohl für bare Münze nehmen, sie hätten in Bitburg die "Aussöhnung der Sieger mit dem deutschen Volk" gesucht. Können etwa die Gräber von SS-Leuten aus der Division, die Oradour vernichtete, das deutsche Volk auch nur im mindesten verkörpern? Wer so die "Aussöhnung" sucht, beleidigt die Deutschen, beleidigt die BRD-Bürger. Die unheilvollen SS-Ruinen waren ein Symbol des Hasses und des Terrors, ein Symbol der Jagd auf alles Fortschrittliche — und vor allem — auf die Kommunisten. Der Besuch in Bitburg aber, der Inhalt und Geist der Antihitlerkoalition mit Füßen tritt, war auf entsetzliche Weise logisch für die Teilnehmer des jetzigen "Kreuzzuges"...

Wenn man aber tatsächlich Deutsche ehren will, die Achtung und dankbare Erinnerung verdienen, dann dürfte das nicht allzu schwer fallen. In der stürmischen deutschen Geschichte des 20. Jh. gab es Kräfte, die von Anfang an den Kampf gegen den Hitlerfaschismus aufnah-

men. Es waren die deutschen Kommunisten unter Führung des unvergessenen Teddy, Ernst Thälmann. In jenen Jahren, als die geistigen Vorgänger Reagans das Komplott mit Hitler suchten, gaben deutsche Antifaschisten ihr Leben, um die Menschheit vor der braunen Pest zu retten. Sie taten das in ihrem Land, in Spanien und dann auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges.

Mit der Eröffnung des Museums in Krasnogorsk erinnerten die vier kommunistischen Bruderparteien die Welt daran, daß gerade dort 1943 die ihrer politischen Bedeutung nach einmalige Bewegung des Nationalkomitees Freies Deutschland entstand. Darin wirkten nicht nur Kommunisten, sondern auch jene ehemaligen Soldaten und Offiziere der Wehrmacht mit, denen bittere Erfahrungen die Augen geöffnet hatten. Die sowjetischen Menschen setzten nie, nicht einmal in den schwersten Kriegstagen, die Hitlerclique mit dem deutschen Volk gleich. Das Sowjetvolk und mit ihm alle Fortschrittskräfte der Erde malen die deutsche Geschichte nicht in schwarzbraunen Farben. Das Museum in Krasnogorsk und das Denkmal in Moskau demonstrieren unsere Solidarität mit jenen Kräften auf deutschem Boden, die die notwendigen Schlußfolgerungen aus der Geschichte

LEHRREICH UND AKTUELL

"Möge sich der nationale Befreiungskampf der arabischen Völker gegen Imperialismus, Zionismus, Faschismus und Aggression, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt ausweiten!" — unter dieser Lösung stand Ende April ein Seminar in Damaskus, veranstaltet von der Redaktion der Zeitschrift "Al-Nahdy", die vom Zentrum für sozialistische Studien der arabischen Länder herausgegeben wird.

An dem Seminar nahmen 28 Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien der arabischen Länder, der Partei der Arabischen Sozialistischen Wiedergeburt (Baath) Syriens, der Palästinensischen Widerstandsbewegung und anderer Formationen der arabischen nationalen Befreiungsbewegung sowie Vertreter einer Reihe sozialistischer Länder, darunter der Sowjetunion, teil.

Das Forum war dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus gewidmet. Seine Lösung unterstrich die Aktualität der Lehren des großen Sieges. Die Reden der Teilnehmer verdeutlichten die un trennbare Verbindung zwischen dem großen Sieg und der Gegenwart.

In seiner Eröffnungsrede betonte der stellvertretende Baath-Generalsekretär, A. Ahmar, daß die Zerschlagung Hitler-

deutschlands ein welthistorisches Ereignis war. Das sozialistische Weltsystem bildete sich, der Zusammenbruch des Kolonialsystems begann. A. Ahmar gab eine hohe Einschätzung der sowjetischen Friedenspolitik, die auf dem April-Plenum (1985) des ZK der KPdSU bestätigt und weiterentwickelt wurde. Die Völker der Erde, betonte er, unterstützen die Friedensinitiativen der KPdSU und der Sowjetregierung.

Entschieden verurteilte Michel Kamel, Mitglied des Politbüros des ZK der Ägyptischen KP, die Versuche gewisser führender Politiker der USA und Westeuropas, insbesondere Präsident Reagans, die historische Wahrheit zu verfälschen und das Andenken an die gefallenen Kämpfer gegen den Faschismus, darunter an Amerikaner, zu besudeln. Die USA, sagte er, unterstützen reaktionäre und faschistische Diktaturen in vielen Regionen, üben massiven Druck auf unabhängige Länder aus, mischen sich in deren innere Angelegenheiten ein und versuchen, den nationalen Befreiungskampf der Völker zu unterdrücken.

Da die meisten Teilnehmer des Seminars aus arabischen Ländern kamen, galt dem Nahen Osten die besondere Aufmerksamkeit. Scharf kritisiert wurde die "strate-

gische Zusammenarbeit" der USA und Israels, die alles tun, um den arabischen Völkern Separatistmachungen aufzuzwingen, die nichts gemein haben mit einer wahrhaft umfassenden und gerechten Lösung der Nahostfrage. Zugleich wurde Unterstützung für die sowjetischen Vorschläge geäußert, die einen realen Weg zur Friedenssuche in der Region eröffnen.

Das Mitglied des ZK der KPdSU, der Chefredakteur der Zeitschrift "Kommunist" Ritschard Kossolapow bekundete im Namen der sowjetischen Delegation die Solidarität der sowjetischen Kommunisten, des gesamten Sowjetvolkes mit dem Kampf der arabischen Patrioten gegen die subversiven Pläne des Imperialismus, des Zionismus und der Reaktion. Er betonte, daß die arabischen Völker ein großes antiimperialistisches Potential besitzen, das noch umfassender und breiter genutzt werden müsse.

In einer Erklärung dankten die Teilnehmer des Treffens dem Sowjetvolk, das beispiellosen Heroismus und Mut gezeigt und größte Opfer für die Rettung der Menschheit vor Sklaverei und Naziherrschaft gebracht hat, von ganzem Herzen. Heute ist die Sowjetunion ebenso wie vor 40 Jahren, wie es in der Erklärung heißt, das Bollwerk des Friedens und der Sicherheit auf unserem Planeten, steht in den ersten Reihen des Kampfes der Völker für eine friedliche, glückliche Zukunft. Die Menschheit hat heute keine

gezogen haben. Die wichtigste Lehre ist: Von deutschem Boden darf nie wieder die Gefahr eines neuen Krieges ausgehen.

Diese Grunderkenntnis darf keine verbale Deklaration bleiben. Ebendeshalb wurde bei der Begegnung zwischen Michail Gorbatschow und Erich Honecker am 5. Mai betont: Zu den Versicherungen Bonns, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf, stehen die fortgesetzte Stationierung amerikanischer nuklearer Erstschlagsraketen in der BRD sowie der faktische Anschluß Bonns an die US-Pläne einer "Strategischen Verteidigung" in direktem Widerspruch.

Wohl nichts zeigt so klar die Bedeutung des vergangenen Krieges wie der Vergleich des politischen Kurses der beiden deutschen Staaten. Erich Honecker sprach in seinen Reden in Krasnogorsk und Moskau bewegt davon, daß die DDR die Traditionen von Thälmanns Kampf verkörpert, indem sie für alle Zeiten die Vergangenheit, den deutschen Militarismus besiegt hat. Und die Fahne der DDR, die bei der Eröffnung des Museums wehte, symbolisierte gleichsam die Verwirklichung der größten Hoffnungen der deutschen Antifaschisten.

L. BESYMENSKI,
politischer Kommentator der NZ

wichtigere Aufgabe als die Bewahrung des Friedens und den Kampf gegen die aggressive, hegemonistische Politik des Imperialismus.

Die Seminarteilnehmer bildeten einen Koordinierungsausschuß für die Aktionen der arabischen antiimperialistischen Kräfte. Ihm gehören Vertreter der Baath-Partei, der Jemenitischen Sozialistischen Partei, der National-demokratischen Front Libanons, der Nationalen (linken) Fortschrittspartei Ägyptens, der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas, der Volksfront für die Befreiung Palästinas, einiger anderer patriotischer Parteien und Organisationen arabischer Länder an.

Verabschiedet wurden ferner Sonderresolutionen zur Unterstützung des Kampfes der Patrioten Libanons und des arabischen Volkes von Palästina, Solidarität mit Regierung und Volk Nikaraguas wurde bekannt.

Das Seminar in Damaskus demonstrierte die Einheit der Ansichten eines weiten Kreises von Teilnehmern der antiimperialistischen Bewegung im Nahen Osten und in Nordafrika zu den Hauptfragen der Gegenwart, ihr wachsendes Streben nach Koordinierung der Aktionen im Kampf gegen die Politik der Expansion und des neokolonialistischen Diktats für eine freie und unabhängige Entwicklung der arabischen Völker.

A. WAWILOW

Damaskus--Moskau

"NEUE ZEIT" 20.85



IM ZEICHEN DER EINHEIT

Es ist eine schöne Tradition, daß zahlreiche Freunde aus dem Ausland zum 1. Mai, dem Tag der internationalen Solidarität der Werktätigen, die sowjetischen Gewerkschaften besuchen. Am zweiten Feiertag kommen sie im Säulensaal des Gewerkschaftshauses mit ihren sowjetischen Kollegen zusammen, um ihre Einstellung zu den wichtigsten jeweiligen Gegenwartsproblemen vorzubringen.

Dieses Mal hat am 2. Mai eine Antikriegskundgebung von Vertretern der Moskauer Öffentlichkeit und der ausländischen Gewerkschaftsdelegationen stattgefunden. In seiner Ansprache sagte Stepan Schalajew, der Vorsitzende des Zentralrats der Sowjetischen Gewerkschaften:

"Den 40. Jahrestag des Sieges über den Nationalsozialismus begeht die UdSSR gemeinsam mit allen anderen friedliebenden Völkern als Fest der Friedensidee, als erhebendes Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen gegen neue Gemetzel, als Anlaß zur Verstärkung des Kampfes gegen die Kriegsgefahr und das Wettrüsten. Dieses große Fest der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit steht im Zeichen einer bedeutenden Intensivierung des Kampfes gegen den Imperialismus und seinen militärischen Kurs, gegen die Gefahr eines Kernwaffenkriegs, in der die Menschheit schwebt. Nur das Zusammenstehen aller Friedenskräfte kann eine neue Weltkatastrophe verhüten."

S. Nagy, Sekretär des Landesrates der Gewerkschaften Ungarns, hob folgendes hervor: "Der 9. Mai gilt als Geburtstag des Friedens. Die Völker der Erde wissen sehr wohl, daß die UdSSR bei der Ausmerzung der faschistischen Pest die entscheidende Rolle gespielt hat. Ein überragendes, historisches Ergebnis des Sieges ist die Bildung des sozialistischen Weltsystems. Der Mai 1945 löste zugleich einen Aufschwung der Arbeiterbewegung aus. Es ergaben sich in vielen Ländern größere Möglichkeiten für die Stärkung der Gewerkschaftsbewegung.

Voll Dankbarkeit sprach R. Martin, ein ehemaliger Marinemilitär, Vorsitzender der IG Tabakindustrie Großbritanniens, vom Heldenmut der Millionen Soldaten der UdSSR sowie der Soldaten der alliierten Truppen, die im Kampf gegen die Naziunterjochung ihr Leben gelassen haben.

Er erklärte: "Aus der Asche der Millionen Toten und dem Gedenken an die ertragenen Leiden ist das innige Bestreben erwachsen, den Frieden zu erhalten. Wir haben eine nicht gerade leichte Aufgabe, aber unsere Gewerkschaften haben sich trotz der Unterdrückung und im Kampf gebildet, und wir müssen eine Zukunft, frei von der Gefahr einer nuklearen Katastrophe, herbeiführen. Mit größter Genugtuung haben alle Völker die kürzlichen Initiativen Michail Gorbatschows aufgenommen. Statt sie zu begrüßen, will man uns glauben machen, daß das Programm für Sternenkriege zum Nachlassen der Spannungen zwischen den Großmächten führen könnte.

M. Shope vom Exekutivkomitee des Südafrikanischen Kongresses der Gewerkschaften (SACTU), sagte: "Die Arbeiterklasse der Welt muß, unabhängig von der ideologischen Einstellung der Arbeiter, entschieden nein zu einem neuen Krieg sagen. Wir in Südafrika betrachten unseren Kampf gegen den Rassismus, die Rassendiskriminierung und Apartheid als Kampf für nationale Befreiung, als antiimperialistischen Kampf für Frieden."

Die Gewerkschafter, Arbeiter, Studenten und anderen Diskussionsredner sagten, in der jetzigen internationalen Lage, die durch Verschulden der von den USA geführten imperialistischen Kreise komplizierter geworden ist, sei es mehr denn je notwendig, daß sich die Friedenskräfte, unabhängig von ihrer politischen Einstellung, vereinen.

W. GALIN

Unser Bild: Die Antikriegskundgebung

Foto: W. Panow

GARANTIE DER FREIHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT

Vladimir GERLOCH, stellvertretender Chefredakteur
der "Rude Pravo"

In die Tschechoslowakei, die bereits 1938, als eines der ersten Länder, der Naziaggression zum Opfer gefallen war, zog der Frieden mit den letzten Schüssen in den Kämpfen um Prag am 9. Mai 1945 ein.

Die UdSSR spielte die entscheidende Rolle beim Sieg über die faschistischen Horden. Sie trug die siegreiche rote Fahne von Stalingrad bis zum Berliner Reichstag und half dabei vielen europäischen Völkern und Ländern, darunter auch der Tschechoslowakei, ihre Freiheit zu behaupten.

Unser Volk hatte sich nie mit der deutschen Okkupation abgefunden. An den Fronten des zweiten Weltkriegs, in faschistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern, in Partisanen- und Kampftrupps, überall, wo gegen die faschistischen Aggressoren gekämpft wurde, kämpften auch Tschechen und Slowaken, Vertreter aller Völkerschaften unseres Landes. Seite an Seite mit der Sowjetarmee legte das 1. Tschechoslowakische Korps unter dem Befehl General Ludvík Svobodas, des späteren Präsidenten der CSSR, den Kampfweg von Busuluk nach Prag zurück. Seinen Höhepunkt fand unser Befreiungskampf im Slowakischen Nationalaufstand, der am 29. August 1944 aufflammte, und im Prager Aufstand vom Mai 1945, im abschließenden Stadium des Krieges in Europa.

Die selbstlosesten und bewußtesten Kämpfer gegen den Faschismus waren in der Tschechoslowakei die Kommunisten. Die KPTsch beurteilte die Situation im Land am Ende des Krieges real und erarbeitete die Strategie des Übergangs vom nationalen Befreiungskampf zur volksdemokratischen Revolution. An diese Revolution zog sie breite patriotische Schichten der Bevölkerung heran. Das von der KPTsch vorgeschlagene Programm der Weiterentwicklung der nationaldemokratischen Revolution ist in die Geschichte unseres Staates als das Regierungsprogramm von Košice eingegangen.

Neben der Lösung der laufenden Aufgaben (Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft, Organisation der Versorgung der Bevölkerung und ihrer medizinischen Betreuung) sah dieses Programm die Schaffung der politischen und wirtschaftlichen Grundlagen der volksdemokratischen und sozialistischen Gesellschaftsordnung vor. Die außenpolitische Orientierung der neuen Tschechoslowakei ergab sich aus dem im Dezember 1943 unterzeichneten tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrag über Freundschaft, Beistand und Nachkriegszusammenarbeit. Das Programm beinhaltete Maßnahmen zur Einschränkung des wirtschaftlichen und folglich auch politischen Einflusses der Bourgeoisie. So wurden die Großbetriebe sowie die Natur- und Energiressourcen unter Kontrolle des Staates gestellt. Es begann die Nationalisierung der Hauptproduktionsmittel. Am 24. Oktober 1945 wurden die Dekrete über die Nationalisierung der Banken, Sparkassen und der größten Industriebetriebe veröffentlicht. Auch in der Landwirtschaft waren demokratische Umgestaltungen im Gange.

Die Realisierung all dieser Maßnahmen entmachtete das Monopolkapital in der Tschechoslowakei. Selbstverständlich wurde dieser Prozeß von heftigen Klassenkämpfen begleitet. Und doch verlief das Hinüberwachsen der nationaldemokratischen in die sozialistische Revolution in unserem Lande alles in allem friedlich, ohne bewaffnete Zusammenstöße zwischen der Arbeiterklasse und ihrem Klassengegner. Möglich wurde das dank dem Umstand, daß die hohe Autorität der UdSSR, ihr entscheidender Einfluß auf den Ausgang des Weltkrieges uns vor einer offenen Intervention der imperialistischen Kräfte schützte, die bereit waren, der Konterrevolution in der Tschechoslowakei zu Hilfe zu eilen. Auch die Unterstützung der Massen für die Politik der KPTsch im Lande schuf die notwendigen Voraussetzungen für die friedliche Entwicklung der

Revolution. Deshalb scheiterte im Februar 1948 der Versuch der Reaktion, einen konterrevolutionären Putsch zu verüben.

Unser Land tat sich der Weg zum Aufbau des Sozialismus auf. Bald, auf ihrem IX. Parteitag, arbeitete die KPTsch die Generallinie dieses Aufbaus aus. Die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik war die Industrialisierung. Zwar hatte die Tschechoslowakei schon im Kapitalismus zu den industriell entwickelten Ländern gehört, aber neben den entwickelten tschechischen Gebieten bestand die verarmte Slowakei. Der IX. Parteitag der KPTsch sah die Schaffung einer materiell-technischen Basis vor, die einen Aufschwung sowohl der Industrie als auch der Landwirtschaft sichern sollte.

Die Umstellung in Industrie und Landwirtschaft zeitigte positive Ergebnisse. Das wirkte sich auf die Entwicklung der gesamten Gesellschaft — den Lebensstandard der Werktätigen, die Kultur und Bildung — aus.

Der Übergang der Tschechoslowakei vom Kapitalismus zum Sozialismus verlief jedoch nicht reibungslos. Schon im dritten Planjahr fünf (1961–1965) zeigte sich in einigen Industriezweigen eine Diskrepanz zwischen den Planauflagen und den realen Möglichkeiten. Die spätere Verringerung des wirtschaftlichen Wachstumstemos war direkte Folge der bei der Planung und Organisation der Produktion zugelassenen Fehler. Die entstandene revisionistische Strömung dehnte ihren Einfluß allmählich auf die nationale Wirtschaft aus. Da die Anhänger dieser Strömung hohe Posten im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat an sich gebracht hatten, wurde die Situation gefährlich. All das wuchs sich 1968 schließlich zu einem offenen Angriff auf die Grundprinzipien des Sozialismus, zu einem Versuch des konterrevolutionären Umsturzes aus.

Die gesunden Kräfte der Partei unter Gustav Husák besiegten die Rechtskräfte und antisozialistischen Elemente. Allmählich normalisierte sich die Lage.

Später, auf ihrem XIV. Parteitag, arbeitete die KPTsch das Programm für den Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der CSSR durch Umstellung der Volkswirtschaft auf intensive Entwicklung aus.

Heute kann mit Fug und Recht gesagt werden, daß sich unsere Wirtschaft trotz Schwierigkeiten objektiver und subjektiver Art in den 40 Nachkriegsjahren insgesamt erfolgreich entwickelte. So stieg die



Kurz vor dem 40. Jahrestag der Befreiung der Tschechoslowakei trafen sich in Prag ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager Ravensbrück und Flossenbürg. Sie riefen alle Friedenskräfte auf, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Krieges zu verstärken. TASS-Foto: Teilnehmer des Treffens

Industrieproduktion zwischen 1948 und 1984 auf das 12,7fache (in der Tschechischen Sozialistischen Republik auf das 10,4fache und in der Slowakischen auf das 28fache). Heute produziert die CSSR in nicht einmal einem ganzen Monat mehr Industriewaren als die bürgerliche Republik in einem Jahr.

Gut kommt unsere Landwirtschaft voran. Obwohl sich die Saatfläche merklich verringert hat und die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten zurückgegangen ist, hat sich das Aufkommen an Agrarzeugnissen im Lande auf das 2,2fache der Vorkriegszeit erhöht. Die Getreideproduktion hat besonders stark zugenommen. Zwischen 1948 und 1984 sind die Hektarerträge hier von 15 auf 45 dt gestiegen.

Ein weiteres Wirtschaftswachstum erwarten wir von der Steigerung der Arbeitsproduktivität, genauen Planung, verbesserten Leitung und Organisation der Produktion, von der möglichst wirksamen Überleitung wissenschaftlich-technischer Leistungen. Wir erachten es als notwendig, die Möglichkeiten, die uns die wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern bietet, besser zu nutzen.

Dank ihren wirtschaftlichen Erfolgen kann die CSSR den Lebensstandard der Bevölkerung heben. So ist bei uns 1983 gegenüber dem Vorkriegsjahr

1937 der Nahrungsmittelverbrauch pro Kopf der Bevölkerung auf das 3,3fache und der Mindestlohn auf das 3,7fache gestiegen. Die Zahl der Studenten beträgt das 6,7fache der von 1937.

Den kinderreichen Familien schenkt unsere Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit. Ihnen wurden 1983 in Form von Kinderbeihilfe und Schwangerschafts- und Wochengeld 18,8 Md. Kronen ausgezahlt.

Die wichtigste Bedingung für den weiteren Fortschritt unseres Landes ist die Aufrechterhaltung des Weltfriedens. Im Kampf um die Verhütung einer nuklearen Katastrophe steht die sozialistische Tschechoslowakei Schulter an Schulter mit der UdSSR und den anderen Warschauer Vertragsstaaten. Gustav Husak, Generalsekretär der KPTsch, Präsident der CSSR, betonte: "Unsere nationale Existenz, die staatliche Selbständigkeit und die weitere Entwicklung der sozialistischen Gesellschaftsordnung stützen sich auf die in der Geschichte erprobte Freundschaft, das Bündnis und die brüderliche Zusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, auf den gemeinsamen Kampf für den Sieg des Sozialismus, des Friedens und Fortschritts auf der Erde. Diese Freundschaft und gegenseitig nützliche Zusammenarbeit werden wir im Interesse unseres Landes, unseres gesamten Volkes auch weiter festigen und vertiefen."

Unser außenpolitischer Kurs ist im Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen der CSSR und der UdSSR verankert, der vor 15 Jahren, am 6. Mai 1970, in Prag unterzeichnet wurde. Er gibt unserem Land Zukunftsgewissheit, garantiert seine Sicherheit und dient treu seinen Lebensinteressen.

Prag

SAUBERE SELBSTVERTEIDIGUNG!"

Das Nationale Verteidigungsamt Japans arbeitet einen neuen Fünfjahrplan zur Stärkung der "Selbstverteidigungskräfte" aus. Kostenpunkt: 100 Md. Dollar. Man erwartet, daß der Plan im Sommer von der Regierung gebilligt und dem Parlament zur Bestätigung zugeleitet wird. Die Annahme des 100-Milliarden-Plans wird dazu führen, daß Tokio offiziell sein feierliches Versprechen bricht, die Rüstungsausgaben auf 1% des Bruttonsozialprodukts zu beschränken.

Die "Selbstverteidigungskräfte" haben bereits einen Wunschzettel verfaßt: Kriegsschiffe und U-Boote, neue Raketenmodelle. Eine Modernisierung der Divisionen, die auf der unweit der sowjetischen Grenzen gelegenen Insel Hokkaido stationiert sind, soll erfolgen. Die USA werden Nippon zusätzlich F-15-Jäger liefern, die zusammen mit den amerikanischen F-16-Jagdbombern, die Nuklearwaffen tragen können, operieren sollen.

Die Forcierung des Kriegspotentials der "Selbstverteidigungskräfte" erfolgt parallel zur Verstärkung der US-Militärpräsenz im Westpazifik.

Verteidigungsminister K. Kato teilte, als er vor Parlamentariern Erläuterungen zum japanisch-amerikanischen Protokoll über gemeinsame Kampfhandlungen abgab, mit: Die Streitkräfte beider Länder werden nach gemeinsamem Szenario operieren, und ihre Aktionen sollen ein größeres Ausmaß haben als die des Gegners.

Der von Ministerpräsident Nakasone geleitete Nationale Verteidigungsrat billigte bereits in den letzten Apriltagen in Erfüllung seines Teils der Verpflichtungen aus dem gemeinsamen Protokoll ein umfassendes Programm der elektronischen Spionage. So sollen "Erkenntnisse" über die Sowjetarmee gesammelt werden, die zur Führung von Kampfhandlungen gebraucht würden, betonten Mitarbeiter des Amtes. Zusammen mit den USA bereitet sich Japan auch auf "Sterenkriege" vor.

Das militaristische Fieber schüttelt in diesem Jahr besonders die japanischen Inseln. Generale in Uniform und in Zivil rüsten überstürzt den "unversenkbar" Flugzeugträger" aus. Doch wird man die Menschen dazu bringen können, den näher rückenden 40. Jahrestag der schmählichen Kapitulation des militaristischen Japan zu vergessen? Wird man die Erinnerung an Hiroshima und Nagasaki verdrängen können, als Hunderttausende Japaner mit ihrem Leben für den militaristischen Wahnsinn zahlten?

L. MLETSCHIN

KRÄNZE, HOHLE WORTE...

In den ersten Maitagen grünte Bonn so grün... Und das nicht nur, weil der Frühling nun endlich mit Verspätung eingetroffen war. Grün ist die Farbe der Polizei in der BRD. An die 20 000 Polizisten waren aus dem ganzen Land nach Bonn beordert worden. Auf den Straßen patrouillierten zahlreiche grüne Polizeifahrzeuge. Vor den wichtigsten Objekten standen grüne Panzerwagen. In den engen Gassen aber, unweit des Regierungsviertels, standen grüne Autos mit Wasserwerfern. Das Regierungsviertel selbst war von der Polizei abgeriegelt — Zutritt nur mit Sonderausweis. Unter der Erde überprüfte die Polizei die Fahrgäste der U-Bahn-Linie unter dem Regierungsviertel. Übrigens wurden auch oberirdisch alle "Verdächtigen" überprüft. Die "Frankfurter Rundschau" bemerkte: Dieser Tage hat jeder Einwohner und Besucher Bonns hautnah fühlen müssen, das ist ein Bild, das er sonst nur von Polizeistaaten kennt.

Die in der Geschichte der BRD beispiellosen Sicherheitsmaßnahmen waren zum 11. Wirtschaftsgipfel (2.—4. Mai) der sieben bedeutendsten kapitalistischen Länder — der USA, Japans, der BRD, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und Italiens — ergriffen worden. Besondere Aufmerksamkeit galt natürlich der Sicherheit von US-Präsident Reagan, der die Teilnahme an dem Gipfel mit einem Staatsbesuch verband und sich deshalb vom 1. bis 6. Mai in der BRD aufhielt. Übrigens vertraute der Sicherheitsdienst des Präsidenten den BRD-Kollegen nicht sonderlich. Die Amerikaner überprüften selbst sogar die Abflusskanäle unter dem Regierungsviertel und sicherten sie durch Metallgitter. Aus den USA hatte man die gepanzerte Präsidentenlimousine und Hubschrauber für die BRD-Trips des Präsidenten eingeflogen. Selbst die Mikrophone, in die Reagan bei seiner Reise sprach, wurden über den Atlantik geschafft...

Das Treffen der Sieben fand am Vorabend des 40. Jahrestages der Beendigung des zweiten Weltkrieges in Europa statt — eines für Bonn äußerst unangenehmen Datums. Die herrschenden Kreise der BRD hatten erwartet, daß das Treffen die Einheit des westlichen Bündnisses, dem ehemalige Kriegsgegner angehören, die Gemeinsamkeit seiner "moralischen Werte" und politischen Ziele demonstrieren und dadurch die Aufmerksamkeit von den Verbrechen Hitlerdeutschlands ablenken würde. Überdies hoffte Bonn, von seinen Verbündeten eine Billigung der Thesen von der "Notwendigkeit" zu erhalten, die "Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden", d. h. im Grunde der revanchistischen Forderungen, die die territorialen und politischen Nachkriegsrealitäten in Europa in Frage stellen.

Formell war die Konferenz der Erörterung ökonomischer Fragen gewidmet.

Doch ebenso wie bei den vorangegangenen derartigen Begegnungen wurden dabei auch militärische und politische Fragen erörtert. Zum 40. Jahrestag der Beendigung des zweiten Weltkrieges — so heißt die Politische Erklärung, die von den Sieben angenommen wurde.

Logisch wäre die Annahme, in dieser Erklärung würde etwas über die Ursachen des Krieges gesagt, würden die Kräfte aufgezeigt, die ihn entfesselt und die die Verantwortung für den Tod von vielen Millionen tragen. Doch nichts Derartiges findet sich in der Erklärung. Die Konferenzteilnehmer ehren nur das Andenken an all jene, die, wie es heißt, seinerzeit Opfer von Kriegshandlungen wurden oder durch unmenschliche Behandlung, Ausbeutung und Gewalttäterschaft umkamen. Nichts wurde auch über jene gesagt, die den deutschen Faschismus und den japanischen Militarismus zerschlugen, über die Antihitlerkoalition, die Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Kampf gegen den gemeinsamen Feind vereinte.

Die Verfasser der Erklärung sprechen von dem in Helsinki eingeleiteten Prozeß. Doch sie verschweigen, daß in der KSZE-Schlüsselekte die Unverletzlichkeit der Grenzen in Europa anerkannt wird. Sie "bedauern die Spaltung Europas" und verleihen ihrer Hoffnung Ausdruck, daß in Europa eine Lage entsteht, "in dem das deutsche Volk durch freie Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt". Dieser Satz könnte vollständig aus einer der ungezählten Erklärungen der Bonner Regierung oder aus einer Bundestagsresolution stammen. Im Klartext bedeutet er nicht mehr und nicht weniger als die Forderung nach Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der DDR und nach ihrem Anschluß an die BRD. Einige hiesige Beobachter sahen diesen Satz nur als formales Zugeständnis ohne praktische Bedeutung an die Bonner Gastgeber. Natürlich hat er keine praktische Bedeutung in dem Sinne, daß Bonn dieses Ziel nie erreichen wird. Der Sozialismus in der DDR hat für alle Zeiten gesiegt. Doch ein solches Zugeständnis muß die revanchistischen Kräfte in der BRD, die von einer Revision der Kriegsergebnisse träumen, ermuntern.

Die Konferenzteilnehmer begrüßten den Beginn der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf. Weiter heißt es in der Erklärung: "Wir billigen die positiven Vorschläge der USA." Welche Vorschläge werden da gemeint? Der Text der Erklärung enthält da keinerlei Hinweise. BRD-Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der den Text der Erklärung auf einer Pressekonferenz präsentierte, gab keine weiteren Erläuterungen. Doch bekanntlich weigert sich Washington entgegen der sowjetisch-amerikanischen Vereinbarung kategorisch, die Frage der Nichtausweitung des Wettrüstens auf den

Weltraum gleichzeitig mit der Frage der Begrenzung und Reduzierung der Nuklearwaffen in Genf zu erörtern. Wenn die Konferenzteilnehmer eben diese Haltung der USA "hoch eingeschätzt" haben, kann ihre Erklärung, sie streben nach einer "bedeutenden Reduzierung der vorhandenen Nukleararsenale" nur als Heuchelei bezeichnet werden.

Wichtig ist nicht nur das, was in der Politischen Erklärung steht, sondern auch das, worüber sie sich ausschweigt. So wird nichts über Reagans "Strategische Verteidigungsinitiative" gesagt, obgleich diese Frage auf dem Gipfel erörtert wurde und sich der Präsident um die offizielle Zustimmung der Partner zur Teilnahme an der Vorbereitung von "Sternenkriegen" bemühte. Doch die Meinungen der Konferenzteilnehmer gingen in diesem Punkt stark auseinander. So machte sich Kanzler Kohl für Reagans "Initiative" stark, Frankreichs Präsident Mitterrand aber lehnte sie entschieden ab.

Nachdem die anderen Gipfelteilnehmer am 5. Mai abgereist waren, setzte US-Präsident Reagan seinen unterbrochenen Staatsbesuch fort. An diesem Tag hatte er zwei Kränze niederzulegen: im ehemaligen KZ Bergen-Belsen bei Hannover und auf dem Soldatenfriedhof Bitburg. Anfangs war das KZ im Präsidentenprogramm nicht vorgesehen. Es wurde überstürzt ins Programm aufgenommen, um der Welle der Empörung, die durch Reagans Absicht, Nazi-Verbrecher zu ehren, ausgelöst war, die Spitze zu nehmen. Doch das sollte nicht gelingen. Kränze an den Gräbern der Mörder und

Solche Flugblätter wurden in Bonn am Vorabend des Wirtschaftsgipfels und vor Reagans BRD-Besuch verbreitet. Sie riefen zur Teilnahme an einer Protestdemonstration gegen die Politik der Westmächte auf. Trotz polizeilicher Verbote gingen viele Tausende auf die Straßen.

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)



ihrer Opfer niederzulegen, ist fürwahr der Gipfel der Heuchelei.

Von den 500 Ehrengästen, die zu der Zeremonie eingeladen waren, lehnten 150 die Einladung ab. Unter ihnen die Landtagsabgeordneten der SPD und der Grünen. Vertreter verschiedener Organisationen. Vor dem Eintreffen des Präsidenten mußten eiligst die leergebliebenen Stühle fortgeschafft werden, um dem hohen Gast nicht die Stimmung zu verderben. Und Reagan tönte im Brushton der Überzeugung: "Heute sind fast alle führenden Persönlichkeiten des freien Deutschland hier zugegen...". Dann legte er diesen "herausragenden Persönlichkeiten" seine Sicht dar, wer nun wirklich an der Vernichtung Zehntausender in Bergen-Belsen schuld war. Reagan zufolge "ging dieses Verbrechen von einem Mann aus".

Der Präsident meinte offenbar Hitler. Reagan sprach von den "zu Tode gequälten Juden und Christen, Katholiken und Protestanten". Doch er erwähnte nicht, daß in Bergen-Belsen 50 000 Sowjetbürger ermordet wurden. Möglicherweise wußte Reagan das nicht. Doch Kanzler Kohl wußte es bestimmt. Allein ein solches Eingeständnis hätte so gar nicht in den Text seiner Rede gepaßt, in der er sich über den "entscheidenden Beitrag" der Amerikaner zur Befreiung Europas von der Hitlerherrschaft ausließ.

Aus Bergen-Belsen begab sich der Präsident in Begleitung des Kanzlers per Hubschrauber nach Hannover, und von dort mit einem Flugzeug nach Bitburg — zum US-Stützpunkt. Die Zeremonie auf dem Bitburger Soldatenfriedhof dauerte nur 8 Minuten. Der Präsident wurde von einem pensionierten US-General, Ridgeway, der Kanzler von General Steinhoff, einem ehemaligen Flieger von Hitlers Luftwaffe, begleitet. Eben sie legten im Namen Reagans und Kohls die Kränze nieder. Dann wechselten die Generale einen Händedruck. Die Zeremonie wurde so kurz wie möglich gehalten, doch das konnte den Sinn dieser Lästerung nicht ändern: Der US-Präsident und der BRD-Kanzler ehrten die faschistischen Henker.

Sowohl in Bergen-Belsen als auch in Bitburg protestierten Tausende von Demonstranten gegen die "Aussöhnung" mit der Nazi-Vergangenheit. Hier waren nicht nur Deutsche, sondern auch Bürger der USA, Frankreichs und anderer Länder, die speziell in die BRD gekommen waren, um ihre Empörung zu bekunden — betagte Menschen, Opfer des Naziterrors, und junge Leute, die von diesen Schrecken nur aus Filmen und Erzählungen der Älteren wissen.

Jetzt frohlockt die BRD-RechtsPresse, die Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg werde in die Geschichte der Beziehungen zwischen der BRD und den USA eingehen. Ja, sicherlich — als Schandfleck.

A. TOLPEGIN
NZ-Korrespondent

NZ

STANDPUNKT

DAS BONNER BÜNDEL

Die jährlichen Wirtschaftserklärungen der Staats- und Regierungschefs der sieben bedeutendsten kapitalistischen Länder werden von niemandem als Direktiven betrachtet. Der Wert solcher "Kamingespräche" soll, wie deren Teilnehmer wiederholt betonten, in einem "offenen Meinungsaustausch" bestehen. Nichtsdestoweniger sind sie alle, besonders der US-Präsident, stets bemüht, bei den "Gesprächen" nur für sich günstige Formulierungen durchzusetzen. So zeigt also trotz aller PR-Kosmetik jede Erklärung, daß sich die Meinungen der Sieben in vielen Fragen nicht decken.

Die vorrangige ökonomische Frage, die Washington den Sieben in Bonn aufzutragen wollte, war die Aufnahme von Gesprächen über einen "freieren" internationalen Handel im GATT-Rahmen. In solchen Verhandlungen sieht das Weiße Haus jetzt die Rettung für den amerikanischen Außenhandel, dem die "Reaganomics" und solche ihrer Elemente wie die hohen Zinsen und der "Hohenflug" des Dollars arg zugesetzt haben. 1984 betrug das Defizit der Handelsbilanz der USA mit Japan 34 Md., mit der EG 13 Md. Dollar.

Doch die Show mit der von Washington so groß angekündigten neuen GATT-Runde platze wegen der Weigerung des französischen Präsidenten Francois Mitterrand, ein Datum für deren Beginn festzusetzen. In Paris meint man, die GATT-Runde solle mit Gesprächen über eine Reform des IWF-Systems und mit der Entwicklung der Länder der dritten Welt verbunden werden. Ein Bündel aus Währungsfragen sowie Welthandel und Entwicklung der dritten Welt zu schnüren, ist keine neue Idee. Paris hatte bereits 1982 eine Konferenz über eine Reform des Währungssystems vorgeschlagen. Das wird auch schon seit langem von der Bewegung der Nichtpaktgebundenen und von vielen Entwicklungsländern verlangt. Doch Washington weicht Diskussionen über Währungsfragen, besonders im Rahmen der UNO, hartnäckig aus, da es darin eine direkte Bedrohung für die Dollarherrschaft sieht.

Der "offene Meinungsaustausch" gebar einen Kompromiß: Konsultationen durchzuführen, "um eine gemeinsame Meinung über Gegenstand und Aufgaben" der Gespräche im GATT-Rahmen sowie im Rahmen des IWF zu erarbeiten, um die "Wirksamkeit des internationalen Währungs- und Finanzsystems zu verbessern". Konkretes Ergebnis: Handels- und Währungsfragen werden so miteinander verbunden, um ihre Lösung hinauszuschieben, die Vorherrschaft des Dollars und den Mechanismus der finanziellen Ausplünderung der Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten.

Reagans zweite Aufgabe auf dem Bonner Gipfel war es, von den NATO-Verbündeten das Versprechen zu erhalten, eine solche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verfolgen, die die EG zur Wirtschaftslokomotive des Westens anstelle der USA, wo es mit der Konjunktur offensichtlich bergab geht, machen sollte. Dafür hat das Weiße Haus bereits ein erprobtes Rezept. Washington nötigt die westeuropäischen Führer, dringende Maßnahmen zu ergreifen, um die Kapitalakkumulation durch eine brutale Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse zu verstärken. Die "Reaganomics" soll also nach Westeuropa exportiert werden.

Verständlicherweise ließ sich die bürgerliche Presse Westeuropas über dieses Thema des Bonner "Meinungsaustausches" nicht sonderlich aus, obgleich dabei im Gegensatz zu anderen Fragen fast völlige Übereinstimmung bestand. Die Führer der Sieben, die solchen "wichtigen Aufgaben" wie "steigender Beschäftigung" und einer "Verringerung der sozialen Ungleichheit" verbaletten Tribut zollten, einigten sich auf eine "sparsame, und falls erforderlich, harte Finanz- und Haushaltspolitik". Die führenden Politiker des Westens würden ferner "dazu beitragen, daß sich alle Märkte, vor allem der Arbeitsmarkt, besser den sich verändernden Bedingungen anpassen und darauf reagieren". Hinter diesem Wortgeklängel steht nichts anderes als die weitere Kürzung der Sozialausgaben, die Beschniedung der gewerkschaftlichen Rechte und die Aufhebung der auch ohnehin wenig effektiven Beschäftigungsgesetze, die die Werktätigen zumindest teilweise vor der Unternehmerwillkür schützen sollen. In Bonn wurde also die Politik der sozialen Revanche verkündet, die die neokonservativen Führer der USA, Großbritanniens, der BRD und Japans jetzt bereits einige Jahre verfolgen.

Manche westliche Kommentatoren bewerten die Ergebnisse des Bonner Gipfels (mit Hinweis auf Reagans Mißerfolg bei der Festlegung eines Datums für den Beginn der GATT-Gespräche) negativ. Sie sind tatsächlich negativ, doch in einem viel umfassenderen Sinne. Ebenso wie auf den vorhergehenden Wirtschaftsgipfeln suchten die Sieben in Bonn eine Lösung der den Weltkapitalismus so bedrängenden ökonomischen und sozialen Fragen auf Kosten der Entwicklungsländer und der Werktätigen des Westens. Doch von den Lakaien der Kapitalistenklasse war im Grunde auch nichts anderes zu erwarten.

Felix GORJUNOW

Der US-Präsident proklamierte den 7. Mai 1985 zum "Tag der Menschenrechte von Helsinki". In diesem Zusammenhang verkündete Reagan eine Proklamation, in der er die "feste Treue" (der USA - die Red.) "zur allseitigen Beachtung der Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte und Grundfreiheiten" erklärte. Der Präsident rief die Amerikaner auf, alles zu tun, damit alle Männer und Frauen der Welt diese Rechte und Freiheiten genießen können. Ein ehrenwertes Ziel. Doch was unternimmt das Weiße Haus zur Verteidigung der Menschenrechte?

WARUM DER JUNGE BÄR STARBT

Im Indianerreservat von Pine Ridge fand eine Demonstration statt — zum Andenken an Martin Tuffy, genannt "Junges Bär". Martin war ein kleiner Indianerjunge, der starb, weil er nicht die erforderliche medizinische Hilfe erhielt.

In den USA ist die Kindersterblichkeit bei den Indianern 3,7 mal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Das erklärt sich insbesondere durch die Verschlechterung der medizinischen Betreuung. Schuld daran aber ist die ständige Kürzung der Staatsausgaben. So legte Präsident Reagan erst kürzlich sein Veto gegen eine Gesetzesvorlage ein, der zufolge 357 Mio Dollar für die medizinische Betreuung der Indianer bereitgestellt werden sollten. Doch das war

manchen Leuten schon zu viel.

Im kommenden Finanzjahr wird das Pentagon astronomische Summen erhalten: So werden an einem Tag 857 Mio Dollar ausgegeben. Es verschlingt also an einem einzigen Tag, und das bis Mittag, die Summe, die die medizinische Betreuung der Indianer in einem ganzen Jahr kosten würde. Die 2 Mio Dollar

aber, die das Reservat Pine Ridge für ein ganzes Jahr erhält, gibt das Pentagon in nur anderthalb Minuten aus. Zudem werden bei jeder weiteren Kürzung der Mittel vor allem die Indianer betroffen. In diesem Jahr

Die Indianer verlangen mehr Mittel für die medizinische Betreuung in den Reservaten

Foto aus: "Oyate Wicaho", Sprachrohr der Indianerbewegung des US-Bundesstaates Süddakota (USA)



hat Washington den Haushalt des Gesundheitswesens um 10% gekürzt. Ein Drittel der Kürzungen entfiel auf die medizinische Betreuung der Indianer...

Das Weiße Haus hat offenbar vergessen, daß medizinische Betreuung und

EXPORTWARE FÜR

In der Exportliste des US-Handelsministeriums tauchte eine neue Rubrik auf: "Programm der Kontrolle über die Menschenrechte". Sie regelt die Exporterlöse des Artikels ... Handel mit Folterinstrumenten. Ja, Paragraph 5999 B sagt direkt, an wen und zu welchen Bedingungen "besonders konstruierte Folterinstrumente", Ersatzteile und raffiniertes Zubehör dazu sowie Zwangsjacken, Polizeiknüppel u. a. aus besagtem "Menschenrechts"-Arsenal zu liefern sind.

An die NATO-Verbündeten und Japan sollen unbeschränkt Waren geliefert werden. Doch die meisten Profite verspricht man sich

offenbar v Stammkunden, der Ministeriu den geh Buchstaben verstecken.

Diese Chiffre gern offenbar eingeführt. Es wurde der nung zufolge von Polizeikn RSA-Rassisten Unschwer vers sich noch Buchstaben C birgt... Übrig andere Bestim die betreffe portgüter" h nicht die Ver der Rechte, für Weiße Haus s

NZ-K

New York

TERRORISTENTEMPEL

Es gibt in Israel eine Organisation, die sich für die Wiederherstellung des "Dritten Tempels", einer heiligen Stätte des Judentums, stark macht. Der Tempel soll nach allen religiösen Vorschriften errichtet werden, was übrigens gar nicht so leicht zu verwirklichen ist. Vor allem wird ein "absolut reiner" Priester gebraucht. Der Plan, einen solchen Priester "heranzuzüchten", entstand bereits in den 60er Jahren und wird bis heute diskutiert.

Im Judentum kann ein Rechtgläubiger geistigen Schaden vor allem durch, selbst indirekten, Kontakt zu einem Toten nehmen — so z. B. zur Erde, wo jemand bestattet ist. Wie kann das vermieden werden? Folgendes wurde bislang vorgeschlagen: Eine Schwangere aus

einer Priesterfamilie müsse in einem Gebäude auf hohen Säulen leben — weiter vom Erdbeben entfernt, wo Tote begraben sein können. Als Geburthelfer — ebenfalls zur Erhaltung der "Reinheit" — sollten Roboter dienen, die den künftigen Hohepriester bis zu dessen 13. Lebensjahr erziehen sollten.

Doch es gibt noch viele andere Probleme. So soll die Stätte des künftigen Tempels in Jerusalem nicht von Passagierflugzeugen überflogen werden dürfen, da das gleichfalls eine Entweihung darstelle. Die Anhänger der Errichtung des "Dritten Tempels" fühlten sich da überfordert und hatten die Hoffnung schon

Gefangene Araber im israelischen Konzentrationslager Ansar unter Aufsicht der "reinen Priester"-Anwärter

Aus: "Humanité" (Paris)



AHNUNGSLOSE ISLÄNDER

Im isländischen Parlament kam es zu einer stürmischen Debatte: Die einheimische Presse hatte einen US-Plan für die Stationierung von 48 nuklearen Wasserbomben enthüllt.

Dem Pentagon-Szenario für den "Krisenfall" zufolge werden diese Bomben auf dem US-Militärstützpunkt Keflavik gelagert. Fast alles wurde dabei berücksichtigt: sowohl der zeitliche Ablauf als auch die Trägermittel. Nur das eine hatte Washington einfach "vergessen": Der US-Präsident hatte bereits 1951 mit Island einen Vertrag unterzeichnet, dem zufolge die isländische Regierung über alle Pläne bezüglich des Stützpunktes Keflavik informiert werden muß.

Das Pentagon, das für die Nutzung des Stützpunktes keinen Cent zahlt, verstärkte die Zahl der in Keflavik befindlichen Amerikaner auf über 5000 Mann. Und die spielen sich dort als die wahren Herren auf: Sind die Isländer ja nicht zum ersten Mal in der Rolle passiver Beobachter des Geschehens im eigenen Land [s. NZ, Nr. 11/84].

"Wir lagern keinerlei Nuklearwaffen in Island, das ist die feste Politik unseres Landes", betont Außenminister Hallgrímsson. Reykjavík untersagte Ende April Schiffen mit Nuklearwaffen das Anlaufen seiner Häfen. Ohne Zustimmung der isländischen Regierung haben die USA selbst im Kriegsfall nicht das Recht, nukleare Munition in isländisches Territorium zu verbringen", sagt Ministerpräsident Hermannsson.

Doch offenbar ist man da in Washington ganz anderer Meinung.

T. POSNIK

Solche AWACS-Maschinen der US-Luftwaffe starten täglich vom Stützpunkt Keflavik

Foto aus: "Stern" (BRD)



fast fahren gelassen. Doch da konnte — welch Glück! — in der Heiligen Schrift ein Hinweis darauf entdeckt werden, daß als Hohepriester auch ein "sehr frommer" Mann erkoren werden könne, dessen Sünden man dann eben in Tugenden verklärt. Die Anhänger des Tempelbaus waren höchst erfreut. Um so mehr, als es bei ihnen mehr als genug derartige "Tugenden" gibt. Besonders bieten sich da Mitglieder von Terroristenbanden an, die in Israel lebende Araber ermorden. Zwar besudelten sie sich wiederholt durch "Nähe zu Toten", genauer gesagt zu den von ihnen Ermordeten. Doch was macht's? Können ja diese Sünden zu Tugenden und die Terroristen zu "völlig reinen Priestern" erklärt werden. Offenbar soll der Tempel jetzt doch gebaut werden.

D. SGERSKI

FÜRSORGЛИЧЕ RASSISTEN

RSA-Präsident Pieter Botha kritisierte scharf Journalisten der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC. "Sie greifen einige unangenehme Tatsachen heraus", sagte er, "und reißen darauf herum", wodurch das Bild "unvollständig" wird. Was hat ABC in ihren Reportagen nun eigentlich unterschlagen? Daß es angeblich "den Afrikanern nirgends in Afrika so gut geht wie in der RSA, und niemand so für sie sorgt", wie seine, Bothas, Regierung. "Die RSA ist die Hoffnung des südlichen Afrikas", beehrte Botha den TV-Korrespondenten. AFP schilderte diese "Hoffnung" so: Die Schwarzen in der RSA "hungern, kämpfen für einen Teller Mais ... , und ihre

Kultivierung von 3,5 Millionen Afrikanern in "Homelands". Doch auch das, erläuterte der Präsident, sei in ihrem eigenen Interesse geschehen: Da es die Schwarzen "ja nicht verstehen, weniger trockene Böden zu bearbeiten", habe man ihnen die Möglichkeit gegeben, auf den Böden der "Homelands" zu arbeiten, die zur Kultivierung überhaupt nicht geeignet (!) sind... Botha hätte ebenso sagen



Präsident Botha und eine der "unangenehmen Tatsachen"

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

Kinder können die Schule nicht besuchen, weil das Geld fehlt...

Botha selbst hielt es in dem Interview für ABC nicht für erforderlich, auf die "unangenehmen Tatsachen" einzugehen — mit Ausnahme der Zwangseva-

können, seine Polizei- und Armeetruppen würden die Afrikaner zu deren eigenem Wohl ausrotten, da die Schwarzen es ja aufgrund ihrer natürlichen Anlagen einfach nicht verstünden, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Doch Botha schwieg sich — warum wohl? — darüber aus. Offenbar wollte er die "Hoffnung Afrikas" in vollem Glanz erstrahlen lassen.

L. SKURATOW



Unser Kommentator Viktor Zoppi interviewte das korrespondierende Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR Prof. Anatoli GROMYKO, Direktor des Moskauer Afrika-Instituts

... UND AFRIKA ERHOB SICH

"NZ": Die welthistorische Bedeutung des unter entscheidender Teilnahme des Sowjetvolkes errungenen Sieges über den Hitlerfaschismus ist Tatsache. Könnten wir, Anatoli Andrejewitsch, diese Frage einmal im Hinblick auf Afrika behandeln?

Anatoli Gromyko: Dann möchte ich an die Ereignisse vom 8. Mai 1945 in der ostalgerischen Stadt Setif erinnern. Um 9 Uhr früh erreichte eine friedliche und fröhliche Demonstration von Algeriern die Hauptstraße. Allen voran gingen Schulkinder mit Blumen, die sie am Denkmal der Gefallenen niederlegen wollten. Ihnen folgten Fahnenträger. Über der Menge wehten die Flaggen der Alliierten, die den Sieg über Hitlerdeutschland errungen hatten. Die Algerier waren zu Recht der Meinung, daß dies auch ihr Sieg war: Das berühmte 7. algerische Schützenregiment z. B. setzte sich hauptsächlich aus Einwohnern von Setif zusammen, hatte mutig auf Seiten des "Kämpfenden Frankreich" in Italien und auf französischem Boden gekämpft und den Rhein erreicht. Gleich nach den Flaggen Frankreichs, der UdSSR, der USA und Großbritanniens hob der 22jährige Soual Bouzid die weißgrüne Nationalflagge Algeriens mit dem roten Stern und dem roten Halbmond in die Höhe. Auf den Transparenten ringsum stand: "Es lebe der Sieg der Vereinten Nationen!", "Nieder mit dem Imperialismus!", "Unabhängigkeit!"

Am Vortag hatte Lestrade-Carbonnel, der Präfekt des Départements Constantine, den Organisatoren der Demonstration deren Durchführung erlaubt. Sobald sich die Tür hinter ihnen geschlossen hatte, befahl er der Polizei: "Auf alle schießen, die die algerische Flagge erheben!" Der Befehl wurde ausgeführt, Soual Bouzid aus nächster Nähe erschossen. Seine Kameraden griffen die Fahne auf. Die Gendarmen und Polizisten führten gezieltes Feuer.

Das war erst der Auftakt zu einem ungeheuerlichen Gemetzel, das viele Tage dauerte, und nicht nur in Setif. In Guelma, im gleichen Departement, wurde das Gemetzel von Souspräfekt Achiary geleitet, der in den Jahren der Okkupation Frankreichs seine Ergebenheit für den Faschismus dadurch bewiesen hatte, daß er in den Gefängnissen der Vichy-Regierung Patrioten, vor allem Kommunisten, gefoltert hatte. Auf seinen Befehl wurden im Mai 1945 in Guelma Tausende Algerier verhaftet. Und ermordet, ohne Untersuchung, ohne Gericht. Sie wurden zu Dutzenden mit einer Kette gebunden, und Panzer der Fremdenlegion zerquetschten sie. In Perigotville wurden alle Algerier, die lesen und schreiben konnten, erschossen.

Unschuldige Menschen wurden ins Gebirge, an den Rand des "Kef el Boumba" (Abgrund der Bombe) geschleppt, mit MPis niedergemäht und in den Abgrund geworfen. In Guelma wurden die Mitglieder des dortigen Fußballteams erschossen, weil der Leiter des Sportklubs der Sympathien für die Patrioten verdächtigt wurde. Ein Zeuge sagte aus: "Die Legionäre griffen Säuglinge an den Beinen, drehten sie wie den Sporthammer vor dem Wurf und schleuderten aus aller Kraft gegen die Felsen." Zehn Tage wurden Gebirgsdörfer von Flugzeugen und Hubschraubern beschossen und mit Bomben belegt. Das bei Bougie vor Anker liegende Schiff "Duguay-Trouin" beschoss die Siedlungen an der Küste. Dem Sekretär der Sektion Setif der Algerischen Kommunistischen Partei hackten die verfeindeten Rassisten die Arme und die Ohren ab. Insgesamt wurden damals etwa 50 000 Algerier ermordet.

Der spätere Präsident Houari Boumediene erinnerte sich 20 Jahre danach an den 8. Mai 1945: "An jenem Tag bin ich vorzeitig gealtert. Ich war ein Junge und wurde mit einem Schlag erwachsen. An

jenem Tag geriet die Welt ins Schwanzen."

Ich habe unser Gespräch absichtlich mit der Erinnerung an jene düstere Episode begonnen, die am feierlichen Tag des großen Sieges geschah. Ich glaube, das war bezeichnend. Bezeichnend für die reaktionäre koloniale Hydra. Auch heutzutage erhebt sie nicht selten ihr Haupt und erscheint bald im neokolonialistischen, bald im neofaschistischen Gewand. Man muß sie nicht nur erkennen, sondern auch unschädlich machen. Lehrt etwa das Beispiel Chile uns nicht das?

"NZ": Heute, da sich die Menschheit andächtig vor der Heldentat jener verneigt, die im zweiten Weltkrieg den Sieg errungen haben, ist es an der Zeit, daran zu erinnern, daß es ein Weltkrieg war. Er betraf so oder anders nicht nur Europa und Asien, wo die entscheidenden Schlachten geschlagen wurden, sondern die ganze Erde. Er hat auch Afrika sein Feuermaul aufgedrückt.

Anatoli Gromyko: Lassen Sie uns für einen Augenblick etwas Undenkbares denken. Was wäre aus Afrika geworden, hätte Nazideutschland den Sieg errungen? Hitler hätte dann seinen schon 1932 verkündeten Plan verwirklichen können, worin er schrieb, Deutschland brauche Europa und dessen Kolonien. Einmal an der Macht, gingen die Nazis daran, aufgrund ihrer "neuen Ordnung" Kolonialbeamte auszubilden. Sie gründeten einen "Reichskolonialbund", und bereits in den ersten Kriegsjahren erklärte sein Chef, Franz von Epp, der Kampf, den die Deutschen in Europa austrügen, sei zugleich der Kampf um ihre Hauptziele, weil in seinem Verlauf das Schicksal der deutschen Kolonien entschieden werde.

Hitler wollte die Kolonien des wilhelminischen Deutschland zurückholen und, nachdem er seine Herrschaft über die europäischen "Mutterländer" Großbritannien, Frankreich und Belgien erreicht

haben würde, neue Territorien in Zentral-, West- und Nordafrika erhalten. Portugal wurde nicht in Betracht gezogen, Portugal war faschistisch und hätte Hitler einen Teil der "eigenen" afrikanischen und asiatischen Besitzungen "abgetreten". Besonders scharf war Hitler auf Nigeria und Belgisch-Kongo, weil diese beiden Kolonien reiche Bodenschätze und große Arbeitskräfte hatten. Im Sommer 1938 wurde in Ladeburg nördlich von Berlin eine Reichsschule für Kolonialverwaltung eröffnet. Als Kolonialminister war der schon erwähnte General von Epp vorgesehen, der sich schon vor dem ersten Weltkrieg durch seine rücksichtslose Grausamkeit bei der Vernichtung der Urbevölkerung Südwestafrikas einen "Namen gemacht" hatte.

"NZ": Eben deshalb diente er Hitler so eifrig, hatte der doch seine Einstellung zu den Afrikanern in folgende Worte gekleidet: "Wir wollen als Herrenmenschen denken und diese Völker bestenfalls als aufgeputzte Affen betrachten, die sich nach der Peitsche sehen."

Anatoli Gromyko: Ihrem "Herrenmenschen-Denken" gemäß planten die Faschisten die Eroberung Afrikas nach der Annexion des Nahen Ostens. Bald nach dem Überfall auf die UdSSR schlug General Halder in seinem naiven Glauben, die Niederlage unseres Landes sei "schon nah", Hitler vor, in die Maghreb-Länder 6 Panzer- und 2 motorisierte Divisionen zu verlegen. Der Plan trug dem Umstand Rechnung, daß die französischen Kolonialbehörden in Algerien, Tunesien und Marokko mit Nazideutschland offen kollaborierten und ihm nicht entgegengetreten wären, zumal die Hakenkreuzfahne schon über dem besetzten Paris gehißt war.

Doch stellte sich diesen Plänen ein unüberwindliches Hindernis in den Weg. Wie der bundesdeutsche Historiker Karl Hildebrand schrieb, führte der Feldzug gegen Afrika, der die Weltherrschaft bringen sollte, über Rußland. Dieser Feldzug aber habe nach dem Fiasco der deutschen Offensive bei Moskau im Dezember 1941 vorzeitig geendet. Doch gaben die deutschen Strategen ihre Afrikapläne noch nicht auf. Das sollte erst im Februar 1943, nach Stalingrad, geschehen, als allen schon klar wurde, daß der Krieg gegen die UdSSR nicht erfolgreich ausgehen konnte.

Im Westen ist viel über die militärischen Operationen jener Jahre an der Ostfront und über den Kampf unserer Allierten aus der Antihitlerkoalition gegen Rommels Armee geschrieben worden. In der Regel wird dabei eine

unumstößliche historische Tatsache verschwiegen: Diese Kämpfe hätten den USA und Großbritannien keinen Erfolg bringen können, wäre die Ostfront nicht gewesen.

"NZ": Und das ist die Hauptsache. Bis Mitte 1944 standen an den Mittelmeerfronten, darunter in Italien, lediglich 1-6,2% der Landstreitkräfte der Wehrmacht. An der sowjetisch-deutschen Front dagegen befanden sich 62-76% der Wehrmacht. Ich möchte mich hier auf die Meinung des bundesdeutschen Forschers Walter Baum berufen. Er gelangt zu dem Schluß, daß Rommel sein Ziel erreicht hätte, wenn er genügend Waffen und Munition erhalten hätte, aber der Feldzug im Osten habe viel zu viel gekostet. Dort, bei der Offensive gegen Stalingrad, habe man alle Reserven verbraucht, und der Krieg im Osten habe einen Sieg im Mittelmeerraum unmöglich gemacht.

Anatoli Gromyko: Ebenfalls kapitulierten die Achsenländer in Afrika schon am 12. Mai 1943, d. h. zwei Jahre vor der Kapitulation Nazideutschlands. Betont sei, daß die UdSSR damals seine Hauptkräfte fesselte und praktisch allein gegen Hitler kämpfte, was sie ungeheure Opfer kostete. Großbritannien und die USA zögerten die Erweiterung ihrer direkten Teilnahme am Krieg in Europa beharrlich hinaus, sie handelten lediglich am Rande. Aber auch dort wurde ihre Taktik nicht selten durch ihre kolonialen Interessen bestimmt.

Großbritannien z. B. wollte um keinen Preis, daß Einheiten des "Freien Frankreich", das im Frühjahr 1942 den Namen "Kämpfendes Frankreich" annahm, an den Kriegshandlungen gegen die deutschen und italienischen Truppen in Libyen teilnahmen. Schon am 7. Oktober 1941 bot de Gaulle Churchill an, dorthin zwei von seinen Divisionen zu entsenden. Der britische Generalstab wies das Angebot glatt zurück: London sah sich schon als Alleinherrschender über den Nahen Osten, nachdem die UdSSR Hitler besiegt haben würde. Charles de Gaulle war viel weiser und weitsichtiger. Er verstand, von wem und wo der Ausgang des Krieges entschieden wurde. Als er also das herausfordernde Nein der britischen "Vormünder" hörte, machte er sich erbötzig, eine seiner in Syrien befindlichen Divisionen der Roten Armee zur Verfügung zu stellen und in den Kaukasus zu schicken. Moskau war einverstanden. Erst dann "überlegte" London es sich und bat den widerspenstigen französischen General, eine Division an die libysche Front zu verlegen.

"NZ": Sowohl Großbritannien als auch die USA unterhielten Beziehungen zur

Vichy-Regierung und störten auf jede Weise die Kräfte, an deren Spitze General de Gaulle stand: im Nahen Osten, in den französischen Kolonien West- und Äquatorial-, vor allem aber Nordafrikas. Im Januar 1942 sagte de Gaulle dem sowjetischen Botschafter Bogomolow: "Ich will die Befreiung Frankreichs, um den Krieg mit Deutschland wiederaufzunehmen, mir aber wird vorschlagen, die französischen Inseln zu befreien, damit sie aus dem Krieg austreten. Der Grund einer solchen US-Politik ist eine geheime Abmachung mit Petain, der zufolge Petain verspricht, die Flotte und die Stützpunkte in Nordafrika nicht den Deutschen zu überlassen, und die USA Petain versprechen, de Gaulle nicht nach Afrika zu lassen... Bekanntlich steht Großbritannien unter dem Einfluß der USA. Diese beiden Staaten wollen ein starkes Deutschland als Gegengewicht zur UdSSR und zu Frankreich aufrechterhalten. Ich bin sicher: Sobald sich die Engländer Tunesien nähern und ich versuche, mit französischen Truppen in Tunesien einzumarschieren, begegne ich an der Grenze einem Amerikaner mit einer Bibel in der Hand, und der wird sagen, der Eintritt in Tunesien sei de Gaulle untersagt... Gegenwärtig denkt das französische Volk wenig an die Engländer und Amerikaner, alles blickt vielmehr auf Euch, auf die Sowjetunion."

Anatoli Gromyko: Londons und Washingtons Strategen strichen Frankreich bereits von der Liste der Großmächte — dieses Frankreich, das sie verraten hatten, das durch die von Petain unterzeichnete Kapitulation gedemütigt war. Ihre Ansprüche darauf, Paris seine Überseebesitzungen in Afrika (und nicht nur in Afrika) wegzu schnappen, waren den kolonialen Visionen des "Dritten Reichs" nicht unähnlich. Was aber das andere Frankreich betrifft, das Frankreich, das nicht gebeugt war und die Kolonien als Hilfe im Kampf gegen Hitler ansah, so erklärte Churchill selbst einmal völlig unmißverständlich: "Ich gebe natürlich zu, daß General de Gaulle und seine Anhänger einen beträchtlichen, beachtlichen Teil des französischen Volkes darstellen. Aber zweifellos kann man auch außer ihnen eine Kraft finden, die nicht minder wertvoll ist."

"NZ": Sie brauchten nach einer solchen "nicht minder wertvollen Kraft" nicht einmal lange zu suchen. Sie war in Vichy. Sie war in Algerien, auf Madagaskar, in Französisch-Westafrika, kurz, überall in den Kolonien, die de Gaulle zu seinem Bollwerk zu machen hoffte und letzten Endes auch machte. Den Anhängern der

Vichy-Regierung in den Kolonien war alles verhaft, was mit den Begriffen Freiheit und Unabhängigkeit verbunden war. Sie hätten auch Hitler gedient, wären die Nazis nach Afrika gekommen, wie Petain und Laval ihm in Frankreich dienten. All diese Statthalter, die die afrikanischen Völker in der Sklaverei hielten, waren im Grunde selbst Sklaven des Systems der kolonialen Unterdrückung und Plünderei, das sie hervorgebracht und über die "Eingeborenen" gestellt hatte. In ihrem Doppelspiel stützten sich die Reaktionäre in Washington und London denn auch auf solche Leute.

Anatoli Gromyko: In jenem Kampf gab es wirklich dramatische Momente. Erinnern Sie sich daran, wie ein amerikanisch-britisches Geschwader, ohne de Gaulle auch nur informiert zu haben, am 8. November 1942 die Operation "Fackel" — die Landung von 120 000 Soldaten in Nordafrika (die Landung in der Normandie, d. h. die Eröffnung der zweiten Front, sollte erst am 6. Juni 1944 stattfinden) — durchführte, um dort die eigene militärische Präsenz zu behaupten? Schon am 11. November schloß das US-Oberkommando ein Abkommen mit Admiral Darlan, einem der eifrigsten Hitler-Verehrer in der Regierung des Marschalls Petain, und erkannte ihn amtlich als den Hohen Kommissar Nordafrikas an. Dem Admiral, der im treuen Dienst an beiden Lagern zugleich nichts Anstößiges sah, schlossen sich sofort die Anhänger der Vichy-Regierung — Gouverneure aus allen Teilen des französischen Kolonialreichs — an. Am 15. November verkündete Darlan, eine Marionette Großbritanniens und der USA, eine neue Macht — im Namen Petains! Damals sagte de Gaulle zu Churchill: "Bedenken Sie, welche unsäglichen Folgen es haben kann, wenn Frankreich zu dem Schluß kommt, daß die Befreiung, wie die Alliierten sie auffassen, Darlan heißt. Einen militärischen Sieg können Sie davontragen, aber moralisch

werden Sie verlieren, und der einzige Sieger wäre dann Stalin."

Hier sei jedoch folgendes bemerkt: All diese Ereignisse spielten sich zwar auf afrikanischem Boden ab, schienen aber keine Beziehung zu den Afrikanern zu haben. Auf jeden Fall sahen die Spitzenpolitiker der kapitalistischen Länder von den Ureinwohnern des Kontinents ab. Zugleich konnten sie doch nicht übersehen, daß schon der Befreiungscharakter des Kampfes gegen Hitlerdeutschland den Afrikanern den Gedanken an ihre eigene Befreiung suggerieren mußte. Es war kein Zufall, daß Anfang 1944, als der Ausgang des Krieges dank den Anstrengungen des Sowjetvolkes schon feststand, in Brazzaville eine Konferenz von Kolonialbeamten abgehalten wurde, die als unumstößliches Prinzip der Nachkriegseinrichtung in Afrika deklarierte: "Jede Autonomie, jedwede Evolution außerhalb des französischen Blocks werden abgelehnt." Die Kolonialherren lehnten ab. Die Afrikaner dagegen dachten ernst über die Möglichkeit nach, außerhalb des französischen, des britischen, des belgischen oder des portugiesischen Kolonialblocks zu leben.

Von großer Bedeutung für die revolutionäre Bewußtseinsbildung der Völker Afrikas war, daß etwa 2 Millionen Afrikaner (ungefähr zu gleichem Teil aus den britischen und den französischen Kolonien) mit der Waffe in der Hand in den Armeen der Antihitlerkoalition kämpften: in Nordafrika, Äthiopien, Somalia, Madagaskar, Burma, Nahost, Frankreich, Italien. Mehrere Millionen afrikanische Werktätige bedienten die alliierten Armeen als Bauarbeiter.

"NZ": Für die Rüstungsindustrie Großbritanniens und der USA waren die Rohstoffe, die die Afrikaner für sie gewannen, von großer, bisweilen von entscheidender Bedeutung. In einigen Fällen machten diese Rohstoffe 80--90% des Gesamtumfangs der strategischen

Rohstoffe aus. Belgisch-Kongo ist hier besonders zu erwähnen. Unter Beteiligung von Atomphysikern, die dem Nazi- "Reich" gedient hatten und dann zu den USA überwechselten, wurden aus dem in der kongolesischen Provinz Katanga gewonnenen Uran jene Atombomben gefertigt, die im August 1945 auf Hiroshima und Nagasaki fielen.

Anatoli Gromyko: Auch das ist kennzeichnend. Nach diesen Bombenabwürfen auf Japan begannen die USA mit ihrer Politik der atomaren Erpressung, von der sie auch heute nicht ablassen. Die Erpressung richtet sich nicht nur gegen uns und unsere Verbündeten aus der sozialistischen Staatengemeinschaft, sondern auch in nicht geringem Maße gegen jene Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, die nach dem zweiten Weltkrieg ihre Freiheit erlangt haben, und gegen jene, die um sie noch ringen.

Zu großem Leidwesen der Kolonialherren und Neokolonialisten spielte das Beispiel der UdSSR, der Hitlerdeutschland das Los einer Kolonie zugeschlagen hatte, in der Stimulierung der nationalen Befreiungsbewegungen in den Kolonien, darunter den afrikanischen, die Hauptrolle. Gerade die UdSSR versetzte ihm den niederschmetternden Schlag, und die unterdrückten Völker verstanden, warum das möglich wurde, worin der unbestreitbare und unbezwungbare Vorzug unserer sozialistischen Ordnung liegt.

"NZ": Versetzen wir unseren Leser für einige Augenblicke nicht um 40, sondern um ganze 100 Jahre zurück. Ende Februar 1885 endete in Berlin eine unter Bismarcks Vorsitz abgehaltene Konferenz von 14 Staaten. Das waren Deutschland,

Dieses antifaschistische Flugblatt wurde von den algerischen Patrioten während des zweiten Weltkrieges verbreitet. Text zum Bild links: "Heuschrecken bringen Elend und Hunger". Rechts: "Nazihuschrecken bringen Sklaverei und Tod".



Osterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, die USA, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande, Italien, Portugal, Rußland, Schweden und die Türkei. Die Konferenzteilnehmer beschlossen den sogenannten Generalakt, der die Kolonialisierung "legalisierte", indem er u. a. das Recht (!) jedes der europäischen kapitalistischen Staaten, die sich an Afrikas Küste festgesetzt hatten, verkündete, ins Innere des Kontinents vorzudringen und dort ihre Besitzungen ohne Einschränkungen zu erweitern, bis sie an eine andere Herrschaftssphäre stießen. Somit trat die Zeit der kolonialen Eroberungen, die 100 Jahre vor jener Konferenz begonnen hatte, in ihr Endstadium. Es begann das große **scramble**, die Balgerei. Jeder europäische Staat, der bis zu dieser Zeit auch nur einen Fußbreit afrikanischen Bodens an sich gerissen hatte, wollte die anderen an die Wand spielen. Und sehr bald, bereits um 1900, waren fast alle "unbesetzten Territorien", auf denen immerhin Völker mit ihrer eigenen Kultur, einer alten und reichen Geschichte lebten, erobert. Lenin schrieb seinerzeit: "daß in der Folge **nur noch** Neuaufließungen in Frage kommen, d. h. der Übergang von einem 'Besitzer' auf den anderen, nicht aber die Besitzergreifung herrenlosen Landes".

Anatoli Gromyko: Bei weitem nicht alle Signatarstaaten des Berliner Generalakts beteiligten sich an jenem furchtbaren und blutigen Kampf um Afrika, um seine Arbeitshände und Naturschätze. Doch waren sie alle miteinander durch imperialistische Interessen verbunden. Deshalb wurde die in Berlin ausgearbeitete Position zum Muster der Kolonialpolitik nicht nur in Afrika.

Das zaristische Rußland z. B. hatte keine Besitzungen in Afrika, hatte es auch nicht geschafft, an seiner Aufteilung teilzunehmen. Übrigens hatte es auch nicht den Wunsch, denn Rußland hatte zu jener Zeit seine eigenen Kolonialprobleme, die jenen der "Herren" Afrikas sehr ähnlich waren. Ebenso wie die Einwohner jener afrikanischen Länder, über die Paris, Berlin, London, Lissabon und Brüssel verfügten, hatte auch die Bevölkerung der von Petersburg aus verwalteten kolonialen Randgebiete Rußlands einen einzigen Ausweg: revolutionäres Handeln. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution, die das Proletariat Rußlands unter Führung der Partei Lenins im Bündnis mit allen vom Imperialismus und Kolonialismus unterdrückten Völkern vollbrachte, war der erste grandiose Einbruch im System des Imperialismus und Kolonialismus, die



Briefmarken, die während des zweiten Weltkrieges in Afrika herausgegeben wurden

erste siegreiche Etappe der weltweiten nationalen Befreiungsbewegung.

Das freie Bündnis freier Völker, das im Ergebnis der Oktoberrevolution entstanden war, wurde für die Kolonien nicht nur Beispiel, sondern auch eine Stütze in ihrem eigenen Unabhängigkeitskampf. Auf dem II. Kominternkongreß (1920) sagte Lenin, an die Völker Asiens und Afrikas gewandt: "...so wissen wir doch, daß die Massen, deren Interessen wir verteidigen, einundeinviertel Milliarde Menschen zählen." Wenn wir jetzt auf den 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus zurückkommen, können wir mit voller Verantwortung behaupten, daß unser Land, das erste sozialistische Land der Welt, durch die Zerschlagung des deutschen Faschismus eine neue Situation in der Welt herbeiführte, ein neues Kräfteverhältnis zwischen Unterdrückern und Unterdrückten schuf. Darunter auch in Afrika.

"NZ": Die Wut jener Leute, die am 8. Mai 1945 die von der europäischen Front zurückgekehrten algerischen Soldaten erschossen und Kommunisten Arme abhakten, rührte von dem Gefühl, daß es der Anfang vom Ende des verbrecherischen Kolonialsystems war.

Anatoli Gromyko: Die sowjetischen Soldaten erhoben das Banner des Sieges über Berlin, wo sich der europäische Kolonialismus 60 Jahre zuvor zum ewigen und einzigen Herrn über Afrika erklärt hatte. Gerade mit dem Tag des Sieges begann für Afrika seine neue Zeitrechnung, die Zeit des Kampfes für die Unabhängigkeit des Kontinents, dafür, daß jedes seiner Völker sein freies und souveränes Vaterland hat. Man vergleiche die Karte Afrikas aus dem Jahr 1945, die fast durchgehend in die Farben der

"Mutterländer" getaucht ist, mit der heutigen. Da zeigt es sich, daß Afrika trotz aller Schwierigkeiten einen Sieg errungen hat. Der Weg dazu war sehr schwer. Viele Völker mußten ihre Unabhängigkeit mit der Waffe in der Hand erkämpfen, während ihnen gut ausgerüstete Armeen der westeuropäischen Mächte gegenüberstanden. Algerien, Angola, Mocambique, Madagaskar, Simbabwe, Äthiopien und andere Länder haben wahrhaft heroische Kapitel in die Chronik der neuesten Geschichte Afrikas eingetragen. Gegenwärtig sind in Afrika grundlegende soziale und wirtschaftliche Wandlungen im Gange. Viele junge Staaten gehen den Weg sozialistischer Orientierung, des Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus, denn sie haben verstanden: Nur der Sozialismus macht die wahre Entsklavung und Aufwärtsentwicklung möglich. In ihrem Freiheitskampf wie auch beim friedlichen Aufbau der neuen Gesellschaft stützen und stützen sich die Afrikaner auf die unabänderliche Solidarität der UdSSR, der ganzen sozialistischen Gemeinschaft. Die Stimme Afrikas, das noch vor 100 Jahren zerstückelt wurde und das die Imperialisten auch noch vor 40 Jahren als ihre Domäne ansahen, verschafft sich in der heutigen Welt immer mehr Gehör.

"NZ": Glauben Sie nicht, daß man in gewissem Sinne von realen revanchistischen Tendenzen der imperialistischen Politik gegenüber Afrika sprechen kann? Während man in der BRD beispielsweise erneut die Vorkriegskarte Deutschlands zeichnet und den Anspruch auf die angestammten polnischen Territorien erhebt, besteht das Wesen der diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und mitunter auch militärischen Einmischung des Imperialismus in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Staaten darin, sie erneut zu "zähmen", sie wenn nicht de jure, so doch de facto zu knechten.

Anatoli Gromyko: Das stimmt. Heute wird dieser revanchistische Feldzug gegen das neue Afrika von den USA angeführt, wenn auch Großbritannien, die Bundesrepublik, Frankreich, Belgien und Portugal daran ebenfalls teilnehmen. Die "konstruktive Zusammenarbeit" Washingtons mit dem Rassistenregime der RSA, die direkte Hilfe, darunter mit Waffen, für die konterrevolutionären Gruppierungen in Mocambique und Angola oder die Separatisten in Äthiopien, die ehrlosen Versuche, selbst eine Naturkatastrophe wie die große Dürre zu benutzen, um den Afrikanern ihr Verhalten zu diktieren — alles zeugt vom Revanchedenken.

30 Jahre Neutralitätspolitik

WIEN EMPFÄNGT GÄSTE

Im Mai jagen sich in Österreich Ereignisse und Jubiläen. Wien empfängt zahlreiche Gäste und Delegationen, denn hier finden viele Treffen und Geschäftsverhandlungen statt. Ganz unlängst beging Österreich den 40. Jahrestag der Befreiung seiner Hauptstadt und dann Europas von der braunen Pest. Und wieder steht ein Festtag vor der Tür. Wien rüstet zum Empfang der Außenminister der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Sie kommen zu den Festlichkeiten anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des Staatsvertrags, der den Auftakt zur vollen Unabhängigkeit und Neutralitätspolitik gab.

Der Weg Österreichs zur ständigen Neutralität war dornenvoll. Man denke an die vorhergehenden Jahre und an die Politiker, die das Land im März 1938 zu dem schändlichen Anschluß brachten. Heute versuchen gewisse Leute, die Kanzler Dollfuß und Schuschnigg als Opfer des Nazismus hinzustellen. In Wirklichkeit waren sie Partner Hitlers und verrieten die Interessen ihres Landes.

Die UdSSR war das erste Land, das den Anschluß verurteilte. Sie bezeichnete ihn als Annexion, was er ja auch war. Damals schwiegen die Westmächte, und das führte noch im selben Jahr zu der Schmach von München.

Das schöne Wien hat Hunderte von Sehenswürdigkeiten: majestätische Dome, Denkmäler von Komponisten, Dichtern, Malern und Politikern. Den Schwarzenbergplatz suchen Gäste auf, um der Rettung Europas zu gedenken und beim Denkmal des sowjetischen Soldaten Blumen niederzulegen.

Damals, am 15. Mai 1955, traten Repräsentanten der vier Mächte der Antihitlerkoalition und Österreichs auf den Balkon des Wiener Schlosses Belvedere, um Tausenden Bürgern der Republik, die sich im Park zusammengestromt waren, den Abschluß des Staatsvertrags mitzuteilen. Wien jubelte. Das ganze Volk war in Hochstimmung. Erstmals seit Kriegsende öffnete die restaurierte Staatsoper ihre Portale, und es ertönte die Ouvertüre zu Beethovens "Fidelio".

Weit war Österreichs Weg zu seiner Neutralität, die jetzt, nach 30 Jahren, von Politikern, Diplomaten und Wissenschaftlern "die aktive österreichische Neutralität" genannt wird.

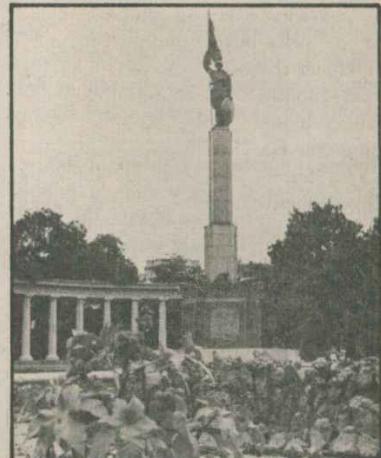
Auf Bitte der "NZ" habe ich Außenminister Leopold Gratz anlässlich des Jahrestags der Unterzeichnung des Staatsvertrags interviewt. Hier meine Fragen und die Antworten.

Frage: Herr Außenminister, welche Rolle hat der Abschluß des Staatsvertrags bei der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs gespielt?

Antwort: Unserem Volk hat der Staatsvertrag über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs in erster Linie die Erfüllung seines Sinnens und Trachtens und die Belohnung für die Bemühungen darum bedeutet, die Souveränität in Freiheit und Demokratie in vollem Umfang wiederzuerlangen. Der Staatsvertrag war aber auch eine wichtige Voraussetzung für das rasche kulturelle Vorwärtskommen und den weiteren wirtschaftlichen Aufschwung.

Nach dem aufgrund des Vertrags erfolgten Abzug sämtlicher fremder Truppen — übrigens verließen die sowjetischen Soldaten das Land schon am 19. September 1955, also früher als die Truppen der anderen alliierten Mächte — verkündete Österreich verfassungsmäßig, durch Gesetz vom 26. Oktober 1955, seine immerwährende Neutralität. Anerkanntemaßen hält es sich strikt an die völkerrechtlichen Bestimmungen für einen ständig neutralen Staat. Zwei Grundsätze sind für unsere Neutralität bestimmend. Erstens ist sie von Österreich autonom im Sinne des Völkerrechts festgesetzt worden. Zweitens darf der Sinn unserer Beschlüsse im Bereich der Neutralitätspolitik kein Gegenstand von Verhandlungen sein. In dem durch Militärblöcke geteilten Europa war eine neutrale Entspannungszone entstanden, die sich vom Genfer See im Westen bis zu unserer Ostgrenze, zum Neusiedlersee, erstreckt.

Ebenfalls 1955 trat Österreich der UNO bei und benutzt seitdem ausgiebig die



Der Schwarzenbergplatz. Hier gedenken die Wiener der 26 000 sowjetischen Soldaten, die für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs gefallen sind

ihm dadurch gebotenen Möglichkeiten, Wesentliches zur internationalen Zusammenarbeit und zum Frieden beizusteuern.

Frage: Seit dem Abschluß des Staatsvertrags sind 30 Jahre vergangen. Inwiefern ist er heute aktuell und von Bedeutung?

Antwort: Die Vertragsbestimmungen geben Österreich und den anderen Staaten, die ihn unterzeichnet haben, nicht nur Rechte, sie erlegen ihnen auch Pflichten auf. Die Sicherheit Österreichs, das im Herzen Europas und im Kreise von sieben Nachbarstaaten liegt, hängt eng damit zusammen, ob die internationalen Verträge von allen eingehalten werden.

Somit liegt es im ureigenen Interesse Österreichs, sich stets und ständig an die Völkerrechtsbestimmungen zu halten. Diese stete und grundsätzliche Haltung erstreckt sich natürlich jetzt wie vor 30 Jahren auch auf die Einstellung zum Staatsvertrag, dank dem wir frei und unabhängig sind. Außerdem war der österreichische Staatsvertrag, der heutzutage in der Politik des Landes eine wichtige Rolle spielt, wie der ehemalige Bundeskanzler Dr. Kreisky bei der Unterzeichnung der KSZE-Schlüssele in Helsinki im August 1975 hervorhob, ein anschauliches Beispiel dafür, daß die UdSSR und die USA am Verhandlungstisch viel erreichen können.

Frage: Wie stellen Sie sich die Entwicklungsaussichten der Außenpolitik Österreichs, dessen internationale Beziehungen und Verbindungen vor?

Antwort: Bestimmend für Österreichs Außenpolitik sind der Staatsvertrag, die Neutralität, die Orientierung auf allgemeine Wahrung der Menschenrechte und der völkerrechtlichen Prinzipien, einschließlich der UNO-Charta, und die diesbezüglichen Bemühungen. Das alles bietet unserer Außenpolitik neue Möglichkeiten. Österreich ist bestrebt, mit allen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung und Zugehörigkeit zu Bündnissen, gut zu stehen und damit greifbar zur Verringerung der Spannungen und der Konfrontation beizutragen. Unsere erstrangige Aufgabe sehen wir in einer aktiven Politik guter Nachbarschaft. Ganz besonderes Gewicht legen wir auf Österreichs Beziehungen zu den fünf ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats.

Auf der Erde, wo ein beliebiger internationaler Konflikt droht, in eine Konfrontation der Supermächte und damit in die Gefahr einer Weltkatastrophe umzuschlagen, ist das lebhafte Interesse Österreichs an einer vorbeugenden Beilegung internationaler Konflikte naturgemäß berechtigt. Die österreichische Außenpolitik zeichnet sich durch unentwegte Bemühungen um Verständigung, um einen Dialog und um Entspannung sowie durch energische Friedensaktionen aus. Im Sinne der gemeinsamen Verantwortung aller Staaten für die Erhaltung des Friedens beteiligt sich Österreich an den Maßnahmen der UNO zur Friedenswahrung.

Viel Gewicht legen wir der zügigen Entwicklung Wiens zu einem

Das Wiener UNO-Zentrum. Mit seiner Politik der aktiven Neutralität hat sich Österreich in der Welt Vertrauen und Ansehen erworben
Foto: TASS



UNO-Zentrum, einer Stadt internationaler Zusammenkünfte und Konferenzen bei.

Somit hat Österreich seine Außenpolitik in den Dienst der regionalen und globalen Völkerverständigung gestellt und bemüht sich um eine bessere Verständigung und um Frieden zwischen West und Ost, Nord und Süd.

Frage: Meine letzte Frage gilt den österreichisch-sowjetischen Beziehungen. Wie beurteilen Sie sie, und was müßte Ihrer Ansicht nach zu Ihrer Verbesserung und Fortentwicklung getan werden?

Antwort: Diese Beziehungen begannen sich besonders zügig in den Nachkriegsjahren zu entwickeln. Wie gut sie sind, das kommt auch jetzt in dem intensiven Austausch von Delegationen auf allen Ebenen zum Ausdruck. Die UdSSR gehört zu den Ländern, denen wir im Rahmen unserer "Besuchsdiplomatie" besondere Bedeutung beimessen. Ich glaube, in dieser Hinsicht ist auch Österreich der UdSSR wichtig. Ich möchte nur daran erinnern, daß der sowjetische Ministerpräsident, Nikolai Tichonow, seinen ersten Besuch in einem kapitalistischen Land im April 1981 Österreich abstattete. Erwähnen muß ich auch den Besuch Bundespräsident Kirchschlägers und den offiziellen Besuch von Bundeskanzler Sinowatz in der UdSSR. In den nächsten Tagen werden wir wieder Gelegenheit haben, Außenminister Andrej Gromyko in Österreich zu begrüßen. Er kommt, wie gesagt, zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrags. Im Zusammenhang mit Herrn Michail Gorbatschows Wahl zum Generalsekretär des ZK der KPdSU sind wir überzeugt, daß sich unsere bilateralen Beziehungen auch weiter gut, zügig und ursprünglich entwickeln werden.

Im Bereich der wirtschaftlichen Beziehungen ist es wichtig, daß die UdSSR unser Hauptlieferant an Energieträgern geworden ist. Dabei war es für Österreich besonders wichtig, daß sein Anteil am Außenhandelsumsatz der UdSSR in den genannten Jahren bedeutend zunahm und daß es dadurch möglich war, den Fehlbetrag in der österreichischen Handelsbilanz aus den vorangegangenen Jahren zu senken.

Unsere Wirtschaftsbeziehungen basieren auf zahlreichen bilateralen Abkommen, die in erster Linie auf der Grundlage des höchstwichtigen Handels- und Schiffahrtsvertrags von 1955 geschlossen wurden.

Ich möchte erwähnen, daß seit 10 Jahren äußerst wichtige wirtschaftliche Regierungsvereinbarungen zustande ge-

kommen sind: ein 10jähriges Warenverkehrs- und Zahlungsabkommen, ein langfristiges Programm für Entwicklung und Zusammenarbeit in den Jahren 1981-1990 und ein 10jähriges Abkommen über den Ausbau der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und industriellen Zusammenarbeit.

Handel und Wirtschaftsbeziehungen sind für beide Seiten vorteilhaft und können zweifellos als praktisches und anschauliches Beispiel einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Ländern unterschiedlicher Staatsordnung dienen, die sich obendrein in ihrer Größe und ihrem Potential stark voneinander unterscheiden.

Neben den politischen und wirtschaftlichen sind auch die kulturellen Beziehungen zu nennen. Bei uns haben bekannte sowjetische Künstlergruppen gastiert. Die umfangreichen wissenschaftlichen Kontakte sind ebenfalls ein neuer Impuls für unsere bilateralen Verbindungen.

Wir hoffen, auf der Grundlage der Schlüsselekte von Helsinki die Kontakte zwischen unseren Völkern noch mehr ausweiten und die persönlichen Freundschaftsbeziehungen, vor allem im Bereich der Kultur und Wissenschaft, enger gestalten zu können.

Die Festtage nähern heran. Man spürt es beim Lesen der Presse und beim Fernsehen. Das große Ereignis wird Hunderten 30jährigen Österreichern lange in Erinnerung bleiben. Denen, die am 15. Mai 1955 geboren sind, hat die Regierung offizielle Einladungen geschickt. Sie werden Ehrengäste sein. Auch damit wird dem Gedenken an die großen Ereignisse in der Geschichte Österreichs Tribut gezollt.

Österreich tritt ins 31. Jahr seiner Neutralität. Heute kann man mit Sicherheit sagen, daß Europa und die Welt einen Gewinn davon haben, daß es seiner Vermittlermission nachkommt. Die Stimme der Republik Österreich ist nicht nur in Europa deutlich zu hören. Man lauscht ihr auch in Übersee. Der Staat, der den Dienst am Frieden und an der Entspannung gewählt hat, ist dabei selbst in großem Vorteil. Sein politisches Ansehen wächst, und seine Sicherheit wird größer.

Die Perle Europas, wie Österreich von Touristen genannt wird, ist in diesen warmen Maitagen besonders schön. Im Festschmuck und mit rotweißen Nationalflaggen rüstet Wien zum Empfang der Gäste.

Wien

S. POLSIKOW

IN DEN FÄNGEN MODERNER SHYLOCKS

Wenn man die heutige Auslandsverschuldung der Länder Lateinamerikas studiert, muß man unwillkürlich an die Gestalt des Wucherers Shylock aus Shakespeares Drama "Der Kaufmann von Venedig" denken. Die Schuldner mußten sich gegenüber Shylock schriftlich verpflichten, bei nicht fristgemäßer Rückzahlung der Schulden mit einem Stück ihres eigenen Fleisches zu bezahlen. Bildlich gesprochen, entwickeln sich gerade so die finanziellen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Staaten Lateinamerikas und den kapitalistischen Gläubigerländern.

Eine wahre Schuldnechtschaft mit fürwahr astronomischen Summen entstand durch die Raubpolitik der kapitalistischen Industriestaaten, vor allem der USA. Die seit 1981 in der kapitalistischen Welt wütende zyklische Krise, deren Folgen vor allem die Entwicklungsländer zu spüren bekamen, hat Lateinamerika an den Rand einer Katastrophe gebracht. Sie sollte den Subkontinent noch schwerer treffen als die härteste Krise der 30er Jahre, da sich seither die Bevölkerungszahl verdreifacht hat, der Exporterlös aber um das 3- bis 4fache zurückgegangen ist.

Die lateinamerikanischen Länder verloren 1984 allein als Kreditzinsen und als Gewinne aus direkten Kapitalinvestitionen 37 Md. Dollar. Nimmt man die verschlechterten Außenhandelsbedingungen, den Devisenabfluß über verschiedene Kanäle und den unverhältnismäßig gestiegenen Dollarkurs hinzu, ergibt sich, daß Lateinamerika 1984 insgesamt 70 Md. Dollar verloren hat.

Die Enge des Binnenmarktes infolge der Verarmung der Massen und die chronisch negative Handelsbilanz zwangen die Lateinamerikaner in die Schuldnechtschaft. In ihrer Not nahmen sie Kredite für die Exportförderung auf. Ihre schwere Lage wurde durch die Verteuerung der internationalen Kredite als Folge des Wettrüsts noch weiter verschlechtert. Steigen die Diskontsätze in den USA um nur 1%, vergrößert das die Schulden Lateinamerikas um 2 Md. Dollar. Die Reagan-Administration aber schraubt bekanntlich besonders eifrig diese Sätze

hoch, um mehr Kapital in die USA zur Deckung des riesigen Haushaltsdefizits, das durch die von Jahr zu Jahr zunehmenden Rüstungsausgaben entsteht, zu locken.

Die Zuspitzen der Wirtschaftsprobleme bei gleichzeitiger riesiger Auslandsverschuldung birgt sozialen und politischen Sprengstoff in sich. Ebendeshalb verstehen immer mehr Lateinamerikaner, daß die Schuldenfrage dringend gelöst werden muß. Sonst kann der in einigen Ländern (Argentinien, Uruguay, Brasilien und Bolivien) eingeleitete Demokratisierungsprozeß gefährdet werden.

DIE SCHULDNECHTSCHAFT

Die Verschuldung Lateinamerikas gegenüber den kapitalistischen Industrieländern hat die astronomische Summe von 370 Md. Dollar erreicht. Der Löwenanteil dieser Schulden sind an die USA zurückzuzahlen.

In den größten Ländern des Subkontinents zeichnet sich folgendes Bild ab:

Brasilien. Bevölkerung — 130 Millionen. Auslandsverschuldung — ca. 105 Md. Dollar. Jährlich müssen 36,5% des Exporterlöses nur für Zinsen aufgewendet werden. Doch belaufen sich die gesamten Deviseneinnahmen aus dem brasilianischen Export auf nur 27 Md. Dollar jährlich. Ein Teil davon wird für die Einfuhr von Rohstoffen, Materialien und Anlagen gebraucht, damit die Exportindustrie nicht zum Stillstand kommt. Folglich ist es im Grunde hoffnungslos, den Kreditgebern, vor allem den USA, das Geld zurückzahlen zu wollen.

Mexiko. Bevölkerung — 75 Millionen. Schulden — 96 Md. Dollar. Die jährlichen Rückzahlungen verschlingen 36,6% der gesamten Deviseneinnahmen von bis zu 22 Md. Dollar. Mexiko wurde vom Rückgang der Weltölpreise stark getroffen — bei der Kreditaufnahme seinerzeit war man davon ausgegangen, daß die Ölpreise weiter steigen würden.

Venezuela. Bevölkerung — 16 Millio-

Die Gläubiger der lateinamerikanischen Länder sorgen sich natürlich um die von ihnen gegebenen Kredite. Über ihre Organisationen — den "Pariser Klub", den Koordinierungsausschuß der amerikanischen Banken und vor allem über den Internationalen Währungsfonds — versuchen sie die Leidenschaften zu beunruhigen. Doch in noch größerem Maße wollen sie die Auslandsverschuldung der lateinamerikanischen Länder als ständigen Hebel imperialistischen Drucks behalten. Alles wird getan, damit sich die Schuldner nur nicht zusammentun. Statt dessen werden jedem einzelnen neue Bedingungen diktiert, nach deren Erfüllung sich der Betreffende mit neuen knechtenden Krediten kaum über Wasser halten kann.

A. BARYSCHEW

nen. Das Land ist in der gleichen Lage wie Mexiko: Die Ölförderung hilft, doch ist sie keine Rettung. Die Verschuldung des Landes hat 40 Md. Dollar erreicht. In Hoffnung auf einen wahren Goldregen durch den Ölexport hat sich Venezuela daran gewöhnt, alles, selbst Agrarprodukte, einzuführen, obgleich die natürlichen Bedingungen hohe Ernten ermöglichen.

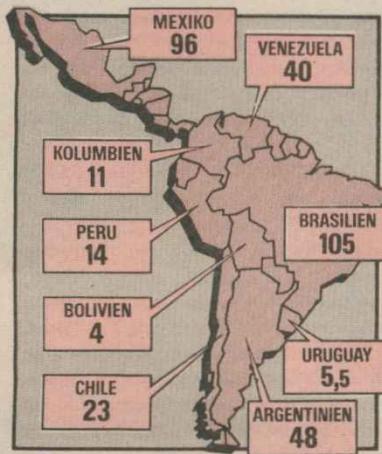
Argentinien. Bevölkerung — 30 Millionen. Schulden — 48 Md. Dollar. Die veraltete Struktur der Agrarbeziehungen und das Beharren der Oligarchie auf ihren Privilegien haben in Argentinien, das seinem Wirtschaftspotential nach zu den fortgeschrittensten Ländern des Kontinents gehört, überaus komplizierte Widersprüche geschaffen, ohne deren Überwindung eine Überwindung der Krise unmöglich ist.

Die lateinamerikanischen Länder geben 20–57% ihrer jährlichen Exporterlöse für die Rückzahlung der Auslandsschulden aus.

Das gemeinsame Ziel der Regierungen Lateinamerikas ist ein Moratorium, eine Stundung der Schulden. Die Bankiers der USA und anderer Länder müssen dem nolens volens zustimmen — es wurden sogar einige entsprechende Abkommen geschlossen. Ist ja eine Einheitsfront der Schuldner für den Imperialismus ein wahrer Alptraum.

Doch auch ein Moratorium kann das Problem nicht lösen. Es schwächt nur vorübergehend den finanziellen Druck ab, schiebt die Explosion um 10 oder 12 Jahre heraus. Das erleichtert natürlich die Lage der Regierungen und Parteien, die jetzt an der Macht sind. Und dann? Wie Fidel Castro kürzlich in einem Interview für die mexikanische Zeitung "Excelsior" betonte, ist eine Rückzahlung der Auslandschulden durch die Länder Lateinamerikas unter ökonomischem, politischem und moralischem Aspekt unmöglich. Diese Schulden müssen annulliert werden, die

**SCHULDEN
DER LATEINAMERIKANISCHEN
LÄNDER**
(in Md. Dollar)



Gläubigerstaaten aber müssen vor den Banken ihrer Länder die Verpflichtungen übernehmen und 10 bis 12% ihrer gewaltigen Rüstungsausgaben dafür verwenden, die Schulden Lateinamerikas zu tilgen. Vor allem könnten die USA die Bankkredite, die lateinamerikanischen und anderen Ländern gewährt wurden, tilgen. Ein solcher Schritt wäre, wie Fidel Castro meint, eine Lösung des Problems und würde US-Bürgern keinen Schaden zufügen: Die Banken würden ihre Kredite zurückhalten, die Exportfirmen den Verkauf ihrer Waren steigern, auch die Gelder der Investoren würden zunehmen...

Klar ist auch etwas anderes. Der Ausweg aus der Schuldnechtschaft liegt in einer grundlegenden Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Ein reales Beispiel ist die Praxis der gegenseitigen Beziehungen im Rahmen des RGW und der Beziehungen der sozialistischen Staaten zu den Entwicklungsländern, gegründet auf voller Gleichberechtigung, beiderseitigem Vorteil und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Eben das ist beim Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung und auf anderen Ebenen anzustreben.

Der RGW-Wirtschaftsgipfel (Juni 1984, Moskau) verlangte, daß in den Handelsbeziehungen Diskriminierung, künstliche Hindernisse und Ungleichheiten beseitigt werden müssen und auf dem Weltmarkt ein gerechtes, ökonomisch begründetes Verhältnis der Preise für Rohstoffe, Nahrungsmittel und Industrieerzeugnisse festgelegt werden muß.

Die wirtschaftlichen Probleme Lateinamerikas sind zu lösen, wenn sich alle seine Länder und Völker gemeinsam für wahre ökonomische Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und sozialen Fortschritt einsetzen werden.

Sergo MIKOIAN,
Chefredakteur der Zeitschrift
"Latinskaja Amerika"

DAS AKUTESTE PROBLEM

In einer Reihe von Ländern Südamerikas vollzogen sich bedeutende politische Veränderungen. In Bolivien, Argentinien, Uruguay und Brasilien wurde dank der Einheit und dem Kampf der demokratischen Kräfte die verfassungsmäßige Ordnung wiederhergestellt.

Die Völker dieser Länder zwangen unter großen Opfern die Reaktion zum Rückzug.

Doch das heißt nicht, die Gefahr einer Restauration sei gebannt. Immer noch gibt es schwerste Probleme, die in der durch Schuld des Imperialismus und der einheimischen Reaktion rückständigen sozialökonomischen Ordnung wurzeln. Und das wohl akuteste Problem ist die riesige Auslandsverschuldung.

Die Lage wird durch die Kapitalflucht der ausländischen Monopole und ihrer einheimischen Partner sowie durch diverse Devisenspekulationen weiter verschärft. Die Verschuldung wächst auch durch den steigenden Dollar-Kurs.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erörtert mit den Schuldnerländern Formen und Fristen der Schuldentilgung. Diese Finanzorganisation der kapitalistischen Welt, in der die USA das Sagen haben, sucht die Rückzahlung der Schulden durch harte Kontrolle über die nationalen Volkswirtschaften sicherzustellen. Die Hauptforderung des IWF ist, den Export auf jede Weise, u. a. durch Drosselung des nationalen Verbrauchs, zu steigern. Hierfür werden Maßnahmen erfordert, die die Kaufkraft der Werktätigen verringern. Die Länder, die von den IWF-Kreditgebern so "glücklich" werden, fordert man auf, die Staatsbetriebe zu denationalisieren, den imperialistischen Konzernen Energiequellen und Bodenschätze zu überlassen und dem Auslandskapital breiten Zugang in alle Industriebranchen zu eröffnen.

Stimmt man in den lateinamerikanischen Ländern, die den Weg der Demokratisierung eingeschlagen haben, diesen Bedingungen zu, wird sich wiederum vieles zum Schlechten wenden. Erneut wird man die Bürgerfreiheiten, die politischen und gewerkschaftlichen Rechte einschränken. Die Gefahr einer Rückkehr der Reaktion an Buenos Aires des ZK der KP Argentiniens

die Macht wird akut. Wiederum werden wir in die Vergangenheit zurückgeworfen sein, in die Zeit vor der Serie von Staatsstichen der Jahre 1965-1975.

Proimperialistische Kreise und ihre Agenten spinnen Intrigen, inszenieren Provokationen, wollen die Lage destabilisieren, den Anschein eines Chaos erwecken. Gleichzeitig aber tun sie alles, um die Einheit der Fortschrittskräfte, die den Putschisten den Weg versperren können und müssen, zu verhindern. Leider sind solche Methoden bisweilen erfolgreich wegen der Klassenblindheit einflußreicher Kräfte in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien...

Ist ja die Zustimmung, die USA in ihrer Mittelamerika-Politik (gegen Nicaragua, gegen das Volk von El Salvador), gegen das sozialistische Kuba und auch in Washingtons globalen Plänen zu unterstützen, die "logische" Folge von Abkommen mit dem IWF.

Die Lehren der Vergangenheit mahnen uns, das bereits Erreichte energisch zu verteidigen, die vollständige Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung anzustreben und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens durch eine erweiterte Teilnahme der Werktätigen an der Erörterung aller nationalen Fragen zu verstärken.

Weder die Daumenschraube des IWF noch innenpolitische Destabilisierung sind für unsere Länder unvermeidlich. Können wir ja selbst die kompliziertesten sozialen und ökonomischen Fragen durch die Wiederbelebung der Wirtschaft, die Steigerung des Verbrauchs, die Konsolidierung des staatlichen Sektors und durch den Ausbau des Handels mit den anderen lateinamerikanischen Ländern, mit den nichtpaktgebundenen und besonders den sozialistischen Staaten lösen. Hierbei muß die Rückzahlung der Schulden von den realen Möglichkeiten jedes Landes abhängig gemacht werden, wobei Ursprung und Größe der Schulden sorgfältig zu überprüfen und jene von ihnen zu annullieren sind, die durch Machenschaften und Betrug entstanden.

Oscar AREVALO,
Mitglied der Politischen Kommission und des Sekretariats
des ZK der KP Argentiniens

TAGUNG DES CHINESISCHEN PARLAMENTS

Wladimir GODYNA

In der ersten Aprilhälfte beendete in Peking die 3. Tagung des Nationalen Volkskongresses der 6. Legislaturperiode — des obersten Organs der Staatsmacht der VR China — ihre Arbeit.

Das Parlament erörterte mehrere staatswichtige Fragen und Dokumente: einen Bericht über die Tätigkeit der Regierung, den der Vorsitzende des Staatsrates, Zhao Ziyang, erstattete, ferner die Berichte über den Entwurf des Plans für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes 1985, über die Haushaltsführung 1984 und über den Staatshaushalt 1985. Zur Erörterung kamen ferner der Entwurf eines Beschlusses über die Ausstattung des Staatsrates mit der Vollmacht, provisorische Bestimmungen und Regeln im Bereich der Umgestaltung des Wirtschaftssystems und der Erweiterung der internationalen Kontakte auszuarbeiten, und andere Dokumente.

Die Tagung bestätigte die chinesisch-britische Deklaration über Xianggang (Hongkong) und beschloß, eine Kommission einzusetzen, die den Entwurf des Grundgesetzes für die Sonderverwaltungseinheit Xianggang der VR China ausarbeiten soll. Angenommen wurden die Resolutionen zu den Berichten über die Tätigkeit des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, des Obersten Volksgerichts und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft. Die Tagungsteilnehmer billigten auch das Erbschaftsgesetz.

Im Unterschied zu allen früheren behandelte diese Tagung keine außenpolitischen Fragen. Sie konzentrierte sich ganz auf Probleme der Wirtschaftsentwicklung, mit denen das Land bei der Verwirklichung der Wirtschaftsreform konfrontiert wurde.

Im Mittelpunkt der Tagung stand Zhao Ziyangs Bericht "Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Reform des Wirtschaftssystems", der ein Fazit aus der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas im vergangenen Jahr zog und Aufgaben für das laufende, abschließende Jahr des 6. Fünfjahrsplans (1981--1985) stellte.

Unter den Erfolgen des Jahres 1984 erwähnte der Vorsitzende des Staatsrates

eine Zunahme der Industrie- und Agrarproduktion. Es wurden 407 Mio t Getreide und 6 Mio t Baumwolle eingebracht, 770 Mio t Steinkohle und 114 Mio t Erdöl gewonnen. In den Dörfern kamen rd. 600 Mio, in den Städten und Siedlungen rd. 100 Mio Quadratmeter Wohnfläche hinzu. Die Bewilligungen für Kultur-, Forschung-, Bildungs- und Gesundheitswesen wurden etwas erhöht. Die Militärausgaben stiegen um 3%.

Zugleich wurde darauf hingewiesen, daß die Volkswirtschaft mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat und daß bei der Durchführung der Reform, in deren Verlauf die Wirtschaftsbelebung hauptsächlich durch eine gewisse Einschränkung des Bereichs der Direktivplanung erfolgt ("der Markt als Hauptregulator"), ferner durch Dezentralisierung in der Leitung der Industrie, Förderung des Privatunternehmertums und andere Novationen, viele alte Probleme bestehen bleiben und sich neue ergeben. Gespannt ist noch immer die Versorgungslage bei Energie, Roh- und Werkstoffen sowie im Verkehrswesen. Unter den Problemen, die nicht ignoriert werden dürfen, rangieren die ungenügend rationelle Produktionsstruktur und stark über den Staatsplan hinausgehende Investitionen in die Grundfonds. Entgegen den gesamtstaatlichen Interessen wetteiferten einige Finanzorgane miteinander in der Gewährung von Krediten; manche Betriebe, Verwaltungs- und andere nichtproduzierende Organisationen erhöhten im eigenen Interesse willkürlich die Löhne und Gehälter und zahlten Prämien und Zuschläge aus, die nicht durch Erhöhung der Effektivität der Produktion und der Arbeitsproduktivität begründet waren. All das hat die Bankkredite und den Konsumtionsfonds sprunghaft erhöht.

Die unbegründete Zunahme der umlaufenden Geldmenge (1984 wurden zusätzlich insgesamt 8 Md. Yuan emittiert) und andere schädliche Tendenzen haben die Preise in die Höhe getrieben und die Wirtschaftslage merklich zugespitzt.

Die Störungen im Wirtschaftsleben sind, wie es im Bericht des Staatsrates heißt,

eine schädliche Begleiterscheinung der Reorganisierung. So komme es zu überhöhten Preisen deshalb, weil den Betrieben eine umfassende Selbständigkeit bei der Festsetzung der Preise für ihre Erzeugnisse gewährt worden sei; die Mißstände bei der Nutzung des Lohnfonds seien Folge einer falschen Anwendung des Prinzips der materiellen Stimulierung. Solche Erscheinungen lassen sich, wie Zhao Ziyang betonte, bei einer Reform schwerlich vermeiden und sind nur im Rahmen der Reform zu beseitigen. Andere negative Folgen dagegen seien durch ungenügende Umsicht oder eine nur unzureichende Kontrolle über die Verwirklichung der vorgenommenen Maßnahmen bedingt. Deshalb gelte es, zu verhindern, daß solche Mängel sich wiederholen, und daraus Lehren zu ziehen.

Ausführlich behandelte der Bericht Fragen des Kampfes gegen diverse Unregelmäßigkeiten, die bei der Verwirklichung der Reformen zugelassen werden. In letzter Zeit nehmen "schädliche Tendenzen" zu: willkürliche Auszahlung von Prämien und Zuschlägen in Geld und Naturalien, eigenmächtige Preiserhöhung zur Erzielung höherer Gewinne, Mißbrauch der Funktion durch Partei- und Wirtschaftskader, die außerordentlich knappe Werkstoffe weiterverkauft, Bewirten und Beschenken zu eigen-nützigen Zwecken, Bestechung und Korruption.

Wie im Bericht betont wurde, ist 1985 das erste Jahr bei der Umsetzung der Beschlüsse, die die 3. Plenartagung des ZK der KP Chinas zwölfter Legislaturperiode im Oktober 1984 über die Reform des Wirtschaftssystems in den Städten faßte. In dieser Periode, sagte Zhao Ziyang, seien zwei äußerst wichtige Aufgaben zu lösen, nämlich eine Reform der Löhne und Gehälter und eine des Preissystems durchzuführen. Die erste sieht die allmähliche Beseitigung eines so tief verwurzelten Obels wie der Nivellierung in der Verteilung vor. In den letzten Jahren stiegen die Löhne und Gehälter rascher als die Arbeitsproduktivität und das Nationaleinkommen. Heute noch mehr zu fordern, bedeute, etwas absolut Unerfüllbares zu fordern, und es sei praktisch unmöglich, alle Probleme, die sich im Lohnsystem in den letzten mehr als 20 Jahren angesammelt haben, restlos zu lösen.

Was die zweite Aufgabe betrifft, so werde hier Kurs auf Kombination freier und fester Preise genommen. Diese Reform wird unter den Verhältnissen der

1984 überhöhten Geldemission und der Verteuerung einiger Waren verlaufen. Ein bedeutender Schritt vorwärts müsse getan und zugleich eine große Preiselastizität verhindert werden. Zhao Ziyang räumte ein, daß der Lebenshaltungskostenindex in den Städten gestiegen ist, und forderte dazu auf, Menschen, die die staatliche Preispolitik und die Finanz- und Wirtschaftsdisziplin verletzen oder sich Schiebungen zuschulden kommen lassen, streng zur Verantwortung zu ziehen.

Neben der weiteren Entwicklung der Einzelbauernwirtschaften und der sich hauptsächlich auf die Stadt erstreckenden Wirtschaftsreform bleibt die Heranziehung von Auslandskapital auch künftig ein strategisches Ziel. Der Berichterstatter nannte Ziffern, die die Aktivierung der Politik der "offenen Türen" veranschaulichen. So wurde 1984 die Gründung von 741 gemischten, durch China und ausländische Investoren finanzierten Unternehmen erlaubt. Das sei mehr als die Gesamtzahl der in den vorausgehenden fünf Jahren gegründeten ähnlichen Unternehmen. Das ausländische Kapital, das China in der einen oder anderen Form benutzt habe, beläufe sich auf 2,66 Md. US-Dollar. Verträge über den Import von mehr als 1000 Arten ausländischer Technik und Technologie wurden unterzeichnet. Gegenüber 1973 stieg der Umfang der getätigten Abschlüsse beträchtlich.

Geplant ist, zusätzlich zu den vier bestehenden Sonderwirtschaftszonen (in den südchinesischen Provinzen Fujian und Guangdong) und zu den 14 Hafenstädten die sogenannten offenen Zonen zu bilden. Sie unterscheiden sich von den Sonderwirtschaftszonen vor allem dadurch, daß die dortigen Erzeugnisse nicht nur für den Export, sondern auch für den Inlandsmarkt bestimmt sind. Schon sind drei offene Zonen bekanntgegeben worden: im Delta des Yangzi, im Delta des Zhujiang und im Süden von Fujian. Laut Erklärungen amtlicher Sprecher soll bald der ganze "Küstengürtel" Chinas mit einer Bevölkerung von mehr als 200 Millionen für die Außenwelt geöffnet werden.

Nach der chinesischen Presse zu urteilen, steht man im Lande, darunter in der KP Chinas, zur Politik der "offenen Türen", zur Wirtschaftsbelebung unter Hinzuziehung des Privatunternehmertums und auch zur Reform des Wirtschaftssystems zwiespältig. In zentralen und Provinzzeitungen erscheinen immer wieder Artikel, in denen darüber geklagt wird, daß "einige leitende Funktionäre nur ein ungenügendes Bewußtsein und Verständnis zeigen und nicht die nötige ideologische Vorbereitung und Erfahrung haben". Unlängst schrieb die "Renmin

ribao": "Gewisse Genossen sehen in der gegenwärtigen Situation nur anfallende Probleme und bezweifeln die Reformen."

Mehrere Teilnehmer der Tagung des Nationalen Volkskongresses sprachen sehr besorgt über die negativen Tendenzen im sozialökonomischen Leben Chinas und über die bei der Verwirklichung der Reform zugelassenen Mängel. Der Deputierte Cong Sheng (Provinz Heilongjiang) beanstandete, daß der Regierungsbericht nicht aufmerksam genug radikale Maßnahmen zur Lösung jener Probleme in Betracht zieht, die bei den Umgestaltungen entstanden sind bzw. sich verschärft haben.

Andere Redner beurteilten die positive Einschätzung der Sachlage in Shenzhen, einer Sonderwirtschaftszone in der Nähe von Hongkong, skeptisch. Die "Renminribao" gibt ihre Meinung wieder: Shenzhen könne kein Beispiel für die anderen Gebiete des Landes sein, weil dort Korruption und andere ungesunde Erscheinungen wuchern. Der Vorsitzende des Staatsrates selbst rief alle zur Einmütigkeit auf und verwies auf die Notwendigkeit, neben der Wirtschaftsbelebung eine striktere Wirtschaftsleitung anzustreben. Erneut bestätigte er das Prinzip "Spielraum und Handlungsfreiheit in den Mikrosphären, Kontrolle und Leitung in den Makrosphären". Es gelte, die Sachlage zu erforschen und Maßnahmen der Wirtschaftsregulierung für das ganze Land auszuarbeiten.

Die Xianggang-Frage fand auf der Tagung große Beachtung. Die im Dezember 1984 in Peking unterzeichnete chinesisch-britische Deklaration über Xianggang kam nach zweijährigen Verhandlungen der Seiten zustande. Ab 1. Juli 1997 wird die VR China erneut ihre Souveränität über dieses Territorium ausüben, aber das sozialökonomische System, die Gesetze und die Lebensweise der dortigen Bevölkerung bleiben für die darauffolgenden 50 Jahre unverändert, ebenso sein Status als Freihafen und internationales Finanzzentrum. Der Hongkong-Dollar bleibt frei konvertierbar. Die Deklaration garantiert den Ausländern in Xianggang die Unverletzlichkeit des Eigentums. Xianggang behält das Recht auf selbständige Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu anderen Ländern, während außenpolitische und Verteidigungsfragen ein Kompetenzbereich der Zentralregierung der VR China werden sollen.

Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung in Xianggang im Laufe eines halben Jahrhunderts nach 1997 bedeute, wie auf der Parlamentstagung festgestellt wurde, die Realisierung der Konzeption "Ein Staat — zwei Systeme". Wie aus den auf der Tagung bestätigten Dokumenten erheilt, geht die Bedeutung dieser Konzeption über den Rahmen der Xianggang-Frage hinaus und soll noch bei der Rückführung Taiwans eine "wichtige stimulierende Rolle" spielen. ■

BIOGRAPHISCHES



Geboren am 27. November 1936 in Amman, in einer tätig, wohlhabenden Familie, aus der jordanischen Delegation zwei Ministerpräsidenten zur UNO-Vollversammlung hervorgingen. Absolvent der Harvard-Universität, Großbritannien. 1972, nach Besitz den Grad eines Magisters des Völkerrechts und der internationalen Beziehungen.

Von 1958 bis 1967 hatte er verschiedene Funktionen im Außenministerium Jordaniens inne, war an den Botschaften seines Landes in der ARÄ, in Libanon und Großbritannien sowie an der ständigen jordanischen Vertretung bei der UNO

vierte die Oberschule in Amman und das Victoria-College in Kairo. Generalsekretär und Hochschulbildung erhielt er gleich Privatekretär König in den USA, an der Fakultät Husseins. 1970 ernannt zum für politische Wissenschaften und Verteidigungsmilitärs erkannt.

Ministerpräsident Jordaniens ZAID AL-RIFAI

ten der Harvard-Universität, Großbritannien. 1972, nach seiner Rückkehr, wurde Zaid al-Rifai Berater des Königs für politische Fragen.

Im Mai 1973 wurde Zaid al-Rifai zum Ministerpräsidenten, zum Außen- und Verteidigungsminister ernannt. Danach leitete er noch zweimal das Kabinett — im November 1974 und im Februar 1976. Insgesamt war er über drei Jahre Ministerpräsident, bis zu seinem Rücktritt im Juli 1976. Anfang 1984 wurde er Mitglied des Senats.

Am 4. April 1985 wurde Zaid al-Rifai durch königlichen Erlaß zum vierten Mal zum Ministerpräsidenten und Verteidigungsmi-

LESER ÜBER DIE NZ

Auswertung des NZ-Fragebogens

Die NZ hatte ihre Leser um eine Beurteilung der Zeitschrift gebeten, um unsere Arbeit noch effektiver zu gestalten und die Verbindungen zu unseren Lesern weiter zu festigen.

In Heft 48/84 hatten wir uns an unsere Leser gewandt: Die Redaktion wollte ihre Meinung über Inhalt und Gestaltung unserer Zeitschrift, über konkrete Rubriken und Themen, ihre Wünsche für die Behandlung bestimmter Fragen in der NZ erfahren.

Wir erhalten ständig Leserbriefe. Doch diesmal warteten wir, ehrlich gesagt, doch etwas aufgeregt auf die Antworten unserer Leser. Würden sie auf den Fragebogen reagieren? Und wie?

Über 1000 Briefe trafen aus vielen Städten und Dörfern der Sowjetunion ein — aus Tscheljabinsk und Gorki, aus Nowo-Usmanowo im Gebiet Kuibyschew und aus Bogutschany, Region Krasnojarsk, aus Kiew und Taschkent, aus der ganzen UdSSR. Viele Briefe kamen auch aus dem Ausland — aus der DDR und Indien, Österreich und Australien, Kuba und Italien, der CSSR und Polen, den USA, der BRD, Bulgarien, Frankreich u. a., also aus den meisten der 113 Länder, in die unsere Zeitschrift per Luftpost gelangt...

„Die Zeitschrift gibt dem Leser Hintergrundinformationen zum Weltgeschehen“, schreibt der Baggerführer Wassili Sotikow aus Myski, Gebiet Kemerowo. „Ich habe die Zeitschrift schon 18 Jahre abonniert. Alle Hefte dieser Jahre bewahre ich auf. Von Zeit zu Zeit nehme ich mir einige Beiträge, besonders die historischen, wieder vor“, berichtet der Arbeitsveteran Pjotr Borowik aus Wolnowachi, Donez-Gebiet. „Insgesamt gefällt mir die Zeitschrift“, erklärt Shanna Zalijewa, Schülerin der 10. Klasse aus der nordosetischen Stadt Digory. „Ich bin Abonnent Ihrer Zeitschrift und lese sie schon viele, viele Jahre mit großem Interesse“ — so lautet der Brief von Nikolai Krupin (Moskau), einem Ingenieur und Oberst im Ruhestand...

Unsre Umfrage zeigte, daß fast alle Leser die Rubriken „Diskussion mit dem Leser“, „Hinter den Kulissen“, „Geschichte und Gegenwart“, „PS“, „Notizen, Glossen“, „Wort des Redakteurs“ und „Biographisches“ positiv einschätzen.

Doch Sympathie für unsere Zeitschrift kommt nicht nur in Lob zum Ausdruck, sondern auch und gerade in wohlgemeinter Kritik. Die Antworten auf den Fragebogen demonstrierten, daß unsere Leser nicht nur passive Konsumenten der Informationen unserer Zeitschrift sind. Sehr viele legten dem ausgefüllten Fragebogen lange Briefe bei. Sie enthalten neben Worten der Anerkennung auch konstruktive Kritik. Und das ist erfreulich: Die Zahl jener, die uns bei der Arbeit an der Zeitschrift helfen, wächst.

Dudawski aus Saporosjje betont zur Behandlung des britischen Bergleutestreiks in der NZ, man hätte eingehender aufzeigen sollen, wie die wirtschaftlichen Forderungen der Streikenden allmählich durch den Kampf gegen die undemokratische, gewerkschaftsfeindliche Tory-Politik ergänzt wurden. Gedikian (Moskau) schlägt die Einführung einer Rubrik „Amerikanische Presse über die UdSSR“ mit einer entsprechenden Einschätzung dieser Beiträge vor. Einige Leser würden in der Zeitschrift

gern politische Porträts westlicher Politiker sehen. Sie erinnern daran, daß die Artikel häufiger von Tabellen, Schaubildern und Karten illustriert sein sollten... Zahlreiche Vorschläge und Bemerkungen, von denen die Redaktion viele zu verwirklichen gedenkt, gingen bei uns ein.

Sehr rege beteiligten sich auch die ausländischen Leser (allein aus Italien kamen an die 200 Fragebögen).

... Die Frage „Mit welchen Beiträgen und Rubriken sind Sie nicht zufrieden?“ wurde von dem Australier B. Medcalf, einem Leser unserer Zeitschrift seit 25 Jahren, gestrichen. „Wenn man der verbrecherischen bürgerlichen Moral und ihren Werten widerstehen will, kommt man ohne die Veröffentlichungen der NZ nicht aus“, schreibt er. „Die Lektüre Ihrer Zeitschrift ist für mich von größter Bedeutung“, äußert sich unser indischer Leser Baldwin Coraine. „Ich lese die ganze Zeitschrift von vorn bis hinten“, teilt ein 54jähriger Amerikaner, ein „Lehrer und Schriftsteller“, wie er sich nennt, mit. „Wenn ich ein weiteres Heft durchgelesen habe, lasse ich es im Zug oder Bus liegen, und so findet die Zeitschrift neue Leser“, berichtet der Österreicher Tiefenthaler.

Die meisten Leser lassen uns auch ihre Wünsche und Bemerkungen zukommen. Einige Artikel enthalten zu viele allgemeine Phrasen, bemerkt V. Eschenasi aus Rumänien. „Ich würde mich freuen, wenn den Leserbriefen mehr Raum gegeben würde“, schreibt T. Cartier aus Frankreich. Der Angolaner Carlos Alberto Neves Cauje bittet, die Umtriebe der USA gegen Nikaragua ständig zu beleuchten. Der Brasilianer Luiz Antonio Lindo teilt mit, daß er Artikel über Länder, die von seinem Brasilien weit entfernt liegen, nicht liest. M. Füsing (DDR) möchte, daß „USA und Mittelamerika“, die RGW-Länder Thema der nächsten NZ-Sonderdrucke werden...

Schon als die ersten Leserbriefe eintrafen, gingen wir daran, einige Ratschläge der Leser zu befolgen. So erschienen regelmäßig umfangreiche Beiträge zu Schlüsselfragen der aktuellen Politik und der jüngsten Geschichte der internationalen Beziehungen. Natürlich standen die letzten Monate im Zeichen der Vorbereitung auf den 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und den japanischen Militarismus. Viele Leser warteten, wie wir aus der Post erfuhren, auf Beiträge zu diesem Thema.

Vielen Dank an alle Leser, die unserer Bitte nachkamen! Die Auswertung der Antworten wird fortgesetzt und soll, wie wir hoffen, weitere Ergebnisse bringen.

BLÜTENWEISSE WESTE FÜR DAS PENTAGON

Geschossen wurde in Yonkers, einige Viertel vom Korrespondenzbüro unserer Zeitschrift entfernt. Die erste Kugel galt der Frau, die nächsten den Kindern, mit der letzten nahm Jack Orgen sich selbst das Leben. So geschehen 10 Jahre, nachdem die letzten von denen, die in Indochina eine "Pax americana" durchzusetzen suchten, vom Dach der US-Botschaft in Saigon in einen Helikopter geklettert waren.

Zwischen diesen beiden in Raum und Zeit so weit auseinander liegenden Ereignissen besteht ein unmittelbarer Zusammenhang. Jack Orgen war mit dem, was er in Indochina hatte treiben müssen, nicht fertig geworden. Auch die Folgen jenes Krieges für seine Familie konnte er nicht verwinden: Die Berührung mit den Giftstoffen in Vietnam hatte eine äußerst schwere Erkrankung hervorgerufen, die sein Kind geerbt hatte. Jack selbst, sagen die Nachbarn, war ein düsterer, aber hilfsbereiter Bursche und blieb ruhig, solange das Gespräch nicht auf Vietnam kam. "Zeitzünderbomben" nennt man hier die Leute, denen es gelungen ist, den Vietnamkrieg zu überleben. Jacks Geschick ist nur eines der vielen Beispiele, die die tiefe Kluft verdeutlichen, welche das Vietnamabenteuer in die amerikanische Gesellschaft gerissen hat.

Mit Rubin Berrios unterhalte ich mich während der großen Pause in einer Schule in der 92. Street von Manhattan.

"Ich ging nach Vietnam. Es fiel mir nicht ein, nach Kanada zu fliehen, mich der Einberufung zu entziehen, denn ich glaubte mich damals meiner Regierung verpflichtet. In vieler Hinsicht waren wir naiv, unreif, ein Erziehungsprodukt der Eisenhower-Ära. Der General genoß

Achtung, und wir glaubten fest an die Politik unseres Landes."

Zwei oder drei Monate waren vergangen. Rubin hatte den ersten Schock — die Folge des Aufenthalts drüben — überwunden, er begann zu verstehen, was sich dort in Wirklichkeit abspielte.

"Wir wurden belogen, fortwährend belogen. Alles wurde geleugnet. Doch ich hatte Zugang zu den Sammelberichten unserer Fliegerkräfte", sagt Rubin, "und ich wußte absolut genau, daß sie tonnenweise Napalm abwarf und Einsätze über Laos und Kambodscha flogen. Allmählich begann ich zu verstehen, daß wir einen hoffnungslosen Krieg gegen ein Volk führten, das eine ihm nicht genehme Regierung stürzen wollte. Wir aber stützten ein Regime, das keinen Rückhalt hatte und die Interessen des Volkes nicht vertrat. Das ist eine Schwäche unserer Politik."

Diese Lehre ist von vielen beherzigt worden, aber bei weitem nicht von allen.

Noch mehr Lügen

Die Buchhandlungen sind mit Büchern von allen möglichen "Exen" — Ex-Präsidenten, Ex-Generalen — überschwemmt. Sie schieben die Schuld für die Niederlage einander in die Schuhe und versuchen, im nachhinein Ratschläge zu geben, wie man "hätte siegen sollen".

Der schmutzige Krieg in Vietnam wurde, entgegen den Behauptungen im heutigen Washington, nicht "um hoher Ideale willen" geführt. Er war von Anfang bis zu Ende verbrecherisch. Bild unten [aus der US-Zeitschrift "Newsweek"]: US-Soldaten treiben vietnamesische Bauern zur Hinrichtung

Der Titel "Keine Vietnams mehr!" in Kombination mit dem Namen des Autors — Richard Nixon — hat den Leser nicht irregeführt. Dieses Buch des Ex-Präsidenten der USA habe ich schon eine Woche nach seinem Erscheinen in der Sektion für preisgesenkte Schriften gekauft. Eine solche Publikumsreaktion trotz auffälliger Werbung ist zu erklären. Der Autor setzte sich entgegen dem gesunden Menschenverstand das Ziel, anerkannte Tatsachen zu widerlegen. So behauptet er, die Bombenangriffe der US-Flugzeuge auf zivile Objekte in der DRV seien keine geplante politische Aktion der US-Regierung gewesen; er leugnet sogar, daß die USA in Vietnam eine militärische Niederlage erlitten haben. Als hätte es keine Millionen getötete und verstümmelte Vietnamesen gegeben, spricht Nixon immer wieder von "verpaßten Gelegenheiten". ("Wir zerstörten das Land", sagt Rubin Berrios.) Hierbei schont der ehemalige Chef des Weißen Hauses weder die Generale ("taktische Fehler") noch den Kongreß, der nicht alles getan habe, um den "südvietnamesischen Verbündeten" zu helfen. Schuld seien auch amerikanische Zeitungen und die amerikanischen Teilnehmer der Antikriegsbewegung. Diese stempelt Nixon zu einer "Allianz gehässiger Widersacher". All das führt den Autor an die Erklärung des Buchtitels heran: Nach Nixon "bedeutet er, daß wir, wenn wir neu anfangen, kein Fiasko mehr erleiden". Mit erhobenem Zeigefinger sagt der Ex-Präsident: "Solange wir das Vietnamsyndrom nicht abgeschüttelt haben, ist jede internationale Initiative der USA zu einem Mißerfolg verurteilt." Gerade "unser Unvermögen" in Vietnam habe, lamentiert er, "das Streben, zu Gewalt als Angelpunkt jeder wirksamen Außenpolitik zu greifen", in Zweifel gezogen.

Dieses Elaborat wird von den heutigen Herren im Weißen Haus sicherlich nach Gebühr geschätzt. Es besteht eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen Nixons Sentenzen und dem, was Reagan heute sagt: "Wir dürfen uns Fehler bei der Kriegsführung verzeihen." Das wurde gleich nach seiner Wiederwahl gesagt und ist darum besonders kennzeichnend. Der Satz sei sehr sorgfältig formuliert, bemerkt die Wochenschrift "New York Times Magazine", er setze voraus, daß der Ausgang des Vietnamkrieges hätte anders sein können. Die Fehler lägen in der Kriegsführungsart und nicht in der Tatsache, daß der Krieg überhaupt geführt wurde. Der heutige Pentagonchef Weinberger ist gradlinig, wie sich's für einen Militär gehört: "Wir werden keine Kriegshandlungen aufnehmen, wenn wir nicht die Sicherheit haben, siegen zu können. Wir werden nicht die amerika-



nischen Soldaten wieder Krieg führen lassen, wenn wir nicht die Absicht haben, ihnen eine Unterstützung zu sichern, die für den Sieg ausreicht."

Song My — wo liegt denn das?

All das fügt sich logisch in die Kampagne ein, die Washington aufzieht, um die alten Abenteuer zu rechtfertigen und zugleich neue ideologisch zu untermauern. Vor kurzem angestellte Forschungen zeigen: Die Niederlage in Vietnam hat auf eine ganze Generation von US-Politikern sehr ernüchternd gewirkt und bildet eine gewisse Barriere gegen breitangelegte militaristische Schritte des Pentagon in anderen Teilen der Welt. Daher der Wunsch Washingtons, diesen unangenehmen Umstand aus dem Wege zu räumen, im Grunde also Fakten und Ereignisse zu verzerrn, Verbrechen zu rechtfertigen und die Erinnerung daran aus dem Gedächtnis der Nation zu tilgen. Bei den erwachsenen Zeugen der Ereignisse der 60er/70er Jahre ist das schwieriger. Deshalb verlegt man sich darauf, vor allem die Jugend zu benebeln.

"Ich kann jede Wette eingehen, daß die ganze Geschichte jener Zeit nach wenigen Jahren so umgeschrieben sein wird, wie das die Schöpfer der heutigen Politik wünschen", sagt Berrios warnend. Die Ergebnisse von Umfragen bestätigen seine Worte. In soliden Colleges zucken die Studenten die Achseln, wenn sie das Wort Song My, das in der ganzen Welt einen schlimmen Klang hat, oder den Namen des Leutnants Calley, eines kaltblütigen Mörders der Zivilbevölkerung, hören. Gerade unter den 18- bis 22jährigen Amerikanern ist der Prozentsatz jener am höchsten, die sich mit Reagan solidarisieren, wenn er den von den USA angezettelten Vietnamkrieg ein "hochsinniges Unternehmen" nennt, und bereit sind, an all seine neuen "Unternehmen" blind zu glauben.

Krieg führen? Nur in der 14. Street Manhattans

Sehr sorgfältig wirken die Washingtoner Behörden auch darauf hin, die Tätigkeit der Organisationen der Veteranen unter Kontrolle zu nehmen, ihre Aktivität auf das Anheizen der re-vanchistischen Stimmungen zu richten, von der Teilnahme an den Antikriegsaktionen dagegen abzulenken. Vor kurzem wurde der in der kalifornischen Stadt Santa Cruz befindlichen Sektion Nr. 5888 der Organisation "Veteranen der Auslandskriege" die Mitgliedschaft entzogen, weil sie gegen die aggressiven Pläne

der Regierung Reagan in Mittelamerika protestiert hat.

Der Leiter dieser Sektion, Richard Andersson, sagt: "Ich war Soldat in Vietnam und habe mit eigenen Augen gesehen, zu welchen Greueln unsere Regierung fähig ist. Es ist erstaunlich, daß wir aus der Geschichte nichts gelernt haben. Schon jetzt erleben wir den Anfang eines neuen Vietnam." Die Rede ist von Nikaragua. Diese Verknüpfung ist nicht zufällig.

Rubin Berrios teilt Anderssons Meinung: "Leute wie Reagan sind imstande, den Namen Vietnam einfach mit dem Namen Nikaragua zu vertauschen. Wir spielen die gleiche Karte aus wie in Vietnam und handeln im Geiste der alten Politik: jeden zu unterstützen, der im Fahrwasser der USA segelt. Gegenwärtig sind es die Contras. Wir spielen uns als Moralisten auf, vergessen uns aber zu fragen, ob die USA es hinnehmen würden, wenn die Truppen eines anderen Landes zu uns kämen, um uns zu diktieren, wie wir uns zu verhalten haben. Vietnams Probleme sind eine Angelegenheit der Vietnamesen, und das Volk Nikaraguas weiß selbst, was es zu tun hat."

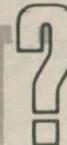
Die Veteranen haben recht behalten. In Washington zieht man in der Tat Parallelen zwischen Vietnam und Nikaragua, um den Boden für eine Invasion in dieses mittelamerikanische Land vorzubereiten. Am 25. April sagte US-Außenminister Shultz in einer Ansprache vor seinen Mitarbeitern: "Das Moralische unserer Anstrengungen muß jetzt klar sein. Jene Amerikaner, die damals in der Armee waren oder heute ihre gefallenen oder vermissten Angehörigen beweinen, können den Kopf hoch tragen... Gegenwärtig wird vieles von dem, was sich auf den Vietnamkrieg bezieht, einer neuen, gesunden Analyse unterzogen... Unsere Ziele in Mittelamerika sind denen ähnlich, die wir in Vietnam verfolgten..."

Rubin Berrios kommt meiner letzten Frage voraus: "Man fragt mich häufig, ob ich, wenn nötig, bereit wäre, wieder in den Krieg zu ziehen. Ich sage: 'Ja', aber ich werde nur hier Krieg führen, in der 14. Street Manhattans, wenn meine Familie, mein Heim bedroht werden sollten. In Pakistan oder Iran habe ich nichts zu suchen. Ich bin Lehrer. Jeden Tag ziehe ich in den Kampf: gegen das Analphabetentum, die Religion, die Entstellung der Geschichte, damit man meinen Schülern nicht einen schön verpackten Krieg verkauft."

Die Kräfte der Seiten sind offensichtlich ungleich. Wird die neue Generation der Amerikaner auf die Stimme der Vernunft hören — oder, um den Ernst des Lebens zu verstehen, ebenso wie Rubin das eigene und fremde Leben aufs Spiel setzen müssen?

A. ARCHIPOW
NZ-Korrespondent

New York



Aus der "NZ" erfahre ich, daß Brasilien am zweiten Weltkrieg teilgenommen hat. Bitte Näheres darüber.

W. DRASHIN
Bobruisk, Belorussische SSR

Nach den entschlossenen antifaschistischen Volksaktionen, die Anfang 1942 Massenumfang annahmen, brach Brasilien die diplomatischen Beziehungen zu den Ländern der Achse ab und erklärte Deutschland und Italien am 22. August 1942 den Krieg. Kurz vorher hatten deutsche U-Boote vor der Küste Brasiliens sechs Handelsschiffe dieses Landes torpediert, wobei über 600 Personen, darunter Frauen und Kinder, den Tod fanden. Die Regierung unter Júlio Vargas verhängte den Kriegszustand. Es erschien ein Erlaß über die Militärpflicht, das Eigentum der faschistischen Länder wurde beschlagnahmt, und die Flugplätze der deutschen und der italienischen Fluggesellschaften wurden verstaatlicht.

Beim Eintritt in den Krieg waren Brasiliens Streitkräfte 100 000 Mann stark. Die Kriegsflotte bestand nur aus zwei unmodernen Schlachtkreuzern, zwei Kreuzern, elf Torpedobooten, einigen U-Booten, Minenlegern und U-Boot-Abwurfschiffen. Die Luftstreitkräfte besaßen 215 größtenteils Übungsluftzeuge.

Gemeinsam mit den Streitkräften der USA versahen die Marine und die Fliegerkräfte Brasiliens im Südatlantik Streifendienst und versenkten dabei 13 feindliche U-Boote. Im Dezember 1942 begann die Aufstellung eines Expeditionskorps für Europa.

Im Juli 1944 landete dieses 26 000 Mann starke Korps, das aus einer Infanteriedivision und einer Fliegerabteilung bestand, in Italien. Unter General Mascarenhas de Moraes beteiligte sich das Korps im Bestand der 5. US-Armee an den Kämpfen um die Befreiung mehrerer Städte Italiens. Brasilien hatte im zweiten Weltkrieg 2000 Gefallene.

Gewisse ausländische Rundfunksender behaupten, Ihr Land könne den Entwicklungsländern nichts außer Waffen geben und die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas und Asiens könne nur der Westen, der unsere Probleme gut kenne, fördern. Was denken Sie dazu?

Yakubu SHEHU
Lagos, Nigeria



Es diskutiert
der Kommentator
des Sowjetischen
Rundfunks
Kim
GERASSIMOW

Wenn Sie, Herr Shehu, von gewissen ausländischen Rundfunksendern sprechen, meinen Sie sicherlich die "Stimme Amerikas", BBC und andere westliche Stationen, möglicherweise sogar die "Stimme Israels" oder die "Stimme der RSA". Sie alle strahlen übelste Verleumdungen aus, besonders über die Verbindungen der sozialistischen Länder zur nationalen Befreiungsbewegung.

Ja, wir liefern Waffen an junge Nationalstaaten. Dann, wenn wir darum gebeten werden, weil jene ihre Unabhängigkeit und Freiheit verteidigen müssen. Wir sind stolz auf diese Hilfe und empfinden Genugtuung darüber, daß sie von den meisten Völkern richtig eingeschätzt wird. Auf halbem Wege zwischen Kairo und dem Suezkanal wurde ein Denkmal zu Ehren der ägyptischen Soldaten errichtet, die gegen die israelischen Aggressoren kämpften: Eine Fliegerabwehrkarte und ein Panzer sowjetischer Produktion stehen auf dem Sockel.

Absolut falsch ist die These, die UdSSR könne den Entwicklungsländern nicht helfen. Das läßt sich leicht widerlegen. In Afrika wurde mit sowjetischer Unterstützung ein Projekt verwirklicht, das die Wirtschaft Ägyptens von Grund auf verändert hat. Ich meine den Assuanstaumwall am Nil. Mit sowjetischer Hilfe wurden oder werden Hüttenkomplexe in Indien, Algerien und anderen Staaten errichtet, darunter auch in Ihrem Heimatland Nigeria. In vielen Ländern entstanden Betriebe des Maschinenbaus, der Chemieindustrie, der Ölverarbeitung und Zementwerke, ferner Kraftwerke, Hochschulen und Ausbildungszentren.

Darauf ließe sich einwenden, daß die Kredite, welche die Länder Afrikas und Asiens vom Westen erhalten, die der Länder der sozialistischen Gemeinschaft übersteigen. Das erwähnen gewisse ausländische Rundfunksender bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit. Doch sie erinnern sich nur sehr ungern daran, daß gerade die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder durch ihre Politik der gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den jungen Nationalstaaten den kapitalistischen Westen zu einigen Zugeständnissen bei der Kreditgewährung zwangen. Der Westen hat das Monopol auf die Lieferung moderner Industrieanlagen und Technologie eingebüßt. Folglich wurden auch seine Möglichkeiten geringer, den jungen Nationalstaaten seinen Willen zu diktieren.

Natürlich sind die kapitalistischen Industriestaaten ihren eigenen wirtschaftlichen Möglichkeiten nach durchaus in der Lage, den ehemaligen Kolonialländern bei der Lösung der akutesten Probleme zu helfen. Um so mehr, da sie durch ihre langjährige Präsenz in Afrika und Asien über die Probleme ihrer einstigen Kolonien ausgezeichnet informiert sind. Doch die westlichen Länder sind an einer wahren Lösung dieser Probleme nicht interessiert. Sie sind nur darum bemüht, daß die Multis auch weiterhin ungehindert ihre Profite herauspumpen können. So haben die US-Multis in den 70er Jahren für jeden Dollar, den sie in den Entwicklungsländern investierten, über 7 Dollar Profit kassiert. Kein Wunder, daß viele afrikanische Länder trotz der auf den ersten Blick bedeutenden westlichen Investitionen in ihre Wirtschaft immer mehr verarmen.

Angesichts der Riesenprofite, die die Multis aus der Ausbeutung der Entwicklungsländer ziehen, ist auch das jetzt großangekündigte amerikanische Programm "Nahrungsmittel für den Fortschritt" für die Dürreländer Afrikas zu sehen. Die Ausgaben der US-Regierung für dieses Programm machen nur einen kleinen Teil der Profite der Monopole aus. Zudem wird diese "humanitäre Hilfe" als bequemes Instrument für die politische

Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Empfängerländer betrachtet. Besonders deutlich wird das in Äthiopien. Die US-Regierung versucht, die internationale Hilfe für dieses Land, das von einer entsetzlichen Dürre betroffen ist, zu missbrauchen, um Separatistenbanden in den Provinzen Eritrea und Tigre zu unterstützen. Natürlich stößt das auf entschiedenen Widerstand der äthiopischen Behörden.

Berhanu Deressa, stellvertretender Kommissar der nationalen Kommission für Hilfe und Wiederaufbau, hob den grundsätzlichen Unterschied in der Haltung des Westens und der Länder der sozialistischen Gemeinschaft gegenüber den Problemen Äthiopiens hervor. "Gegende den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, vor allem der UdSSR", sagte er, "hat Äthiopien in hohem Maße seine Erfolge bei der Beseitigung der wirtschaftlichen Rückständigkeit zu verdanken. Zum Unterschied von den westlichen Ländern leistet die UdSSR stets konkrete Hilfe in den Bereichen, wo wir sie am meisten brauchen. Gegenwärtig hilft sie uns nicht nur, die Hungernden zu ernähren, sondern auch langfristige Entwicklungsprojekte zu verwirklichen, die eine Wiederholung der Tragödie verhindern sollen." Die UdSSR unterstützt Äthiopien bei der Realisierung einiger bedeutender Bewässerungsprojekte. Ein Traktorenmontagewerk wurde errichtet, eine Zementfabrik und ein großes Wasserkraftwerk sind im Bau, die Kapazität eines früher mit sowjetischer Unterstützung errichteten Erdölverarbeitungsbetriebes wird stark vergrößert.

Was hingegen die "Hilfe" westlicher Regierungen angeht, so sind sie an der Schaffung einer lebensfähigen unabhängigen Wirtschaft in diesen Ländern keineswegs interessiert. Viele Empfänger dieser "Hilfe" — ehemalige Kolonien und Halbcolonien — waren und bleiben ein wirtschaftliches Anhängsel des Westens.

Und gerade darin liegt der wesentliche, qualitative Unterschied zwischen der Zusammenarbeit der Sowjetunion wie der anderen sozialistischen Staaten mit den Entwicklungsländern und der "Hilfe" des kapitalistischen Westens. Während der Westen die Wirtschaft dieser Länder im Grunde nur stützt, damit seine Profitquelle nicht versiegt, hilft ihnen die Zusammenarbeit mit der Welt des Sozialismus, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen.

Wie Sie sehen, ein prinzipieller Unterschied, über den sich besagte ausländische Rundfunksender natürlich lieber ausschweigen.

Übung macht den Meister

Michael Deaver, der zurückgetretene stellvertretende Leiter des Beamtenapparats im Weißen Haus, hat sich laut "Newsweek" entschlossen, ein eigenes "Public-Relations"-Büro aufzumachen, das auf Beratungen über "bedenkliche Geschäfte" spezialisiert sein soll. Die im Weißen Haus gesammelten Erfahrungen versprechen dem Unternehmen einen durchschlagenden Erfolg. Deavers kürzlicher spekulativer Ankauf von Autos für Mitglieder des Weißen Hauses, wobei er sich der diplomatischen Kanäle bediente, hat ihm den zweifelhaften Ruf eines Meisters bedenklicher Geschäfte eingetragen.

Eine Hand wäscht die andere



Dem Westberliner "Tagesspiegel" zufolge täuscht die Mafia von Turin mit der von Catania regelmäßig Mörder aus. Will die Turiner Mafia jemanden aus dieser Stadt um die Ecke bringen, dann bleibt sie im Schatten und läßt es ausgeborgte Kollegen aus Catania (Sizilien) erledigen, die "nach gefaner Arbeit" mit dem nächsten Flugzeug heimwärts entschwinden. Umgekehrt wird es auch so gemacht. Erst kürzlich ist die italienische Polizei den

hilfsbereiten Freunden auf die Sprünge gekommen.

Fast ewig



Ein Konsortium amerikanischer Bestattungsunternehmen hat laut "Gazette" (Kanada) bekanntgegeben, es werde ab Anfang 1987 Kapseln mit der Asche Verstorbener etwas über 3000 km hoch in den Kosmos schießen. Kostenpunkt einschließlich der Feuerbestattung (die zweimal vorgenommen wird, damit die Asche weniger wiegt) und Verpackung: 3900 Dollar. Die Kapsel werde einen Durchmesser von 1 cm und eine Länge von 5 cm haben. Sie werde auf dem Orbit 63 Mio Jahre um die Erde kreisen, und die Hinterbliebenen und Nachkommen würden sie durch ein starkes Teleskop fliegen sehen können.

Gibt es Wunder?

Vor Ostern meldete die Associated Press, daß Bischof David Jenkins aus Durham (England) die anglikanische Kirche in die ernste theologische Auseinandersetzung seit Jahrzehnten verstrickt hat. Er bezweifelte öffentlich die Authentizität einiger biblischer Postulate, z. B. im Neuen Testament geschilderte Wunder wie die unbefleckte Empfängnis, Jesu Wandeln auf dem Wasser und seine Auferstehung am Ostersonntag. Das seien "rein symbolische Geschichten". Anhänger der

kirchlichen Traditionen haben Jenkins des Versuchs beschuldigt, die Leute im Glauben irre zu machen, und gefordert, daß er exkommuniziert wird. Die Leitung der anglikanischen Kirche unter dem Erzbischof von Canterbury hält jedoch ihre Hand über Jenkins. Womit der theologische Streit enden wird, ist noch unklar.

Für Spione in diplomatischem Rang

Wie die Prensa Latina meldet, landete im Flughafen von Mexico City eine US-Maschine mit einer Sendung für die US-Botschaft. Botschaftsbeamte versuchten, sie ohne erfolgte Erlaubnis wegzuschaffen. Mißtrauisch gemacht, beschlagnahmten Zollbeamte die Sendung. Und mit Recht. Darin waren elektronische Geräte zum Abfangen chiffrierter Mitteilungen und für andere ausgesprochene Spionageakte.

Nichts einfacher als das



Ein Kolloquium zum Thema "Wie man die Medien am besten benutzt" wird von der britischen "Konservativen politischen Zentrale" geplant. Ein Kommentator der Labour-Wochenschrift "Tribune" schreibt spöttisch: "Ich hatte geglaubt, daß man bei den Tories leicht mit dem Problem fertig wird, u. zw. indem man einen Bekannten veranlaßt, diese Medien zu kaufen."

Hippokrates dreht sich im Grabe um

Laut "Matin" (Frankreich) hat die Militärische Forschungszentrale der phi-

lippinischen Armee eine neue Waffe gegen regierungsfreundliche Demonstrationen entwickelt: eine Kugel, die nicht tötet, sondern heftiges Jucken am ganzen Körper verursacht. Dazu hat man eine wildwachsende Pflanze benutzt. Die Fachleute aus der Zentrale hatten sich von Ärzten vom Gesundheitsministerium des Landes beraten lassen.

Die Fingerfertigkeit versagt



Rosie Jones, die Seniorin der Londoner Taschendiebe, hat erklärt, sie gebe ihr Metier aus Gesundheitsrücksichten auf. Auf ihrem "Dienstregister" stehen 30 Gerichtsurteile und 20 Jahre Haft. "Die Finger wollen nicht mehr, da muß ich eben das Stibzen aufgeben", sagte sie, als sie wieder einmal geschnappt, aber gegen Kau-
tion freigelassen wurde. Sie hat 75 Jahre auf dem Buckel.

In den besten Familien

Als der Chefminister des britischen Protektorats in der Karibik Turks und Caicos, Norman Saunders, und Handelsminister Stafford Missick in "Privatangelegenheiten" in Florida (USA) eintrafen, wurden sie sofort wegen illegaler Drogentransports in die USA eingesperrt. Saunders und Konsorten hatten für lohnendes Entgelt den Drogenschmuggel aus Kolumbien über Turks und Caicos nach Florida unterstützt. Sie sollen wöchentlich bis zu 400 kg Kokain abgeschickt haben.

Zeichnungen:
V. Trintschenko



TRANSIT DURCH DIE UdSSR—

der kürzeste und bequemste
Weg aus Europa nach
Ost- und Südostasien!

Alle Informationen über die Flüge
erhalten Sie bei der Aeroflot-
Vertretung in Ihrem Land

ANGENEHMEN FLUG!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines

Im Objektiv: DDR

Auf von der Hitlertyrannei befreitem deutschen Boden entstand der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat in der Geschichte des deutschen Volkes — die Deutsche Demokratische Republik. Dieser sozialistische Staat hat auch neue Symbole: Sein Wappen zeigt Hammer, Zirkel und Ähren. In einer Atmosphäre des Friedens und des Schöpfertums leben hier Generationen von Menschen, die die Lehren aus der Geschichte gezogen haben, die treu zum Vermächtnis von Marx und Thälmann stehen.

schlagen wurde. Sie erinnern sich an die Großtat der sowjetischen Soldaten und an die Hilfe der sozialistischen Menschen für die deutschen Werktätigen beim Aufbau eines neuen Lebens. Die Dokumente jener Jahre zeigen, wie die Freundschaft zwischen unseren Völkern entstand und erstarkte. Eben jene Freundschaft, die heute 6 der 17 Millionen DDR-Bürger in die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft geführt hat. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit unserer beiden Länder wird immer enger. Heute, vier Jahrzehnte



Das Sowjetische Ehrenmal im Treptower Park



Bestarbeiterin des VEB Kabelwerke Oberspree

In diesen Jubiläumstagen gedenken sie erneut jener Jahre, als dank den größten Anstrengungen der Völker der verbrecherische Hitlerfaschismus zer-

Rostock, der wichtigste Seehafen der DDR



Auf dem Berliner Alexanderplatz

nach der Befreiung, ist die DDR ein Staat, der dank seiner Friedenspolitik und der schöpferischen Arbeit seiner Bürger hohes internationales Ansehen besitzt. Zusammen mit den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft kämpft die DDR beharrlich für die Bewahrung des so schwer erkämpften Friedens.



Neue Wohnviertel in Dresden

Fotos: I. Michailow und TASS